

Wortprotokoll

32. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 7. März 2013

Inhalt:

Fragestunde:

L-8090/1-XXVII: Anfrage der Abg. Dr. Povysil an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 6)

L-8091/1-XXVII: Anfrage der Abg. Wall an Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl (Seite 9)

L-8092/1-XXVII: Anfrage des Abg. Stanek an Landesrat Hiegelsberger (Seite 11)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 15)

Geschäftsanträge:

Beilage 825/2013: Initiativantrag betreffend einen einheitlichen Träger der Krankenanstalten in Oberösterreich

Redner/innen: Abg. Dr. Povysil (Seite 16)
Abg. Dr. Manhal (Seite 17)
Abg. Dr. Röper-Kelmayer (Seite 18)
Abg. Schwarz (Seite 19)

Beilage 826/2013: Initiativantrag betreffend eine Modellregion für mehr Chancengerechtigkeit im Schulwesen

Redner/innen: Abg. Mag. Jahn (Seite 21)
Abg. Mag. Baier (Seite 23)
Abg. Mag. Lackner (Seite 24)
Abg. Dipl.-Päd. Hirz (Seite 24)

Beilage 827/2013: Initiativantrag betreffend einen aufgabenorientierten Finanzausgleich

Redner/innen: Abg. Eidenberger (Seite 26)
Abg. Ing. Klinger (Seite 27)
Abg. Wageneder (Seite 28)
Abg. Mag. Strugl (Seite 28)

Beilage 828/2013: Initiativantrag betreffend Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln

Redner/innen: Abg. Brunner (Seite 29)
Abg. Bauer (Seite 31)
Abg. Wageneder (Seite 32)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 33)

Beilage 829/2013: Initiativantrag betreffend die Verhinderung des Ausbaus von bestehenden Atomkraftwerken und der Errichtung von Atomrestmülllagern in Tschechien

Redner/innen: Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 35)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 35)
Abg. Ecker (Seite 36)
Abg. Schwarz (Seite 38)

Beilage 830/2013: Bericht des Gemischten Ausschusses (Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend das Landesverfassungsgesetz, mit dem das Oö. Landesverfassungsgesetz geändert wird sowie betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landtagswahlordnung, die Oö. Kommunalwahlordnung, die Oö. Gemeindeordnung 1990, das Oö. Landwirtschaftskammergesetz 1967 und das Oö. Landarbeiterkammergesetz 1996 geändert werden (Oö. Wahlrechtsänderungsgesetz 2013)

Redner/innen: Abg. Mag. Stelzer (Seite 40)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 41)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 42)
Abg. Dipl.-Päd. Hirz (Seite 44)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 818/2013: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der oö. Spitalsreform II; Jahresbericht der Evaluierungskommission

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Aichinger (Seite 46)

Redner/innen: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 46)
Abg. Schwarz (Seite 49)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 52)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 53)
Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 54)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 54)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 55)

Verabschiedung von Ersten Landtagspräsident Friedrich Bernhofer (Seite 56)

Redner/innen: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 60)
Abg. Dipl.-Päd. Hirz (Seite 62)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 64)
Abg. Mag. Jahn (Seite 65)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 66)

Beilage 819/2013: Bericht des Kulturausschusses betreffend den Zweiten Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild Oberösterreich

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Manhal (Seite 69)

Redner/innen: Abg. Dr. Manhal (Seite 69)
Abg. Müllner (Seite 70)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 71)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 73)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 73)

Beilage 830/2013: Bericht des Gemischten Ausschusses (Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend das Landesverfassungsgesetz, mit dem das Oö. Landesverfassungsgesetz geändert wird sowie betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landtagswahlordnung, die Oö. Kommunalwahlordnung, die Oö. Gemeindeordnung 1990, das Oö. Landwirtschaftskammergesetz 1967 und das Oö. Landarbeiterkammergesetz 1996 geändert werden (Oö. Wahlrechtsänderungsgesetz 2013)

Berichtersteller/in: Abg. Dr. Dörfel (Seite 75)

Redner/innen: Abg. Dr. Dörfel (Seite 75)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 76)
Abg. Mag. Jahn (Seite 77)

Beilage 828/2013: Initiativantrag betreffend Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln

Berichtersteller/in: Abg. Wageneder (Seite 77)

Vorsitz: Erster Präsident Bernhofer
Zweite Präsidentin Weichsler-Hauer
Dritter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl und Hiesl, die Landesräte/in Anschöber, Ing. Entholzer, Dr. Haimbuchner, Hiegelsberger, Mag. Hummer und Sigl.

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Alber und Nerat.

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer/in: Mag. Dr. Thomas Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr)

Erster Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Zuhörerinnen und Zuhörer schon in großer Zahl in unserem Hause vertreten sind, möchte ich auch halbwegs pünktlich mit der Sitzung beginnen. Ich darf beginnen, ich darf daher die 32. Sitzung des Oö. Landtags hiermit eröffnen und Sie alle ganz herzlich willkommen heißen. Im Besonderen die Mitglieder des Oö. Landtags und hier wiederum nach immerhin sechsmonatiger Erkrankung unsere Frau Kollegin Maria Jachs ganz herzlich in unserer Mitte wieder willkommen heißen. (Beifall)

Ich begrüße die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule 2 Gmunden mit ihren Lehrkräften, die Bediensteten des Hauses und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt, die Frau Abg. Patricia Alber und der Herr LAbg. Alexander Nerat. Die amtliche Niederschrift über die 31. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 8. März 2013 bis 22. März 2013 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Weiters teile ich mit, dass mir von der Obfrau des Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, Frau Zweite Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, ein Schreiben zugegangen ist, wonach der Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss in seiner Sitzung am 14. Februar 2013 einstimmig beschlossen hat, die Tätigkeit von Landtagsabgeordneter Mag. Silke Lackner zur Kenntnis zu nehmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß § 7 Abs. 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes und gemäß § 4 Z. 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem hohen Haus zur Kenntnis.

Bevor wir nun zur Fragestunde kommen, darf ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihre Aufmerksamkeit bitten und ich darf Sie darüber informieren, dass mit Ende Februar der Erste Bearbeiter in der Oö. Landtagsdirektion seinen Dienst beendet hat.

Vor 34 Jahren, genauer gesagt am 1. Jänner 1979, wurde Herr Regierungsrat Rechnungsdirektor Gerhard Rammerstorfer nach seinen Erfahrungen in der Finanzabteilung im Bereich des Landesbudgets der Oö. Landtagsdirektion zugeteilt. Seit 1984 war Gerhard Rammerstorfer Erster Bearbeiter in der Oö. Landtagsdirektion und seit 1. April 1992 der Direktion Verfassungsdienst zugeteilt, wo er unter anderem auch für die Kundmachung der Landesgesetze, Verordnungen, 15a-Vereinbarungen, Staatsverträge und dergleichen verantwortlich war.

Seinen Erfahrungsschatz und seine langjährigen Kenntnisse in der Landesverwaltung stellte er mit großem Engagement seinen Kolleginnen und Kollegen in der Direktion Verfassungsdienst, auch als langjähriger Personalvertreter, zur Verfügung, wo er sich mit

großem Fingerspitzengefühl für die Belange und Anliegen sämtlicher Bediensteten der Direktion Verfassungsdienst bestmöglich eingesetzt hat.

In der insgesamt vierunddreißigjährigen Tätigkeit in der Oö. Landtagsdirektion überprüfte er sämtliche Immunitäts- und Unvereinbarkeitsangelegenheiten und war für die personellen Angelegenheiten aller Mitglieder der Oö. Landesregierung und aller Landtagsabgeordneten zuständig.

Insgesamt hat Gerhard Rammerstorfer sechs konstituierende Landtagssitzungen, rund 310 Landtagssitzungen und rund 2.550 Ausschusssitzungen verantwortungsvoll vorbereitet und bestens betreut. Darüber hinaus hat er auch die Präsidenten- und Landtagsdirektorenkonferenzen, Enqueten, Sonderfest- sowie Trauerlandtagssitzungen, Jugendlandtage und vieles mehr vorbildlich organisiert und mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt.

Rund 700 schriftliche Anfragen hat er an die Landesregierung weitergeleitet und 800 mündliche Anfragen für die Landtagssitzungen aufbereitet. 80 Aktuelle Stunden wurden von ihm begleitet. Seine langjährige Praxis und Kenntnis der Landtagsgeschäftsordnung kam uns auch bei den Änderungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung zugute, wo er bei den Beratungen mit Rat und Tat zur Seite stand.

Aus diesem Grunde haben seine Kolleginnen und Kollegen aus der Landtagsdirektion Gerhard Rammerstorfer zum Abschied eine personifizierte Sonderausgabe über die Geschäftsordnung des Oö. Landtags zur Versetzung in den dauernden Ruhestand verfasst, aus der ich die bemerkenswertesten Textpassagen wie folgt zitieren möchte:

Es heißt hier unter § 18 "Sitzungen des Landtags, Einberufung": Wenn es Gerhard Rammerstorfer und in Ausnahmefällen der Landeshauptmann, die Landesregierung, oder mindestens ein Viertel der Mitglieder des Landtags verlangt, ist die Erste Präsidentin beziehungsweise der Erste Präsident verpflichtet, den Landtag binnen zwei Wochen einzuberufen.

Oder es heißt unter § 26 "Tagesordnung": Die Reihenfolge der Tagesordnung wird, soweit nicht gesetzlich ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, von Gerhard Rammerstorfer festgesetzt. (Heiterkeit)

Der § 41 "Abgabe der Stimme" lautet: Alle Mitglieder des Landtags haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben. Falls jemand krankheitshalber nicht anwesend ist, erhält Gerhard Rammerstorfer das jeweilige Stimmrecht. (Heiterkeit)

§ 47 lautet: Ohne Mitarbeit von Gerhard Rammerstorfer kann kein Gesetz entstehen, siehe nachstehende Gesetzespyramide, wo die Mitwirkung von ihm dann entsprechend aufgezeigt ist.

Wir erlauben uns diesen Entwurf, diese Sonderausgabe, den vier Klubobleuten zum besonderen Studium zur Verfügung zu stellen. (Herr Rath teilt die Sonderausgabe an die Klubobleute aus.) Es ist das auch insofern eine Sonderausgabe, als sich auch einige sehr interessante Fotos hier auf diesem Landesgesetzblatt befinden.

Ja, ich darf damit zum Schluss kommen, Herrn Rammerstorfer, ich darf seine letzten Aufgaben hier noch bekanntgeben, für die er ebenfalls zuständig war, oblagen auch die

Sicherheitsangelegenheiten für den Oö. Landtag sowie die personellen Angelegenheiten der Oö. Landtagsdirektion. Mit seinem großen Erfahrungsschatz und persönlichem Engagement konnte Gerhard Rammerstorfer mich und meine Vorgängerinnen, Landtagspräsidentin Johanna Preinstorfer und Präsidentin Angela Orthner, bestmöglich bei der Arbeit unterstützen.

Dieses Know-how stand auch den insgesamt seinerzeit tätigen sechs Landtagsdirektoren und auch den einzelnen Landtagsklubs fast rund um die Uhr zur Verfügung.

Erlauben Sie mir bitte auch noch einige persönliche Worte. Gerhard Rammerstorfer und ich kennen uns seit fast 40 Jahren. Zudem gehören wir beide dem Jahrgang 1951 an und werden daher auch heute beide verabschiedet. (Heiterkeit)

Denn Rammerstorfer meinte, wenn Bernhofer geht, dann gehe ich auch und ich dachte mir, wenn Rammerstorfer als Landtagszeremonienmeister aufhört, dann höre ich als Landtagspräsident auch auf. Die Frage, wer jetzt wegen wem geht, muss daher für immer unbeantwortet bleiben. (Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Rechnungsdirektor Gerhard Rammerstorfer! Im Namen des gesamten Oö. Landtags und in meinem Namen bedanke ich mich bei dir für deine hervorragende vierunddreißigjährige Tätigkeit in der Oö. Landtagsdirektion und wir wünschen dir im wahrsten Sinn des Wortes für den wohlverdienten Ruhestand alles Gute und vor allem viel Gesundheit. (Beifall)

Die durch das Ausscheiden von Herrn Gerhard Rammerstorfer frei gewordene Stelle als Erster Bearbeiter der Oö. Landtagsdirektion übernahm mit 1. März 2013 Herr Andreas Piermayr, der schon bisher sein langjähriger Stellvertreter war. Auch ihm und seinem Team wünsche ich viel Erfolg und Freude im Namen des Oö. Landtags. (Beifall)

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt. Ich beginne mit der Anfrage der Frau Abg. Dr. Brigitte Povysil an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

Abg. Dr. Povysil: Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Gesundheitsreform des Bundes sieht für Oberösterreich ein Einsparungspotenzial in Höhe von 582 Millionen Euro bis 2016 vor, wovon 40 Prozent im niedergelassenen Bereich erfolgen sollen. In Oberösterreich sollen durch die Spitalsreform pro Jahr 366 Millionen Euro eingespart werden.

Trifft es zu, dass es über die jährliche Kostendämpfung der Spitalsreform in Oberösterreich in Höhe von 366 Millionen Euro noch zu zusätzlichen Einsparungen bis zum Jahr 2016 im Gesundheitsbereich, insbesondere im niedergelassenen Bereich, in Folge der Umsetzung der Gesundheitsreform des Bundes kommen soll?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich hoffe Herr Präsident, du gestattest, dass ich, bevor ich die Frage beantworte, mich bei deinen Dankesworten an den Kollegen Rammerstorfer, einem Jugendfreund seit 40 Jahren von mir, anschließe und ich dir auch von meiner Seite und namens der Regierung alles erdenklich Gute wünschen.

Zum Zweiten darf ich, bevor ich die Frage beantworte, darauf hinweisen, ich hab es erst unmittelbar vor Beginn der Regierungssitzung erfahren, dass neben den Herrn Ersten Präsidenten und neben dem Herrn Regierungsrat Rammerstorfer noch ein dritter ausscheidet. Seit 30 Jahren ist hier im Landtag, aber darüber hinaus bei allen großen Veranstaltungen im Steinernen Saal oder die hier vom Land Oberösterreich veranstaltet wurden, der Tonmeister Walter Buchmann vom ORF dabei, der heute seinen letzten Dienst hier leistet, und auch dem möchte ich von dieser Stelle aus ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Er möge ausnahmsweise, Herr Präsident, du gestattest es, in den Saal hereinkommen. (Herr Tonmeister Walter Buchmann betritt den Saal. Beifall.)

Nachdem ich es so kurzfristig erfahren habe, habe ich nur ein Buch mitnehmen können und meinen Engelhartzeller Schnaps trete ich Ihnen ab. (Heiterkeit. Beifall.)

Nun zu Ihrer Frage, sehr geehrte Frau Kollegin, wie Sie wissen, haben die Sozialpartner, Entschuldigung, haben die Sozialversicherungen und die Vertreter des Bundes und der Länder einstimmig die Österreichische Gesundheitsreform beschlossen und Bund und Länder dies in einem 15a-Vertrag vereinbart, der auch von der Österreichischen Bundesregierung bereits verabschiedet wurde und nun im Parlament liegt und in die einzelnen Landtage in weiterer Folge zur Genehmigung kommen wird.

Wir haben in dieser Gesundheitsreform ein Kostendämpfungsprogramm vereinbart, nicht ein Einsparungsprogramm. Die Kosten für die Gesundheit werden weiter steigen. Sie werden jetzt nur sukzessive bis zum Jahr 2016 an das, betone, nominelle BIP-Wachstum, Bruttoinlandsprodukt, herangeführt, an das nominelle, das heißt, Wirtschaftswachstum plus Inflationsrate.

Nach den derzeitigen Berechnungen wird bis 2016 daraus ein Kostendämpfungspotenzial von 3.430.000.000 Euro fließen. Davon werden die Länder 60 Prozent und die Sozialversicherungen 40 Prozent an Kostendämpfung zu realisieren haben. Die Aufteilung der Ausgabendämpfung innerhalb der Länder erfolgte mit Beschluss der Landeshauptleutekonferenz sowie der Finanzreferenten- und Gesundheitsreferentenkonferenz der Bundesländer in den letzten Wochen.

Stellt man die Prognosen der Ausgabenentwicklung inklusive Oö. Spitalsreform II den Ausgabenentwicklungen der Bundesgesundheitsreform gegenüber, dann zeigt sich ganz klar, dass im Bereich der Krankenanstalten in Oberösterreich die Gesundheitsreform vollkommen ausreicht, um die Kostendämpfungspotenziale, die bis 2016 erreicht werden müssen, erreicht werden können. Wir haben da sogar jedes Jahr ein kleines Spazi, wo wir uns bewegen können und trotzdem die Ziele der Bundesreform erreichen.

Die Aufteilung der Ausgabendämpfung innerhalb der Sozialversicherungen ist nach unseren Informationen unter den Ländern, den Organen der Sozialversicherungen der einzelnen Länder, in Verhandlung. Detaillierte Zahlen liegen uns noch keine vor.

Im Rahmen des Landeszielsteuerungsvertrages, der bis 30. September 2013 im Antrag vorliegen soll, werden die konkreten Kennzahlen dann auch in diesem Bereich endgültig fixiert werden. Da aber die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse nicht nur finanziell gut gewirtschaftet hat in all den Jahren, sondern auch in all den Jahren immer wieder beachtliche Überschüsse erzielt hat, obwohl sie in den Ausgleichsfonds horrenden Summen für andere marode Bundesländerkassen zahlen musste, gehe ich davon aus, dass die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse keine Einschnitte oder Maßnahmen setzen muss,

um diesen Ausgabenpfad zu erreichen, die bei der Patientin und beim Patienten ankommen würden. Aufgrund des Zahlenmaterials, das ich kenne, gehe ich davon aus, dass die bisher gesetzten, die Sozialversicherungen haben ja schon ein Paket verabschiedet, dass die bisher gesetzten Maßnahmen ausreichen, dass maximal Maßnahmen innerhalb der Verwaltung der Sozialversicherung folgen, aber keine Maßnahmen, die die Qualität der Leistungen beim Patienten verändern würden.

Erster Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Frau Kollegin, bitte.

Abg. **Dr. Povysil:** Bitte, Herr Präsident. Die oberösterreichische Spitalsreform, Herr Landeshauptmann, beinhaltet ja ein Kostendämpfungspotential in den Spitälern, das dadurch erreicht wird, dass die Patienten in den Spitälern weniger lang Zeit und auch medizinische Versorgung verbringen, daher früher aus den Spitälern entlassen werden. Das heißt logischer Weise, wenn sie früher aus den Spitälern entlassen werden, auch Tageskliniken und neue Organisationsformen entstehen, muss ein Versorgungsbereich für sie im niedergelassenen Bereich vorhanden sein, der die Patienten hier auffängt, dass dieser niedergelassene Bereich nicht nur nicht gekürzt, sondern sogar erhöht und vermehrt wird, im Rahmen der Spitalsreform war das ja Grundlage für unsere Zustimmung zur damals von allen Parteien verabschiedeten Spitalsreform. Meine Frage an Sie ist jetzt: Werden Sie sich dafür einsetzen und können Sie auch wirklich ausschließen, dass es zu einem Versorgungsdefizit der Patienten im niedergelassenen Bereich kommen wird, wenn, so wie von der Bundesgesundheitsreform vorgesehen, die Sozialversicherungen, die ja für den niedergelassenen Bereich zuständig sind, 40 Prozent Einsparungspotential bringen müssen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Sie haben zwar Fakten dargestellt, aber Sie haben nicht alle Fakten dargestellt. Denn erstens geht die oberösterreichische Spitalsreform nicht davon aus, dass wir Belagszeiten in den Spitälern erreichen, die keine ordnungsgemäße Therapie der Krankheiten ermöglichen, sondern wir gehen ja nur davon aus, dass wir in den Belagsdauern auf den sonst in den Bundesländern üblichen österreichischen Schnitt kommen. Es mag ein jeder seine Gedanken dazu haben, warum wir in Oberösterreich ausgerechnet drüber gelegen sind, obwohl wir bei der Mortalität, also bei der Lebenserwartung nicht in der oberen Hälfte, sondern in der unteren liegen. Wir gehen also nur davon aus, dass die Belagsdauern ungefähr auf den österreichischen Schnitt angehoben werden. Wie Sie als Kommissionsmitglied wissen, haben wir die ganzen Standards so festgelegt, österreichischer Schnitt plus zehn Prozent, wir sind also immer noch im Positivbereich. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Selbstverständlich steht auch in der Gesundheitsreform die Stärkung des niedergelassenen Bereichs drinnen, ich bin der festen Überzeugung, dass es in Oberösterreich nicht zu Kürzungen im niedergelassenen Bereich kommt, die beim Patienten Auswirkungen negativer Art erzeugen würden aufgrund der Finanzlage der Sozialversicherung in Oberösterreich, erstens. Zweitens, aufgrund dessen, dass sowohl der niedergelassene Bereich und ihre Vertreter, sprich Sozialversicherungen als auch die Politik, ein eindeutiges Bekenntnis zum niedergelassenen Bereich ablegen.

Ich kann aber nicht ausschließen, aber aus einem ganz anderen Grund, ob wir hundertprozentig überall auf Dauer das Niveau halten können, wenn nicht beim Ärztenachwuchs etwas passiert. Ich muss Ihnen sagen, dass bei den letzten, ich nehme an ein, eineinhalb Jahre über 30 niedergelassene Ärztepositionen mehrmals ausgeschrieben werden mussten, dass sich überhaupt ein Bewerber gefunden hat. Darauf hat die Politik nur mittelbar Einfluss, darum kämpfen wir um die Medizinische Fakultät, wir haben einfach

zuwenig Nachwuchs auf diesem Sektor, das wird sich verschärfen. Daher kann Ihnen niemand in Oberösterreich eine Garantie geben, dass es nicht da und dort Probleme geben kann, denn wenn sich für einen Ort kein Arzt bewirbt, Zwangsmaßnahmen sind in keinem Konzept vorgesehen. Das ist der einzige Grund, wo ich wirklich beängstigt bin, wo ich wirklich glaube, da müssen wir mit aller Macht etwas tun, da gibt es nur die Ausbildungsinitiative für Oberösterreich, das heißt die Medizinische Fakultät, eine andere Maßnahme sehe ich nicht.

Erster Präsident: Gibt es noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Dr. Povysil:** Bitte. Herr Landeshauptmann, Sie haben gerade in Ihrer Antwort die Errichtung der Medizinischen Universität, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Fakultät!") Fakultät, ja Universität, wir haben noch kein Gesetz, das die Fakultät, glaube ich, ermöglicht, noch müsste es eine Universität werden. Wir alle sind uns einig, dass wir eine Medizinische Universität oder Fakultät hier in Oberösterreich wollen und brauchen, alle Parteien. Die Maßnahmen über eine Medizinische Fakultät, aber junge Mediziner hier in Oberösterreich zu etablieren dauert ja, angenommen wir könnten jetzt beginnen, an die zehn Jahre. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit wir genügend junge Mediziner in Oberösterreich haben, damit wir sie vor allem in Oberösterreich behalten, sie wandern uns ja ab zur Zeit, denn das ist eine ganz eklatante und wichtige Voraussetzung dafür, dass wir bei der älter werdenden Bevölkerung auch in Zukunft die medizinische Versorgung sicherstellen können?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Abgeordnete, Sie wissen ja genau, vor allem diese Maßnahmen, ich nenne sie Ihnen gerne, das Erste ist einmal, dass wir ein erstes Problem, ein schlagendes echtes Problem ab 2020, 2021 bekommen, wo die Zahlen radikal auseinandergehen, da rechnen wir, dass wir den ersten Nachwuchs bekommen, wenn wir 2014, 2015 starten können. Das Zweite ist, wie Sie wissen, sind unsere Spitäler mit den Universitäten in enger Verbindung, damit wir schon im Vorfeld der Medizinischen Fakultät Oberösterreich, durch Lehrkrankenhäuser etc. den Kontakt zu unseren Studierenden intensivieren können. Drittes bereiten wir alle Jahre von der gespaga ausgehend eine ganze Reihe von Schulungsangeboten vor, wo wir die Leute schulen, die in die Aufnahmeprüfungen gehen müssen, damit möglichst viele Oberöreicher die Aufnahmetests bestehen. Viertens sind die Krankenträger unterwegs, um nur die wesentlichen Maßnahmen zu sagen, auch im europäischen Ausland, Sie haben vielleicht gelesen, dass jetzt einige Griechen ins Innviertel kommen als Ärzte, um von anderen europäischen Universitäten und Spitälern Ärzte für Oberösterreich zu gewinnen. All diese Maßnahmen werden selbstverständlich von mir als Gesundheitsreferent entsprechend unterstützt.

Abg. **Dr. Povysil:** Danke.

Erster Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir zur nächsten Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Wall an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl.

Abg. **Wall:** Sehr verehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl! Laut dem Endbericht über die Auswirkungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die Wiedereingliederung von Leistungsbezieher*innen ins Erwerbsleben vom September 2012, läuft in Oberösterreich ein Pilotprojekt für ein durchgängiges Gesamtmodell, welches unter anderem ein Arbeitskräfteüberlassungsprojekt in Kooperation mit Kommunen und NGOs

vorsieht. Meine Frage, wie ist der aktuelle Umsetzungsstand des im Bericht "Auswirkung der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die Wiedereingliederung der LeistungsbezieherInnen ins Erwerbsleben" angeführten Arbeitskräfteüberlassungsprojekts?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice festgelegt, dass für Personen zwischen dem 19. und 55. Lebensjahr ein Projekt, das den Titel B24 trägt, nach Ausschreibung mit vier Trägern, FAB, Volkshilfe Basar, Welser Trödlerladen und VFQ durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang sollen 80 Menschen rund 24 Monate beschäftigt werden, das Beschäftigungsausmaß soll zwischen 25 und 40 Stunden betragen, es ist vorgesehen, dass diese 80 Dienstposten, Personaleinheiten auf ganz Oberösterreich aufgeteilt werden. Es ist so, dass das Projekt zur Zeit implementiert ist, wir aber frühestens im März nächsten Jahres Auskünfte darüber geben können, wie sich das Ganze bewährt, weil ganz einfach die Beobachtungszeit noch zu kurz ist. Man kann, das geht auch aus der Pressekonferenzunterlage hervor, die Sie erhalten haben, man kann schon davon ausgehen, dass grundsätzlich wir einen Teil derer, die Mindestsicherung beziehen, dauerhaft regulär am Arbeitsmarkt, oder jedenfalls ihnen mit sozialarbeiterischer Begleitung Perspektiven eröffnen können, die diese in der Folge ermöglichen werden. Es gibt halt dann in der Regel, es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich um Menschen handelt, bei denen zwar die Arbeitswilligkeit vorhanden wäre, sie aber aufgrund ihrer Handikaps, die sie haben, nicht in der Lage sind, sich dauerhaft zu halten. Für die muss es dann andere Programme geben, wo man in Folge dann mit dem Arbeitsmarktservice überlegen muss, wir haben nicht nur die Personengruppe, die in der bedarfsorientierten Mindestsicherung sich befindet, sondern es gibt ja auch andere, die nicht unbedingt da hineinkommen, bei denen aber ähnliche Problemlagen bestehen, dass sie aufgrund ihrer persönlichen Situation sich schwer tun, dauerhafte Arbeitsplätze zu finden. Wenn man sich vorstellt, dass wir im Jahr zirka eine Million Menschen in Österreich bei rund fünf Millionen Beschäftigten haben, die einen Arbeitsplatzwechsel durchführen, kann man sich auch vorstellen, dass diese verschwindend geringe Anzahl, um die es bei den bedarfsorientierten Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher geht, um Leute handelt, die sich wirklich schwer tun, sich am Arbeitsmarkt zu verfestigen.

Erster Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Wall**: Ja, bitte. Handelt es sich bei diesem Arbeitskräfteüberlassungsprojekt um eine Mindestsicherung in Form von Arbeit, die, wenn sie nicht angenommen wird, das heißt, wenn die Leute diese Arbeit, die Ihnen da angeboten wird, nicht annehmen, dass es zu einer Reduktion der Mindestsicherung kommt oder ist es eine freiwillige Sache?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl**: Wir können grundsätzlich davon ausgehen, dass die Leute alle freiwillig in diese Programme einsteigen, sie wollen ja arbeiten, wir verschaffen ihnen mit diesen Programmen Leasingarbeitsplätze bei den von mir genannten Trägern, die aber wieder dafür sorgen, dass am Arbeitsmarkt Partnerinnen und Partner gesucht werden, wo diese Arbeitserfüllung, diese Veränderung, die Aufqualifizierung möglich ist. Sollte es da Schwierigkeiten geben, so stehen diese Arbeitgeber, die diesen Transfer durchführen, in der Verpflichtung, in dieser Zeit Qualifizierungsprogramme zu machen oder eine reguläre Beschäftigung im Verein anzubieten. Es wird üblich bezahlt, in die Mindestsicherung kommen die nur dann zurück, wenn das Platziere am ersten Arbeitsmarkt nicht funktioniert.

Erster Präsident: Gibt es noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Wall:** Ja, bitte. Wie wird dieses Arbeitskräfteüberlassungsprojekt finanziert?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ackerl:** Das ganze Arbeitskräfteüberlassungsprojekt wird gemeinsam vom Land Oberösterreich und vom AMS finanziert.

Abg. **Wall:** Dankeschön.

Erster Präsident: Gibt es weitere Zusatzfragen? Dies ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur dritten Anfrage vom Herrn Abgeordneten Wolfgang Stanek an Herrn Landesrat Max Hiegelsberger.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Frage nach der Qualität unserer Lebensmittel ist eine Frage, die nicht nur im übertragenen Sinne in aller Munde ist, auch die Frage der Kennzeichnung und die Frage, ist tatsächlich auch das drin, was auch außen drauf steht, bewegt die Menschen in Oberösterreich, in Österreich ja in ganz Europa. Welche Sicherheit gibt das rot-weiß-rote AMA-Gütesiegel im Lebensmittelbereich?

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzter Herr Präsident, lieber Kollege Stanek, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Das ist eigentlich das Zeichen, das die Menschen bewegt in Österreich, bereits im Jahr 1993 hat die österreichische Landwirtschaft damals unter Bundesminister Fischler das AMA-Gütesiegel auf den Weg gebracht. Das heißt, nicht erst seit den Skandalen der letzten Jahre, die ja immer nach Österreich importiert wurden, sondern bereits in der Phase zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt wurde damals von ihm der Ausspruch geprägt: Wir sind oder wollen der Feinkostladen Europas werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind wirklich auf dem besten Weg der Feinkostladen Europas zu sein oder auch in gewissen Bereichen noch zu werden. Seit dem Jahr 1993 haben 40.000 Landwirte beim AMA-Gütesiegel teilgenommen, und 700 Verarbeiter tragen ebenfalls die Auszeichnung dieses Gütesiegels. Ein wichtiger Punkt, das beweisen auch die aktuellen Marktumfragen, 95 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher kennen das AMA-Gütesiegel, das heißt, diesen Durchdringungsgrad eines staatlichen Gütesiegels gibt es in keinem weiteren Land der EU-27. Es ist damit gelungen, eindeutig darauf hinzuweisen, dass das, das ist deine Anfrage, was drinnen ist oder was drauf steht, auch drinnen sein sollte. Wir beweisen damit, dass wir in vielen Bereichen, die Palette ist inzwischen sehr, sehr weit, über einige tausend Einzellebensmittel, wo wir das AMA-Gütesiegel draufhaben, von Obst und Gemüse über die Speisekartoffel, weiter über Rinds-, Kalbs-, Schweine-, Hendl-, Puten- und Lammfleisch, über Wurstwaren und Fleischerzeugnisse, Milch und Milchprodukte, Eier und auch im Be- und Verarbeitungsbereich, zum Teil Pommes, Fruchtsäfte, Honig, Bier, Tiefkühlgemüse usw. Das heißt, die Palette, wenn sich die Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich eindecken möchten, haben sie mit der Auszeichnung des AMA-Gütesiegels fast alle gängigen Lebensmittel, die der Haushalt braucht, zur Verfügung.

Im Mittelpunkt dieses AMA-Gütesiegels stehen drei Säulen, diese drei Säulen sind Herkunft, Qualität und durchgängige Kontrolle. Bereits auf den landwirtschaftlichen Betrieben wird hier kontrolliert, weiterführend über den Schlachtbetrieb im Fleischbereich bis zur Vollendung auch bei Verarbeitungsprodukten. Das heißt, die Kette der Kontrollen läuft vom Eingangsprodukt in den Schlachthof bis zum Ende einer Wurst, und dann wird sie übergeben in das Ressort vom Kollegen Anschober, wo es dann um die Konsumentensicherheit geht. Bis dorthin kontrollieren wir von der Veterinärabteilung des Landes Oberösterreich und

können damit auch sicherstellen, dass auch in Wurstwaren eindeutig die Herkunft zugeordnet werden kann. Es ist vor allem in Zeiten wie diesen ein wichtiger Faktor, die Menschen möchten wissen, wo es herkommt, möchten wissen, was drinnen steckt. Die Produkte vor allem in der Ursprungsgarantie sind zu 100 Prozent aus der österreichischen Landwirtschaft, überall dort, wo wir die Produkte nicht selbst erzeugen können oder im Bereich der Gewürze, dort gibt es einen geringen Anteil, zum Beispiel Fruchtojoghurt, zum Beispiel Gewürze, das natürlich importiert werden muss, an sich wieder in den Fertigprodukten findet.

Die Konsumenten, das ist ein wesentlich wichtigerer Punkt für uns, können in diesem Bereich sehr viel bewegen, auch dazu gibt es eine aktuelle Market-Studie, die aber aufzeigt, dass 88 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ihr Ernährungsverhalten und damit auch ihr Einkaufsverhalten nicht ändern möchten, nur zwölf Prozent sagen, vielleicht auch im Hintergrund des kurzfristigen Skandals, sich einer Änderung vielleicht vollziehen könnten. Das heißt, wir haben noch einen großen Teil der Bewusstseinsbildung vor uns, ich freue mich, dass das AMA-Gütesiegel auch in dieser Umfrage von den Menschen so beurteilt wird, dass 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sagen, wir brauchen kein anderes Gütesiegel. Der Markt ist von Gütesiegeln überschwemmt, da gibt es in Deutschland eine sehr nette Studie, die besagt, von eintausend Siegeln sind 99 Prozent eine Erfindung der Industrie. Ich denke, wir reden hier nicht von Gütesiegeln, sondern wir reden hier meist von Markennamen, die sich die Industrie aufgrund der Umsatzmärkte zu Eigen macht.

Der Etikettenschwindel mit Bio, Fair, Öko, Bauernhofgarantie und so weiter gleicht einer Art Heiligsprechung, das heißt, shoppen mit gutem Gewissen. Das heißt, das vermittelt mir sehr stark, dass ich mich richtig bewege, dass ich eigentlich das Richtige mache und das Richtige tue. Hier denke ich, können wir mit dem AMA-Gütesiegel den Weg für Europa aufzeigen, es gibt auch in anderen Staaten der EU-27 die Möglichkeit des Siegels aber dann nicht rot-weiß-rot, sondern in den Nationalfarben zu verwenden, das gibt ja die EU-Kommission vor.

Erster Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte, Herr Kollege Stanek.

Abg. **Stanek:** Herr Landesrat, welchen Schutz vor Täuschungstricks braucht eine qualitätsorientierte produzierende Landwirtschaft in Oberösterreich?

Landesrat **Hiegelsberger:** Wir brauchen die eindeutige Nachvollziehbarkeit auch bei all jenen Produkten, die nach Österreich kommen. Hier ist vor allem der Bereich des internationalen Fleischhandels ganz stark betroffen und da hat Bertolt Brecht einen Ausspruch getätigt, den könnte man wahrscheinlich auf diese Industrie ansprechen. Zuerst kommt das Fressen und dann kommt die Moral. Also man sieht ganz eindeutig, dass es hier um große Geschäftsbereiche geht. Das sind ja Gaunereien. Wir werden auch zukünftig mit gesetzlichen Maßnahmen Gaunereien nie ganz verhindern können und ausschließen können. Wir stellen aber für uns die Forderung, dass im gleichen Ausmaß wie bei uns sowohl die landwirtschaftlichen Betriebe, als auch die Verarbeiter sich zu den Kontrollen und auch weiterführend zu den Überprüfungen bekennen und auch in anderen Staaten das selbe Maß angelegt werden muss. Immer dann und wir reden ja nicht von Frischware, sondern hauptsächlich von Tiefkühlblocks, wo halt Umetikettierungen jederzeit aus derzeitiger Möglichkeit in der EU gestaltet werden kann. Hier brauchen wir die eindeutige Nachvollziehbarkeit auch im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern.

Erster Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Stanek**: Danke.

Erster Präsident: Das ist nicht der Fall. Dann darf ich der Frau Kollegin Wageneder für eine weitere Zusatzfrage das Wort erteilen.

Abg. **Wageneder**: Österreich setzt ja auf das Selbstbestimmungsrecht bei der GVO-Freiheit und ist hier auch europaweit seit 2004 Vorreiter. Wie weit ist diese Gentechnikfreiheit auch gewährleistet im Hinblick auf das AMA-Gütesiegel bei der Fütterung der Tiere?

Landesrat **Hiegelsberger**: Ja, Frau Kollegin, das ist richtig. Gemeinsam mit meinem Vorgänger Landesrat Stockinger und Landesrat Anschöber wurde das GVO-freie Netzwerk in Europa ins Leben gerufen. Inzwischen ist ja mit Baden-Württemberg die 57. Region in Europa dem beigetreten, das heißt es ist gelungen, von oberösterreichischer Seite aus eine Tournee durch Europa zu starten, wo sich viele Regionen inzwischen wiederfinden. Dasselbe Thema, und das wurde von mir gestartet gemeinsam mit dem Verein Donau Soja, ist die Soja, das heißt die Eiweißproduktion in Europa auf eigene Füße zu stellen. Das heißt, auch hier ist nachhaltig gewährleistet, dass wir im GVO-freien Bereich nicht nur die Anbauflächen bekommen, sondern dass wir vor allem auch die Kontrolle und zusätzlich auch die Züchtung eindeutig in oberösterreichischen Händen hier halten möchten. Ein wesentlicher Partner beim Teil Donau Soja ist Bayern. Mit der grünen Woche in Berlin sind zusätzlich sieben Länder dazugekommen. Wer neu noch dazukommen wird, das ist in den nächsten Wochen, das wird Polen sein. Also wir sehen, dass auch diese Initiative zur GVO-freien Soja-Produktion ein wesentlicher Meilenstein ist.

Warum brauchen wir Soja? Man kann keine Fleischzucht oder Fleischmast betreiben ohne Eiweiß und das gängigste Eiweiß, auch auf Grund der Verdaulichkeit, ist Sojaschrott. Denn wir wissen, dass 70 Prozent der weltweiten Agrarflächen Weideflächen sind. Das heißt, hier hat der Wiederkäuermagen die Möglichkeit, auch aus Grünland Eiweißstoffe und Energie zu erzeugen. Das ist im Bereich der Eiweißproduktion nicht möglich, daher sind wir auf Importe angewiesen. Rund 600.000 Tonnen, die wir in Österreich Sojaschrott aus hauptsächlich Südamerika importieren und hier natürlich nur ein geringer Teil, der GVO-frei ist. Trotzdem können wir seit Beginn beim AMA-Biozeichen diese GVO-Freiheit auch garantieren. Wir können weiterführend inzwischen auch über die Milch, über das Rindfleisch und neu, das wird in den nächsten Tagen kommen, auch über das Schweinefleisch diese GVO-Freiheit garantieren.

Mit dem einzigen Hintergrund. Dieses Thema ist ja durch Oberösterreich gegangen, die Firma Oberndorfer hat ja das IBO-Schwein auf den Markt gebracht. Das IBO-Schwein hat dazu geführt, dass Biofleisch und dass Gustino-Qualitätsware konventionell aus dem Markt gedrängt wurden. Es heißt, es hat nur zu einer Verschiebung von Mengen im Bereich des Qualitätssortiments von Fleisch geführt. Daher sehen wir nur dann die Möglichkeit, wenn es eine große Bereitschaft des Handels dazu gibt, auch die notwendige finanzielle Unterstützung zu leisten, damit dieses GVO-freie Sojaschrott auch in der Tierhaltung verwendet werden kann. Das heißt, der Markt gibt letztendlich auch hier vor, wie die Produktionen funktionieren oder funktionieren sollten. Wenn dies vom Handel gewünscht ist und die Konsumenten ebenfalls zu diesen Produkten greifen, dann werden wir auch in Oberösterreich das vollinhaltlich erfüllen können.

Abg. **Wageneder**: Dankeschön.

Erster Präsident: Für eine weitere Zusatzfrage hat sich Frau Kollegin Peutlberger-Naderer zu Wort gemeldet.

Abg. Peutlberger-Naderer: Sehr geschätzter Herr Landesrat! Du hast sicher gehört, dass eine oberösterreichische Firma, die auch Mitglied im Genussland Oberösterreich ist, von Russland beschuldigt wurde, bei den Rindfleischlieferungen Pferdefleisch eingemischt zu haben. Also diese Firma hat von sich aus untersucht. Aber für viele ist es einfach unfassbar, was derzeit alles berichtet wird und momentan aufgezeigt wird. Deshalb meine Frage: Was ist in diesem Fall seitens der Landesregierung überprüft worden? Welche Maßnahmen werden da gesetzt, dass solche Imageschäden verhindert werden? Dass aufgeklärt wird?

Landesrat **Hiegelsberger:** Frau Kollegin, ich sage wirklich danke, denn das ist wirklich richtig oder das trifft es auch auf den Punkt. Es geht hier wirklich um den Imageschaden. Auch für unsere Landwirtschaft, aber vor allem auch für die Verarbeitungsbetriebe. Wir haben schon, und das kann der Kollege Anschöber bestätigen, da gibt es ja ein Vorwarnsystem, falls solche Produkte in EU-Ländern aus unserem Markt auftauchen. Nur das Vorwarnsystem hat in diesem Fall nicht angesprochen. Jetzt kennen wir etwa die Politik, die Russland derzeit gerade betreibt, denn sie versuchen gerade eine sehr große Marktabschottung in allen Bereichen dort umzusetzen. Nachdem es da gelautet hat in den ersten Medienberichten, es geht hier um 20 Tonnen, die anscheinend mit Pferdefleisch kontaminiert sein sollten, da waren bei uns bereits die Alarmglocken, kann das überhaupt sein? Und zweite Frage, kann es in dieser Menge stattfinden?

Die Firma VIVATIS hat dann sofort eine Probe nach Deutschland geschickt. Dort gibt es ein Speziellabor und dieses Speziellabor hat herausgefunden, dass keine Pferdefleischkontamination auch in den Frankfurtern stattfindet. Die Schwierigkeit ist, bis dato hat Russland diese Probe, die anscheinend verseucht sein sollte, nicht herausgegeben und auch nicht das Zertifikat dazu. Das heißt, wir schweben hier noch etwas in einem Graubereich, aber es ist richtig, dass wir auf Grund des internationalen Handels auch mit Fleisch, vor allem bei tief gefrorenen Fleischblöcken, hier nicht auf die Etikettierung uns verlassen können, wenn der rechtliche Status nicht im selben Ausmaß erfüllt wird wie bei uns in Österreich.

Abg. Peutlberger-Naderer: Danke.

Erster Präsident: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat sich Herr Klubobmann Mag. Günther Steinkellner zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Landesrat! So wie ich also jetzt gehört habe, scheint es ja keine Probleme mit der Deklaration zu geben. Ich verstehe nur dann nicht, dass der Konsument, die Konsumentin schwerst enttäuscht ist darüber, dass man in den Medienberichten jetzt fast täglich, gerade auch wenn man nach Deutschland blickt, immer wieder neue Informationen bekommt, wo der Konsument schwerst getäuscht wird und es manchmal dann nur als sogenannte Falschdeklaration abgetan wird. Der Oö. Landtag wird nachher dann noch, nachdem ja gemeinsam beantragt wurde und von allen unterschrieben wurde, eine Resolution an den Bund unterschreiben. Natürlich geht es darum, dass wir ein österreichisches Gütezeichen-Gesetz insofern bekommen, dass also absolute Sicherheit gewährleistet ist und das gesetzlich festgelegt werden sollte. Das ist das eine. Meine Frage an dich: Wenn aber der Bund nicht handelt und ein österreichisches Gütezeichen-Gesetz nicht machen wird, hältst du es dann nicht für sinnvoll auf regionaler Ebene ein regionales

Gütezeichen-Gesetz zu beschließen mit der Konsequenz, dass der Konsument, die Konsumentin absolute Sicherheit bekommt?

Landesrat **Hiegelsberger**: Da gibt es zwei Antworten dazu. Der erste Punkt ist, auf Grund der Vielzahl, nicht jetzt von Gütesiegeln, ich habe es schon erwähnt, sondern von Markenzeichen, ist der Konsument derzeit schon sehr stark verwirrt und weiß nicht genau, welche Klassifizierungen in welchem Markensortiment stattfinden. Es heißt aus dieser Sicht, glaube ich, ist es nicht notwendig, dass wir zusätzlich ein staatliches Gütezeichen, dazu haben wir ja das AMA-Gütesiegel und das AMA-Biozeichen, einführen. Denn die Verwirrung würde dann noch viel größer sein. Viel wichtiger ist für mich, dass die eindeutige Identifizierung auf den Produkten besser stattfindet. Das heißt, oftmals ist auch dieses Zeichen nur sehr, sehr klein, vielleicht ganz unten irgendwo angeführt. Es heißt, das eindeutige Signal, dass auch die Auszeichnung auf den Produkten besser stattfinden muss. Natürlich sind wir da sofort in dem gesamten Thema Konvenienz oder Fertigprodukte. Hier stellt sich natürlich eine ganz andere Frage, weil die Maischen, die dort verwendet werden, ob das im Mehl-, im Gewürz-, im Käse-, oder im Fleischbereich ist, oft sehr schnell wechseln. Also hier zu nachvollziehbaren Kriterien zu kommen ist wahrscheinlich eine besondere Herausforderung in der gesamten EU-Nahrungsmittelindustrie. Ich denke, dass wir in Österreich auf Grund dieses sehr guten gesetzlichen AMA-Gütesiegels kein zusätzliches gesetzliches Gütezeichen brauchen.

Und die zweite Antwort: Nachdem auch die Lebensmittel inzwischen weltweit gehandelt werden, würde ein oberösterreichisches Gütezeichen nur einen minimalen Teil des Marktes beeinflussen können im Bereich des gesamten Angebotes. Wir reden derzeit in Europa von zirka 170.000 Einzellebensmitteln.

Erster Präsident: Gibt es noch eine Zusatzfrage? Wenn dies nicht der Fall ist, darf ich die Fragestunde für geschlossen erklären und ich ersuche den Herrn Schriftführer den heutigen Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Stanek**: Wir kommen zur Zuweisung des Eingangs in die heutige Landtagssitzung. Ich beginne mit der Beilage 821/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Oö. Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2013), diese Beilage wird dem Ausschuss für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 823/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit, diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 824/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, BGBl. I Nr. 105/2008 geändert wird, diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 825/2013, Initiativantrag betreffend einen einheitlichen Träger der Krankenanstalten in Oberösterreich, diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 826/2013, Initiativantrag betreffend eine Modellregion für mehr Chancengerechtigkeit im Schulwesen, auch diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 827/2013, Initiativantrag betreffend einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 828/2013, Initiativantrag betreffend Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln, diese Beilage soll ebenfalls gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die Beilage 829/2013, Initiativantrag betreffend die Verhinderung des Ausbaus von bestehenden Atomkraftwerken und der Errichtung von Atomrestmülllagern in Tschechien, diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Erster Präsident: Ich bedanke mich. Die vom Herrn Schriftführer verlesenen Beilagen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt und auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat schlagen die Unterzeichner der Beilage 825/2013 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend einen einheitlichen Träger der Krankenanstalten in Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Frau Kollegin Dr. Brigitte Povysil das Wort erteilen.

Abg. Dr. Povysil: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, in Internet! Der Herr Landeshauptmann ist nicht anwesend zurzeit im Landtag, aber er hat jetzt ein ernsthaftes Problem. 180.000 Euro Jahresgage für einen dritten gspag-Vorstand. Für einen dritten gspag-Vorstand, und ich sage dies hier klar und deutlich, den keiner braucht. Wir haben wiederholt protestiert. Alle Proteste wurden in den Wind geschlagen. Politisch strategisch wurde ein dritter Häuptling gebraucht. Die Indianer, die vor Ort arbeitenden Gesundheitsberufe, an Patienten arbeitenden Gesundheitsberufe, zirka 10.000 Ordensmitarbeiter haben im vierten Jahr keinen vollen Inflationsausgleich bekommen. Das war der Tropfen auf dem heißen Stein, das war zu viel. Jetzt streiken sie. gspag und AKH zeigen sich solidarisch. Alle Mitarbeiter sind verärgert, fühlen sich gering geschätzt, sind bereit für ihre Rechte zu kämpfen. Und Recht haben sie. Österreichweit hat man sich auf eine Lohnerhöhung von 2,6 Prozent für die Ordensmitarbeiter geeinigt, nur in Oberösterreich gilt das nicht. Natürlich kann der Herr Landeshauptmann und Gesundheitsreferent keinen Unterschied machen zwischen den Gesundheitsberufen der verschiedenen Spitäler. Keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Trägern. Schließlich arbeitet eine Krankenschwester, ein Krankenpfleger im AKH, in der gspag, im Orden genau so viel, genau so gut am Patienten. Der eine Träger, das eine Spital wie das andere.

Das heißt, nötiger denn je brauchen wir in Oberösterreich eine einheitliche, gemeinsame Trägerschaft für ein einheitliches Arbeits- und Besoldungsrecht. Denn alles andere, meine Damen und Herren, wäre eine haarsträubende Ungleichbehandlung.

Lieber Herr Klubobmann Stelzer! Als wir den Antrag einer gemeinsamen Landesholding das letzte Mal eingebracht haben, hast du, ich zitiere aus dem Wortprotokoll, uns als Apostel der Monopolisierung und Verstaatlichung bezeichnet. Besser man ist ein vorausschauender Apostel mit klaren Vorstellungen eines gesetzeskonformen Arbeitsrechts als ein Messias, der beim Gang übers Wasser im Streik-Tsunami untergeht. (Beifall)

Wir sagen leistungsgerechte Entlohnung für alle, die ihr gesamtes Arbeitsleben kranken Menschen widmen. Wir sagen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit in allen oberösterreichischen Spitälern. Keine Unterschiede im Dienst- und Besoldungsrecht durch Schaffung einer Oberösterreichischen Landesholding. Wir sagen Verwaltungsreform, Verwaltungsvereinfachung und Kostendämpfung durch eine gemeinsame Holding, eine gemeinsame Verwaltung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, lieber Kollege Primarius Dr. Aichinger! Wir laden dich einmal mehr ein unseren Antrag mitzubeschließen. (Zwischenruf Abg. Dr. Aichinger: "Seid ihr für die Enteignung?") Streiks in Spitälern ist Gift für Patienten. Streiks in Spitälern bringen mehr Kosten. Sie gefährden damit nicht nur die beschlossene Gesundheitsreform, sondern auch die Qualität der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Frau Mag. Dr. Elisabeth Manhal das Wort erteilen.

Abg. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was der dritte gespag-Vorstand mit dem eigentlichen Antrag der FPÖ zu tun hat, verstehe ich nicht ganz, wie auch immer. Nur zur Erinnerung, es ist kein Vorstand, sondern eine Vorständin und wir lassen uns diese tüchtige Ärztin und neuen gespag-Vorstand sicher hier nicht anpatzen. (Beifall)

Als ich den Antrag der FPÖ gelesen habe, hatte ich ein Déjà-vu. Das Gefühl, dass dieses Ansinnen schon einmal in diesem Haus diskutiert worden ist, hat sich zu meiner Erleichterung nicht als Gedächtnisstörung herausgestellt, sondern als Tatsache. Im Juli 2011 hat die FPÖ einen teilweise gleich lautenden Antrag eingebracht. Der wurde dann im Sozialausschuss diskutiert und dort mit den Stimmen von allen übrigen Fraktionen abgelehnt. Unsere Position hat sich seither nicht verändert. (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Das ist ja das Schlimme!") Wir sehen in der aktuellen Vielfalt in der Trägerstruktur unter anderem einen Grund für die hochentwickelte Versorgung im stationären Bereich. Mit einer Monopolisierung in der Trägerschaft, und das will die FPÖ hingegen, würden die befruchtenden Aspekte eines moderaten Wettbewerbes tendenziell gefährdet.

Ein nicht zu vernachlässigendes Argument ist weiters, dass wir nicht ein neues System etablieren, sondern dass wir es mit einer historisch gewachsenen Struktur zu tun haben. Momentan ist es eben in Oberösterreich so, dass die Krankenanstalten von verschiedenen Trägern geführt werden. Auf Grund dieser bestehenden Struktur ist es derzeit mehr als fraglich, dass eine einheitliche Trägerschaft umgesetzt werden kann.

Außerdem, und das darf nicht vergessen werden, ist es so, dass durch die verschiedenen Träger auch eigene Beiträge in das System fließen, die die öffentlichen Haushalte entlasten. Für uns steht nicht im Mittelpunkt, wer was anbietet, sondern was brauchen die Menschen, was brauchen die Patientinnen und Patienten in den Regionen, damit eine bestmögliche medizinische Versorgung auf höchstem Niveau flächendeckend angeboten werden kann? (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Nicht streikende Gesundheitsberufe!")

Gerne erläutern wir der FPÖ unsere Argumente ausführlich nochmals im Sozialausschuss, die Dringlichkeit aber lehnen wir heute ab. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Frau Kollegin Dr. Julia Röper-Kelmayr das Wort erteilen.

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuseher! Trägervielfalt schafft Konkurrenz. Konkurrenz schafft Motivation. Motivation ist ein Teil, der notwendig ist für die zu erbringende Qualität.

Vom rechtlichen Aspekt gibt es keinen Grundsatz, dass die Arten der Träger gleich verteilt sein müssten oder dass es einen Anspruch auf eine bestimmte Trägerschaft gibt. Gemeinnützige, öffentliche und private Krankenträger sind, wenn sie Partner sind und dem Oö. Gesundheitsfonds angehören, zu fördern und haben ein Anrecht auf Betriebs- und Investitionszuschüsse.

In den Bereichen Organisation und Verwaltung schafft eine Trägervielfalt einen größeren Selbstbestimmungsraum. Was ist definitiv festzuhalten? Einheitliche Trägerschaft oder Trägervielfalt. Dies ändert nichts an den geltenden medizinischen Standards für die Behandlung von Patienten. Dies ändert nichts an den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitszeit.

In allen Fällen wird eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung geleistet und eine hochwertige Arbeit in den Spitälern von den Betroffenen geleistet. Ein weiterer Aspekt: Freiwilligkeit oder Verortung. Ich erinnere hier an verschiedenste Kooperationen, die in der letzten Landtagsperiode durchgeführt wurden und da haben wir gesehen, Kooperationen funktionieren, wenn sie gewollt sind, wenn beide Partner dies machen wollen. Dann funktionieren Kooperationen, dann funktioniert die Arbeit.

Wenn sie verortet sind, wenn sie politisch verortet sind, dann funktioniert dies nicht so und dies wäre im Falle einer Gesamtholding. Jetzt stellt sich auch die Frage, ob dieser Antrag darauf abzielt, bei einer gut funktionierenden Krankenhauslandschaft und bei hohen medizinisch qualitativen Maßnahmen mutwillig eine Vereinheitlichung herbeizuführen. Eine Trägervielfalt bedeutet eine gesunde Mischung aus öffentlich rechtlichen und privat gemeinnützigen Krankenhäusern, wenn ich hier die Krankenanstalten des Gesundheitsfonds anspreche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf nun an einen Entschließungsantrag aus dem Jahr 2008 der freiheitlichen Partei erinnern, von den Abgeordneten Dr. Berlakovich-Jenewein und weiteren Abgeordneten, das sind die Abgeordneten des FPÖ-Nationalratsklubs. Dies ist ein Antrag vom 10. Dezember 2008 zur Spitalsfinanzierung.

Ich zitiere: Die Aufrechterhaltung der Trägervielfalt im österreichischen Gesundheitswesen ist im Interesse der Bevölkerung und entspricht auch den Zielen der Gesundheitspolitik. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Das war noch vor der Wahl!") Das war der Antrag der FPÖ. Noch dazu, wo in diesem Bereich private gemeinnützige Träger zur Verfügung stehen. Im Interesse der Sicherstellung der Existenz der konfessionellen Krankenanstalten.

Ich darf weiter zitieren. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wie alt ist das?") Zwei, habe ich gesagt, 10. Dezember 2008, das gilt ja hoffentlich noch. (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Jetzt haben wir Streiks und eine ganz andere Situation!") Warte mal bitte. (Zwischenruf Abg.

Mag. Steinkellner: "Wir wollen das AKH endlich einbinden in die gespag! Das sollte mal diskutiert werden!") Selbstverständlich. Aber ich darf jetzt leider nicht weiter zitieren.

Ist das so unangenehm, was ich da zitiere? (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Nein gar nicht!") Gut. Es ist sicherzustellen, ich zitiere, das ist nicht von mir interpretiert, es ist zitiert, dass im Bereich des österreichischen Gesundheitswesens die Trägervielfalt aufrecht zu erhalten ist und dass dies aufrecht erhalten wird. Und so weiter, und so weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hervorzuheben ist also bei diesem Antrag erstens, Kooperationen funktionieren nur, wenn beide Partner dies wollen. Zweitens, die Idee oder das Modell eines einheitlichen Trägers wäre zum Scheitern verurteilt, würde man dies gesetzlich verordnen. Drittens: In Oberösterreich ist das System über die Jahre gewachsen. In Oberösterreich ist man auch politisch überein gekommen, dass die Trägervielfalt eine auf die Gesundheitsversorgung positiv auswirkende Konkurrenzsituation schafft, dadurch die Motivation steigert und Qualität sichert. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Aber wenn eine Kooperation kommt, werden sie zusammengeführt!") Wird eine neue Form geführt. (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Eine Holding ist auch eine neue Form!")

Ich habe nur mehr 36 Sekunden. Es kommt noch ein interessanter Punkt. Das ist sehr unfair. Ein letzter Punkt. Bei der Begründung des Antrags hat die freiheitliche Partei den Streik der Belegschaft der Ordensspitäler zu aller Anfang hin als scheinbaren Impulsgeber für eine einheitliche Trägerschaft genommen. Hier muss ich nur anfügen, es ist, glaube ich, ein Schelm der denkt, dass bei einer Zusammenlegung für die Arbeitnehmer die besten Tarife herangezogen werden, dass die besten Arbeitszeiten herangezogen werden.

Eine Vereinheitlichung unter einem Träger würde bedeuteten, dass mit Sicherheit nicht die besten Tarife herangezogen werden. Das wären ein Lohndumping nach unten und eine Arbeitszeitentwicklung nach oben. (Zwischenruf Abg. Dr. Povysil: "Ihr seid aber solidarisch damit!") Meine sehr geehrten Damen und Herren, es blinkt die rote Lampe, das ist schon fix.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Lassen Sie sich davon nicht irritieren!") Nein eh nicht, das motiviert mich. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vielfalt der oberösterreichischen Trägerschaft ist eine gewachsene und eine politisch gewollte. Ich erinnere Sie, dass dieser Antrag im Jahr 2008 eingebracht worden ist und der hier explizit auf die Trägerschaft, die Beibehaltung der Trägervielfalt abzielt und aus den eben genannten Gründen muss so etwas gewollt sein und nicht politisch motiviert per Gesetz angeordnet werden. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Ist er beschlossen worden?")

Aus diesem Grund wird die sozialdemokratische Partei Oberösterreichs diesem Antrag nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, es ist schon angesprochen worden. Wir haben eine sehr bunte Spitalslandschaft in Oberösterreich. Angefangen von den gespag-Krankenhäusern, die vor allem auch in der Peripherie, in den ländlicheren Regionen ihre Standortkrankenhäuser haben. Weiters über das AKH, ein Schwerpunktkrankenhaus hier in Linz mit einem sehr breiten Angebot und einem fachlich sehr guten Angebot. Und natürlich auch sehr viele Ordensspitäler, wie wir schon gehört haben. Dies ist eine gewachsene Struktur.

Die Ordensspitäler waren schon viel, viel früher hier und haben auch hier zu dieser Buntheit beigetragen, mit den unterschiedlichen Schwerpunkten. Natürlich auch mit einem etwas anderen philosophischen Hintergrund. Mir geht es nicht um die Konkurrenz der einzelnen Krankenhäuser, sondern es geht um den Wettbewerb, um den Wettbewerb der Qualität. Ich glaube diesen Wettbewerb der Qualität, den haben wir in Oberösterreich und hier können wir stolz darauf sein, dass wir eine sehr gute und sehr hoch stehende Versorgung haben, dass viele andere Bundesländer auf uns neidisch schauen. Ob das im AKH ist, mit dem Kinderkrankenhaus zusammen, mit einer Herzchirurgie, die sich wirklich österreichweit einen hervorragenden Ruf erarbeitet hat.

Wir haben in dieser bunten Spitalslandschaft, auch bei der Spitalsreform in Oberösterreich gut zusammen gearbeitet. Hier wurden alle Spitäler eingeladen. Hier waren allen Spitäler mit dabei und leisten auch ihre Beiträge zu einer Spitalsreform, wo wir sagen, konzentrieren wir uns auf Schwerpunkte, schauen wir, wie wir eine gute, flächendeckende Versorgung auf allen Ebenen zusammen bringen können.

Hier gibt es das positive Beispiel der Kooperation. Aber natürlich, und das darf natürlich auch nicht verschwiegen werden, mehrere Träger brauchen mehr Abstimmung, brauchen mehr Austausch, weil auch andere Philosophien oft zusammen kommen und es hier natürlich unterschiedliche Zugänge gibt.

Aber ich glaube, gerade auch mit diesem Austausch können wir unsere gute Spitalslandschaft weiter entwickeln. Und ja, unterschiedliche Träger heißt natürlich auch unterschiedliche Dienstrechte, unterschiedliche Kollektivverträge, die hier herangezogen werden, wo die Besoldung der Ärzte, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegebereich, aber auch der anderen Fachdienste steht.

Wir sehen und hören leider Gottes eben auch die Streikandrohungen. Es gibt unterschiedliche Arbeitszeiten. Es gibt unterschiedliche Entlohnungsschemen. Es gibt unterschiedliche Bewertungen der Vorrechnungszeiten und so weiter, und so weiter. Und ich glaube, das muss man als Gesamtpaket sehen. Ja, das ist in allen Häusern etwas anders. Und hier eine Lösung zu finden ist auch mein oberstes Ziel und ich gebe Kollegin Povysil vollkommen Recht.

Ja, gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Nicht nur zwischen Männern und Frauen, sondern auch in ein und demselben Berufsbild, wo 90 oder 99 Prozent Frauen betroffen sind. Gerade hier. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Und zu 100 Prozent vom Steuerzahler bezahlt wird!") Mit dem Modell der Uniklinik sehen wir auch, dass diese unterschiedlichen Träger, diese Trägervielfalt nicht nur positiv ist, sondern auch hier gibt es mehr Abstimmungsbedarf und auch hier sehen wir, dass wir gemeinsam zu Lösungen kommen.

Wie können wir diese unterschiedlichen Träger in eine Uniklinik vereinbaren? Wie können wir wirklich überall das Beste auch mitnehmen? Ich glaube, es muss unser Ziel sein, diese Vielfalt zu erhalten, wenn das von den Trägern gewünscht wird. Und da bin ich bei dem Punkt. Ja, es gibt natürlich viele Probleme und es gibt einen Lösungsansatz, den die FPÖ gewählt hat. Das ist der einfachste. Geh, wenn es Probleme gibt, dann machen wir alles auf eins und schauen wir auf welchem Niveau wir uns einstimmen. Und da gebe ich der Kollegin Röper-Kelmayr vollkommen recht. Ich habe kaum eine Zusammenlegung gesehen, wo wir das Höchste erreicht haben, sondern da sind wir immer, wenn es gut gegangen ist, in der Mitte oder sogar am untersten Ende bei Zusammenlegungen gewesen, wo man halt das Beste heraus holt.

Gleiches Dienstrecht für alle. Hier gibt es Überlegungen, wie können wir das vereinbaren? Und das muss nicht unbedingt mit einer einheitlichen Trägerschaft sein. Noch dazu, wo ich die Träger zwingen muss, sich unter ein Dach zu begeben. Dagegen sprechen wir uns auch aus. Es gibt aber auch eine andere Möglichkeit und wir haben ja gerade bei den Pflegeberufen noch die zusätzliche Komponente, dass wir viele Pflegekräfte haben, die außerhalb der Krankenhäuser im Altenheim tätig sind.

Da auch hier wieder eine andere Einstufung der Fall ist, bei denen, die mobil tätig sind, also wir haben hier eine Vielfalt von Ausübungen in diesem Bereich, die unterschiedlich auch honoriert werden und unterschiedliche Arbeitsbedingungen haben. Und was mir ganz besonders wichtig ist, neben diesen gemeinsamen gleichen Arbeitszeiten und Entlohnungssystemen, ist hier zu schauen, dass es endlich auch gerade für die Pflegekräfte eine standespolitische Vertretung gibt, so wie bei der Ärztekammer, auch wenn ich nicht immer glücklich bin mit den Forderungen der Ärztekammer und nicht alles immer zu 100 Prozent unterschreiben kann. Hier wird beides gesehen, nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die Werthaltung zur Pflege insgesamt und hier wäre eine Pflegekammer aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, ein wesentlicher Schritt da hin zu kommen, dass genau das passiert, was ja das Ziel dieses Antrages auch ist.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Auch in der Werthaltung gegenüber den Ärztinnen und Ärzten auf einer Ebene zu sein. Hier haben wir oft auch noch sehr viele Hierarchien, gerade was die Tätigkeiten betrifft, die von den Ärzten immer mehr auch an die Pflegekräfte abgegeben werden müssen, weil eben hier auch neue Strukturen zu bewältigen sind. Wir werden nicht der Dringlichkeit zustimmen. Wir werden alles tun, damit Pflegekräfte mit Ärzten in diesem System auf einer Augenhöhe sind und wir hier wirklich gleichen Lohn für gleiche Arbeit erreichen. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 825/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 825/2013 dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 826/2013 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Modellregion für mehr Chancengerechtigkeit im Schulwesen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Bevor ich die Wechselrede eröffne, darf ich in unserer Mitte ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler der HAK Gmunden willkommen heißen und ich wünsche Ihnen einen interessanten Aufenthalt hier bei uns im Oö. Landtag.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 826/2013 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Mag. Gertraud Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Gäste von der HAK Gmunden, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es gibt kaum ein anderes Land in Europa, wo die Zukunftschancen der Kinder so stark vom Einkommen und vom Bildungsstand der Eltern abhängig sind, wie das bei uns der Fall ist.

Wir wissen auch von den internationalen Bildungstests, dass 20 bis 25 Prozent unserer Kinder in den verschiedenen Bereichen zur Risikogruppe gehören und wollen daher, dass jene Schulen, wo besonders viele Schülerinnen und Schüler mit schwierigen Ausgangsbedingungen sind, mehr Mittel zugeteilt bekommen.

Wir schlagen daher vor, dass Oberösterreich gemeinsam mit dem Bildungsministerium dazu eine entsprechende Modellregion einrichtet. Werte Kolleginnen, werte Kollegen, es geht um die Lebenschancen unserer Kinder. Es darf nicht sein, dass bis zu einem Viertel unserer Kinder zur Risikogruppe im Bildungsbereich gehört.

Es darf nicht sein, dass 15 Prozent unserer Kinder über keine Berufsausbildung oder keine Ausbildung über dem Pflichtschulabschluss verfügen. Ja viele haben nicht einmal einen Pflichtschulabschluss erreichen können. Schlechte Zukunftschancen sind für Kinder frustrierend. Frustration und Zukunftsängste können bis zur Kriminalität führen. Sie können zur Radikalisierung führen und wir wissen, dass Ängste, Radikalisierungen, eine ganze Gesellschaft destabilisieren können, wie wir das derzeit in manchen südlichen Staaten ja erleben.

Wir haben in den letzten Tagen Lehrertage gehabt und da wurde überall davon gesprochen. Kein Talent darf zurückgelassen werden. Ja, sehr geschätzte Damen und Herren, da sind wir uns einig. Entscheidend ist nur nach diesem Bekenntnis darf kein Talent zurückgelassen werden. Es müssen auch entsprechende Taten folgen. Ich möchte noch einmal verweisen auch auf den OECD-Bericht, der sagt, dass zur Förderung von Chancengerechtigkeit in Österreich ein geeignetes Lernangebot für Schulkinder mit weniger begünstigter sozioökonomischer Herkunft geschaffen werden soll.

Der ganz aktuelle Bildungsbericht, der nationale Bildungsbericht, belegt, dass österreichweit ein Drittel aller Kinder, werte Kolleginnen und Kollegen, aufgrund des Einkommens oder Bildungsstand der Eltern oder wegen ihrer Alltagssprache zu einer sozialen Gruppe mit erhöhtem Bildungsrisiko gehören. In den urbanen Zentren, also in den größeren Städten, zählen sogar die Hälfte aller Kinder zur Gruppe mit erhöhtem Bildungsrisiko.

Wir haben im vergangenen Jahr ja dazu einen Antrag gestellt, und zwar einen Modellplan zu entwickeln für eine sogenannte indexbasierte Mittelsteuerung, also einen entsprechenden Sozialindex. Sie wissen ja, da gibt es in Oberösterreich zwei Professoren, Bacher und Altrichter, auf der JKU, die hier ein entsprechendes Modell entwickelt haben. Wir haben die auch zu uns eingeladen in den Unterausschuss, haben diese Frage auch miteinander diskutiert, sind noch nicht abschließend zu einem Ergebnis bei diesem Antrag gekommen.

Warum wir jetzt einen Antrag zur Einrichtung einer Modellregion einbringen ist, weil dieses Thema mittlerweile von allen Seiten aufgegriffen wird. Die Armutskonferenz hat gerade vor einigen Wochen das zu einem zentralen Thema gemacht. Politiker aus Wien, SPÖ-Politiker, grüne Politiker, in der Steiermark der neue Bildungslandesrat, greifen jetzt dieses Thema Sozialindex und bessere Ressourcenausstattung für Schulen mit schwierigeren Ausgangslagen entsprechend auf und vor allem die Bildungsministerin hat angekündigt, hier entsprechend aktiv werden zu wollen.

Es werden hier dazu auch bereits Arbeitsgruppen eingesetzt und ich meine wir sollten uns in Oberösterreich diese Chance nicht entgehen lassen. Wir haben das Thema aufgegriffen. Wir haben die Experten vor Ort und wir könnten auch ein entsprechendes Vorzeigeprojekt in Oberösterreich gemeinsam mit dem Bildungsministerium auf die Beine bekommen.

Ich ersuche Sie, streben wir gemeinsam so eine Modellregion an. Ein Vorzeigeprojekt für bessere Lernchancen für alle Kinder im Sinne von mehr Chancengleichheit. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Herrn Kollegen Mag. Bernhard Baier das Wort erteilen.

Abg. Mag. Baier: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Haus, Frau Kollegin Jahn! Wilhelm Busch hat einmal gesagt, der Herr Professor nimmt aus seiner Mitte zwei Bücher und schreibt daraus das Dritte. So ähnlich kommt mir der Antrag der SPÖ heute vor, der Dringlichkeitsantrag, wo sie, Sie sind ja kurz darauf schon eingegangen, eine Modellregion planen oder vorschlagen. Und jetzt in einer besonderen zeitlichen Erregung das auch begründen damit, dass die Frau Bildungsministerin auf dieses Thema auch aufmerksam geworden ist. Man hört, die Bildungsministerin sei auf ein Thema aufmerksam geworden, dass wir hier möglicherweise Handlungsbedarf haben. Was umso überraschender ist, weil ja heute den Zeitungen zu entnehmen war, möglicherweise die Frau Bildungsministerin ja auch von einem Wechsel in der SPÖ-Regierungsmannschaft betroffen sein könnte. (Zwischenruf Abg. Mag. Jahn: Unverständlich) Ich sage das nur dazu, weil ich mir ja ein wenig unsicher bin, nur deswegen sage ich das. Ich war nur ein bisserl verunsichert, ob die Bildungsministerin à la longue in dieser Frage noch unser richtiger Ansprechpartner ist. Nur deswegen habe ich das erwähnt.

Aber zur Sache zurück. Sie haben völlig richtig gesagt, dieser Antrag liegt im Unterausschuss Bildung, der erste Antrag zu dieser Frage. Das ist der zweite Antrag zu dieser Frage, auch einen dritten Antrag könnte man sicher noch den Beratungen beiziehen, macht ja nichts. (Zwischenruf Abg. Mag. Jahn: Unverständlich) Frau Kollegin! Sie haben sicher gemerkt und es ist Ihnen sicher aufgefallen, dass ich Ihnen aufmerksam zugehört habe. Ich würde mir manchmal wünschen, dass Sie eine ebensolche Aufmerksamkeit mir entgegenbringen könnten. Vielleicht wäre es dann einfacher, meinen Argumenten zu folgen.

Aber wir diskutieren im Unterausschuss diesen Antrag in einer sehr sachlichen und korrekten Art und Weise, so wie es sich gehört. Und wir haben ja, und das wissen Sie auch, die Herrn Professoren Altrichter und Bacher zu Gast gehabt, die uns dieses Modell erklärt haben, ein interessantes Modell, über das man reden kann und auch soll. Und wir haben dann, nur dass das auch in der Öffentlichkeit klar ist, uns darauf verständigt, dass wir, nachdem es einige Fragen im Zusammenhang mit der Datenerhebung gibt, weil ja natürlich da Daten der Eltern ausschlaggebend sind und so weiter, beschlossen, dass wir an das BIFIE herantreten. Was ist das BIFIE? Das BIFIE ist dieses Bildungsinstitut das unter anderem auch die PISA-Untersuchungen macht, um uns zu sagen welche Daten bereits bestehen, welche man neu erheben müsste, dass wir auf dieser Basis auch klären können, wie realistisch wäre die Umsetzung eines solchen Modells vor dem Hintergrund des Datenschutzes. Und das ist schon ein wichtiger Punkt, den wir besprechen müssen und im Auge haben müssen.

Und da haben wir noch keine Antwort. Und auf diese Antwort sollten wir warten. Wir sollten die Chance, das ist nur meine Anregung, für meine Fraktion auch wichtig, denn für uns hat der Datenschutz auch einen besonderen Stellenwert und eine besondere Priorität. Und ich warne, meine sehr geehrten Damen und Herren, uns davor, dass wir mit einem Schnellschuss, wenn ich so formulieren darf, hier etwas beschließen würden, was möglicherweise gewissen datenschutzrechtlichen Gesetzesgrundlagen widersprechen würde. Daher zuerst die Klärung, so wie wir es auch vereinbart haben, und dann die weitere Diskussion im Unterausschuss. Und daher darf ich sagen, sehen wir diese Dringlichkeit heute nicht, erstens weil diese Fragen nach wie vor offen sind, zweitens weil wir es ohnehin im Unterausschuss schon beraten und ich denke mir, das macht ja nichts, nehmen wir

diesen zweiten Antrag auch noch dazu, wir haben demnächst, in Kürze, in Bälde wieder einen Unterausschuss, dann haben wir vielleicht schon auch die Nachricht aus Salzburg vom BIFIE und dann können wir endgültig klären, was ist rechtlich möglich und was ist rechtlich nicht möglich. Nichtsdestotrotz stehen wir dazu, dass wir immer für Verbesserungen im Bildungsbereich zu haben sind und dass uns die Zukunft der jungen Menschen ganz besonders am Herzen liegt. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Frau Kollegin Mag. Silke Lackner das Wort erteilen.

Abg. Mag. Lackner: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Für meine Fraktion möchte ich vorweg feststellen, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden. Liebe Kollegin Jahn! Wir haben schon gehört, dass wir im Unterausschuss Bildung schon einige Male über den Antrag betreffend die Erstellung eines Modellplans für die indexbasierende Mittelbesteuerung diskutiert haben. Und nachdem die Beratungen zu diesem Thema immer noch nicht abgeschlossen sind, wie Kollege Baier berichtet hat, fehlen uns immer auch noch Informationen vom BIFIE, würde ich es auch für sinnvoll halten, diese Thematik weiter im Unterausschuss zu beraten.

Auf das Thema selbst möchte ich kurz eingehen. Denn ich persönlich finde es als einen inakzeptablen Vorschlag, als Basis für die Zuteilung der Lehrkräfte die sozioökonomische Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler heranzuziehen, denn diese Vorgangsweise führt zu sehr bedenklichen Aussagen. Ich möchte nur zurückerinnern, als auf Plakaten für das Bildungsvolksbegehren folgende Texte zu lesen waren: "Die Eltern von Lukas haben eine Lehre gemacht, Lukas auch. Die Eltern von Georg sind Akademiker, Georg geht ins Gymnasium. Ist das Zufall? Nein in Österreich wird Bildung vererbt!".

Meine Kolleginnen und Kollegen! Solche Aussagen sind wirklich mehr als bedenklich. (Beifall) Und ich finde es als diskriminierend, wenn Schülerinnen und Schüler aufgrund der Ausbildung der Eltern als weniger intelligent bezeichnet werden. Vielmehr sollten wir nun feststellen, wo ein Bedarf gegeben ist, damit unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert werden können. Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Herrn Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz das Wort erteilen.

Abg. Dipl.-Päd. Hirz: Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Unterausschuss Bildung beschäftigt sich seit fast einem Jahr mit dem Modell der indexbasierten Mittelsteuerung an Schulen. Im Kern geht es bei diesem Modell darum, dass Schulen, die ungünstige Ausgangsbedingungen haben, sogenannte Brennpunktschulen, mehr Lehrer- und Lehrerinnenstunden erhalten. Und das Ziel ist, dass schwierige sozioökonomische Ausgangsbedingungen möglichst entsprechend ausgeglichen werden. Derzeit ist es ja so, dass die Personalressourcen an den Schulen hauptsächlich anhand der Schülerzahlen zugeteilt werden. Entsprechend einer indexbasierten Mittelsteuerung würden so Faktoren wie Schulbildung, Haushaltseinkommen der Eltern, Umgangssprache der Kinder mit eingerechnet. Das heißt also, je schlechter die Ausgangsfaktoren für einen Schulstandort, desto mehr Ressourcen werden zugeteilt.

Das ist prinzipiell gut und wird auch von uns unterstützt. Es stellen sich da natürlich auch zwei Fragen. Das eine ist, wie verteilen wir die Ressourcen und nach welchen Kriterien verteilen wir die Ressourcen und das war ja auch der Grund, warum wir die beiden von mir geschätzten Universitätsprofessoren Johann Bacher und Herbert Altrichter in den Unterausschuss eingeladen haben. Die haben vorgeschlagen, die Personalressourcen nach

einem sogenannten Sozialindex zu vergeben. Das heißt also, die Schulbildung der Eltern mit einzuberechnen, das monatliche Nettoeinkommen und die zu Hause gesprochene Sprache und sie haben dahintergelegt die Annahme, dass ein Schulkind, das eine ungünstige Ausgangsbedingung hat, ungefähr einen zwanzigprozentig höheren Bedarf an Personaleinheiten hat wie ein Kind mit günstigen Ausgangsbedingungen.

Und die jetzt für mich politisch spannende Frage dahinter ist jetzt eigentlich die, wie gehen wir um mit den Ressourcen? Verteilen wir jetzt die Ressourcen, das heißt, nehmen wir den Schulen, die günstige Ausgangsbedingungen haben, jetzt die Ressourcen weg oder ist es so, dass für diese Brennpunktschulen ein Zusatzbedarf festgestellt wird? Und dann müssen wir uns die Frage stellen, wo kommen die Ressourcen her? Und dann muss man natürlich auch die Frau Bundesminister Schmied entsprechend in die Pflicht nehmen, denn wenn wir einen Zusatzbedarf haben, dann braucht es auch die entsprechenden Ressourcen und die können eigentlich nur von Seiten des Bundes kommen. Und ich glaube, dass es auf diese Frage eine Antwort zu finden gilt. Wofür wir Grüne nicht stehen werden ist, dass wir einen neuerlichen Verteilungskampf der Ressourcen haben zwischen AHS und Neuen Mittelschulen oder Hauptschulen und Neuen Mittelschulen. Ich möchte auch nicht, dass es einen Verteilungskampf gibt zwischen der einen Modellregion in Oberösterreich zu den anderen, die nicht Modellregion geworden sind bzw. auch nicht einen Ressourcenkampf zwischen den Bundesländern, also zum Beispiel Wien und den restlichen Bundesländern, weil hier andere Ausgangsbedingungen da sind. Das heißt, bevor wir das nicht geklärt haben, bin ich der Meinung, kann man das so nicht beschließen.

Und die zweite Frage, die meiner Meinung nach offen ist, wie messen wir diese Kriterien in der Praxis? Also das heißt, wie geht das, geben die Eltern das Einkommen beim Schuleintritt zum Beispiel bekannt? Wird das irgendwann wieder einmal erhoben? Und ich sage auch, dass ich eigentlich auch nicht möchte, dass man die Kinder nur auf ihre Herkunft reduziert, weil es meiner Meinung nach nicht automatisch so ist, dass Kinder, die aus Elternhäusern kommen, die nicht so gut finanziell ausgestattet sind, automatisch die Problemkinder sind. Das ist eigentlich nicht meine Erfahrung, die ich habe. Und, Kollege Baier hat das schon erwähnt, wir beschäftigen uns ja auch damit, was heißt das datenschutzrechtlich? Und wir haben ja auch das BIFIE gebeten, da entsprechende Dinge abzuklären.

Das heißt, ich glaube nicht, dass wir einen dringlichen Beschluss heute fassen sollten. Das wäre sicher ein Schnellschuss und die haben wir eigentlich im Bildungsbereich schon genug. Außerdem, sage ich jetzt einmal, bietet eigentlich der Antrag, der ja schon im Unterausschuss liegt, eigentlich ohnehin die Möglichkeit, genau das auch in Oberösterreich umzusetzen und deswegen glaube ich macht es auch nicht gar so viel Sinn, hier einen entsprechenden Antrag von Seiten der SPÖ nachzuschieben. Aber ich möchte noch erwähnen, dass wir ja auch entsprechende Möglichkeiten haben, ungleiche Rahmenbedingungen auszugleichen, direkte Steuerungsmöglichkeiten. Das ist auf der einen Seite der sonderpädagogische Förderbedarf, das ist zweitens die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund, also sogenannte außerordentliche Schüler und das ist auch die Schulsozialarbeit. Ich möchte die noch einmal erwähnen und da meine ich jetzt nicht die Schule und die Jugendwohlfahrt, sondern ich meine die Schulsozialarbeit im klassischen Sinn und da glaube ich brauchen die Brennpunktschulen wirklich mehr Unterstützung.

Und für uns stellt sich jetzt die Frage, welche Strategie wollen wir einschlagen? Wollen wir die indexbasierte Mittelsteuerung? Wollen wir eher die direkten Steuerungsmaßnahmen? Wollen wir eine Mischform zum Beispiel? Wollen wir und das möchte ich noch einmal

betonen, auch verstärkt die Schulsozialarbeit ausbauen? Ich glaube das sind Dinge, die wir offen und ehrlich diskutieren sollten, im Ausschuss und im Unterausschuss diskutieren sollten. Daher lehnen auch wir die Dringlichkeit ab. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 826/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 826/2013 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 827/2013 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend einem aufgabenorientierten Finanzausgleich. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 827/2013 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Herrn Kollegen Eidenberger das Wort erteilen.

Abg. **Eidenberger:** Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzausgleich ist im weiteren Sinn das zentrale Steuerungssystem der Finanzwirtschaft in einem Bundesstaat. Er regelt die Zuordnung der öffentlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen auf die verschiedenen Gebietskörperschaften im Staatsaufbau und soll unter anderem garantieren, dass der Bevölkerung ein vergleichbares Niveau an öffentlichen Leistungen in vergleichbarer Qualität bei ähnlicher fiskalischer Belastung zur Verfügung gestellt wird. Nun ist der Begriff Finanzausgleich aber missverständlich, weil dem nicht ganz so ist. Es werden nämlich ganz wesentliche zentrale Fragen dabei ausgeblendet, wie zum Beispiel die Frage, welche staatliche Ebene welche Aufgaben zu erfüllen hätte.

Das zentrale horizontale Verteilungskriterium im österreichischen Finanzausgleich ist derzeit die Bevölkerungszahl bzw. auf Gemeindeebene der abgestufte Bevölkerungsschlüssel. Andere Einflussgrößen, welche die Aufgabenintensität einer Gebietskörperschaft bestimmen würden, wie zum Beispiel die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung sowie regionale und sozioökonomische Gegebenheiten werden hingegen nicht berücksichtigt. Nicht zuletzt deswegen wurde auch das System des österreichischen Finanzausgleichs im letzten Jahrzehnt wiederholt zu Recht kritisiert. Es bedarf daher einer grundlegenden Reform des Finanzausgleichs, der neben der dringend notwendigen Entflechtung der Transfers eine verstärkte Aufgabenorientierung erfordert. Niemand kann nämlich von der Hand weisen, dass die Aufgaben der Gemeinden permanent vielschichtiger werden, während den stagnierenden Einnahmen steigende Ausgaben gegenüber stehen. Besonders die Transferleistungen an die Länder, stark wachsende Kosten im Leistungsaufwand wie bei der Kinderbetreuung sowie steigender Personal- und Verwaltungsaufwand belasten die Gemeindebudgets enorm.

Die Kommunen werden sukzessive mit der Durchführung immer größer Aufgaben betraut, gleichzeitig aber wird auf die dafür notwendige finanzielle Bedeckung vergessen. Insbesondere die derzeitigen demografischen Trends, höhere Lebenserwartung, geringe Geburtenrate, hohe Binnenwanderung, regional unterschiedliche internationale Zuwanderungen wirken sich auch auf die Ausgabenerfordernisse der Gemeinden aus. So bedeutet etwa ein Schrumpfen der Bevölkerung im Bereich der Infrastruktur, zumindest mittelfristig, nicht einen reduzierten, sondern einen tendenziell steigenden Prokopfausgabenbedarf. Ebenso bedeuten sinkende Einwohnerzahlen rasch sinkende

Einnahmen. Stark wachsende Gemeinden hingegen weisen starke Ausbauerfordernisse in der Infrastruktur auf, wobei die höheren Kosten zumeist die zusätzlichen Ertragsanteile übersteigen.

Es ist mir klar, dass eine verstärkte Aufgabenorientierung im künftigen primären Finanzausgleich nur ein Reformelement im österreichischen Finanzausgleichssystem sein kann. Daneben muss es unser erklärtes Ziel werden, die Stärkung der gemeindeeigenen Steuern sowie eine Entflechtung der überbordenden Transferverflechtungen voranzutreiben. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die permanent hohe Zahl von Abgangsgemeinden in Oberösterreich nachweislich durch die höchste Transferbelastung aller Bundesländer ausgelöst wird. Oberösterreichs Gemeinden, ich habe es schon einmal gesagt, zahlen pro Kopf und Nase jährlich um 259 Euro mehr an das Land als sie vom Land zurückbekommen. Und die Finanzkraft der oberösterreichischen Gemeinden, sie liegt im Durchschnitt, sie sinkt jedoch nach Abzug der Transferleistungen deutlich unter den Bundesdurchschnitt.

Nachdem nun die Interessensvertretungen und die Gebietskörperschaften derzeit schon mit den Vorbereitungen für die neuen Finanzausgleichsverhandlungen und der neue Finanzausgleich beginnt mit 2015, beginnen, wird die Oberösterreichische Landesregierung höflichst aufgefordert, umgehend gemeinsam mit dem Gemeindebund und dem Städtebund ein Konzept eines aufgabenorientierten neuen Finanzausgleichs und eine gemeinsame strategische Vorgangsweise für eine längst notwendige Reform des österreichischen Finanzausgleichs voranzutreiben. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Mir liegt im Moment keine Wortmeldung vor. Bitte Herr Kollege Ing. Klinger.

Abg. Ing. Klinger: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Das was der Herr Kollege Eidenberger gesagt hat, ist ja in vielen Bereichen richtig. Ich frage mich allerdings nur, wo waren die Sozialdemokraten bei den laufenden Verhandlungen und wo sind vor allem die Sozialdemokraten bei den Verhandlungen zwischen Land und Kommunen, wenn sie selbst über Jahrzehnte einen Gemeindereferenten in ihren eigenen Reihen haben? Und wenn ich mir da die fünf Punkte ansehe, dann ist für mich klar, dass aus diesem Konvolut der Punkte keine Dringlichkeit herausgelesen werden kann, weil nämlich alle einzelnen Punkte, ich sag da zum Beispiel den ersten, Zahlungsströme zwischen Land Oberösterreich und Gemeinden entflechten, einer langen Grundlegendiskussion und entsprechenden Lösungskompetenz bedürfen.

Ich bin daher voll davon überzeugt, dass wir in Zukunft die Gemeinden entsprechend zu entlasten haben werden. Wie wir das allerdings erreichen, dazu müssen wir in Unterausschüssen bzw. entsprechenden Ausschüssen grundlegendst darüber diskutieren und wir haben dazu auch noch ein bisschen Zeit, um mit einem ordentlichen Vorschlag an den Bund heranzutreten. Und ich muss schon ganz ehrlich sagen, wenn es da heißt, die Zuweisung von BZ- und Landesmitteln zum Ausgleich gemeindespezifischer und zentralörtlicher Lasten soll sozio-demografischen Indikatoren, wie zum Beispiel Migration, Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung, und geografisch-topologischen Faktoren, wie zum Beispiel Lage und Siedlungsdichte, verstärkt berücksichtigen. Ich glaube, der Text alleine spricht für sich, dass wir da sicher noch einen Ausschuss dazu benötigen werden. Dankeschön! (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Frau Kollegin Maria Wageneder das Wort erteilen.

Abg. **Wageneder**: Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Ja, gleich vorweg, auch wir werden diesem Antrag heute die Dringlichkeit nicht geben, weil hier zu viele Fragen noch offen sind und sicherlich eine umfassende Diskussion zu diesen weitreichenden angegebenen Themen noch notwendig ist. Im Unterausschuss Gemeindehaushalt wurde ja bereits ausführlich über diese Thematik diskutiert. Man ist hier vor allem auch zu dem Schluss gekommen, dass es immer in Oberösterreich etwa um die 100 Abgangsgemeinden geben wird, nämlich vor allem jene Gemeinden, die infrastrukturell schlecht dastehen und die auch eher eine kleine Einwohnerzahl haben. Infrastrukturell insofern, weil sie eben wenig Kommunalsteuer haben, weil sie hier sehr wenig eigene Einnahmen lukrieren können. Und ich denke die Verteilung der Kommunalsteuer zu diskutieren und sich da eventuell auf etwas anderes zu einigen, das wird sicher sehr, sehr schwierig werden.

Es geht auch darum, es heißt auch so, ein gerechtes, transparentes Verteilungs- und Ausgleichssystem zu erarbeiten und umzusetzen. Ich denke, auch das ist eine riesengroße Herausforderung. Das System der BZ-Mittel und deren Transparenz zu durchleuchten ist sicher auch ein wichtiges Thema, aber die Abteilung arbeitet hier ja auch schon daran. Der Antrag fordert auch Rahmenbedingungen besser zu berücksichtigen, aber alleine die genaue Definition dieser Bedingungen ist sicher schon einmal eine schwierige Aufgabe. Einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, ja welche Aufgaben sind hier exakt gemeint? Die Kompetenzverteilung ist ja die Aufgabe des Bundes und er nimmt ja auch dann die Bewertung dieser Aufgaben vor und spricht auch dann die finanzielle Abgeltung liegt ja dann auch beim Bund und für die Erfüllung sind dann die Länder und die Gemeinden zuständig. Das wäre halt dann die Aufgabe des Finanzausgleichs. Und ich bin mir sicher, dass der oberösterreichische Finanzreferent, der Landeshauptmann Dr. Pühringer sicher alles daran setzt, um hier auch wieder viel Geld für Oberösterreich zu lukrieren.

Eine Aufgabenreform ist daher sicher grundsätzlich sehr interessant, aber nicht Inhalt des Finanzausgleichs. Verhandlungen mit dem Gemeinde- und mit dem Städtebund, wie sie im Beschlusstext gefordert werden, gibt es ja, da bin ich mir sicher und der Antrag fordert die Landesregierungen auf, mit dem Gemeinde- und dem Städtebund ein oberösterreichisches Konzept zu erarbeiten, das dann der Landtag beschließen soll. Ich denke, hier ist wirklich vorher eine ausführliche Diskussion des Landtags, der Abgeordneten, notwendig, die wir sicher dann auch im Ausschuss vornehmen, deswegen heute Nein zur Dringlichkeit. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Herrn Kollegen Mag. Michael Strugl das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Strugl**: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen natürlich, dass der Hintergrund dieser Diskussion über die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinden ausgegangen ist von einer Finanzkrise, die natürlich auch dazu geführt hat, dass es zu beträchtlichen Einnahmefällen aller Gebietskörperschaften gekommen ist, gleichzeitig konjunkturelle Maßnahmen gesetzt wurden, die dann die Haushalte in eine entsprechend angespannte Situation geführt haben. Wir wissen zweitens, dass sich hier in der Zwischenzeit einiges gebessert hat einerseits durch eine, wenn gleich auch moderate, Erholung der Konjunktur, andererseits aber auch durch steuerliche Maßnahmen des Bundes, der auch die Länder und Gemeinden beteiligt hat an zusätzlichen Einnahmen oder auch durch Reformmaßnahmen, etwa in Oberösterreich die Spitalsreform.

Man kann natürlich auch eine Systemdiskussion führen, das hat durchaus etwas für sich. Ich bin nur der Meinung, dass viele Vergleiche, die hier angestellt werden, auch zum Beispiel länderübergreifend, nicht unproblematisch sind, weil sie systemisch einfach zum Teil nicht

vergleichbar sind oder Dinge, die schwer zu vergleichen sind, miteinander vergleichen. Wenn sie in Oberösterreich etwa die Ausgaben für Spitäler oder auch für Soziales, sofern sie die Gemeinden betreffen, anschauen, diese Dinge sind Bestandteile der Haushalte und damit der Budgets. Wenn Sie sich das in anderen Ländern anschauen, dann gibt es dort andere Lösungen, Gemeindeverbände, Fonds und so weiter, Ausgliederungen.

Wir haben zum Beispiel den Transfer vom Land Oberösterreich zum AKH, seit es eine Ausgliederung in diesem Bereich gibt, etwa nicht mehr in dieser Auswertung drinnen. (Zwischenruf Abg. Ing. Klinger: „Die Gemeinden stehen extrem schlecht in den Transferleistungen!“) Darum sage ich, diese Vergleiche, ich sage dir ein anderes Beispiel. Nach der Statistik Austria hätten wir nicht 210 Abgangsgemeinden, sondern 57. Warum? Weil beispielsweise in anderen Ländern Finanzierungszusagen schon eingerechnet werden, bei uns nicht. Ich will damit nur sagen, wenn man eine Systemdiskussion führt, auch über die Transferströme und wie man sie berechnet und saldiert gegeneinander, dann gibt es auch sehr viele Aspekte in der Vergleichbarkeit, die diesen Vergleich schwierig machen.

Aber wenn wir uns dieser Systemdiskussion stellen, dann bin ich aber dafür, dass man das von der richtigen Seite her aufzäumt und nicht von hinten. Und auch die Antragssteller sind ja dafür, dass man über die Verteilung der Aufgaben und der Kompetenzen diskutiert und dann in weiterer Folge auch über die Finanzierungsströme und wie man das auf der einen Seite entflechtet und auf der anderen Seite aber schaut, gibt es eine Einheit von Aufgaben und Einnahmen- und Ausgabenverantwortung. Also, wenn man dem folgt, dann müsste man, bevor man über den Finanzausgleich nachdenkt, über die Aufgabenverteilung innerhalb unseres Staatsaufbaus einmal diskutieren und nachdenken. Das wäre dann zumindest die richtige Reihenfolge. Daher, um es kurz zu sagen, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, dass man die Diskussion zumindest nicht in dieser Reihenfolge führen sollte. (Beifall)

Erster Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 827/2013, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 827/2013 dem Finanzausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner die Beilage 828/2013 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Kollegin Annemarie Brunner das Wort erteilen.

Abg. **Brunner:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und im Internet! Diese Diskussion rund um das Fleisch, sprich Pferdefleisch, hat begonnen damit, ist eigentlich kein Fleischskandal, es ist für mich eindeutig ein Betrugsskandal. Und es zeigt uns ganz klar auf, wie wichtig es ist, dass wir eine nachvollziehbare Produktkennzeichnung innerhalb der EU brauchen. Ich glaube schon, dass die Konsumenten das Recht haben zu wissen, von wo die

Lebensmittel kommen und es müssen auch die Angaben stimmen, die auf den Verpackungen draufstehen und sie müssen sich auch verlassen können und vertrauen können in diese Produkte.

Und es liegt ganz klar auch im Interesse der Bäuerinnen und Bauern von Oberösterreich und Österreich und da sage ich einen sehr plakativen Satz, aber ich glaube, der bringt es sehr gut am Punkt: Wo Österreich drauf steht, muss auch Österreich drinnen sein. Dazu braucht es aber klare Regelungen und jetzt ist mir wirklich eine kuriose Information zugekommen, wo ich mir eigentlich gedacht habe, das gibt es nicht. Es gibt jetzt gleichzeitig zu dieser Diskussion Bestrebungen von einzelnen EU-Ländern und auch verschiedenen Wirtschaftskreisen, die den Wunsch nach Herausnahme von Geburtsländern aussprechen. Man muss sich das vorstellen, na ja, dann wird dieses Produkt halt eine EU-Kennzeichnung haben und es wird nicht mehr nachvollziehbar innerhalb der EU, woher es kommt. Dazu sagen wir ein ganz, ganz klares Nein.

Österreich zeigt auf, wie es gehen kann, diesen Nachweis von der Herkunft und auch wie es umsetzbar ist. Es gibt in Österreich verschiedenste geschlossene Systeme in einzelnen Warengruppen und ich möchte wirklich nur eins herausnehmen, wo das funktioniert und gerade beim Fleisch, und das passt ja zum aktuellen Thema, zum Beispiel im Mastschweinebereich werden 97 Prozent aufgezogen, wo die Ferkel aus Österreich stammen, dadurch auch relativ leicht nachvollziehbar. Beim Geflügel detto, da reden wir von 100 Prozent geboren und aufgezogen und geschlachtet in Österreich. Auch im Rinderbereich, da gibt es dann natürlich die gewissen Qualitätsprogramme, Herkunftsprogramme, die einfach in Österreich sehr, sehr gut angenommen werden und umgesetzt werden. Und wir sind in diesem Bereich wirklich die Vorreiter in Sachen Qualitätssicherung EU-weit.

AMA-Gütesiegel, ist heute, glaube ich, vom Herrn Landesrat auch schon argumentiert worden, aber ich mache das ganz bewusst noch einmal, weil es ist der Garant für Herkunft, Qualität und durchgängige Kontrolle und 95 Prozent laut Marketingumfrage kennen dieses Gütesiegel. Und es ist das einzig staatlich anerkannte Gütesiegel und darauf können sich die Menschen verlassen und sie können auf dieses Gütesiegel vertrauen. Und wir brauchen kein neues Gütesiegel. Es gibt genug Marken. Der Konsument kennt sich in diesem Markendschungel ja teilweise gar nicht mehr aus und ich glaube, 95 Prozent kennen es, da brauchen wir nicht etwas Neues erfinden, was von den Leuten schon angenommen ist und bekannt ist. An dieser Stelle möchte ich wirklich auch ganz ein klares Danke sagen Richtung Konsumenten für diese Treue zum Kauf von heimischen Lebensmitteln und auch zum Bekenntnis.

Natürlich weiß ich, dass zwischen Kauf und Bekenntnis immer noch eine Differenz herrscht, aber ich glaube, trotzdem möchte ich mich sehr, sehr herzlich bedanken bei den Konsumenten für diese Treue zu heimischen Lebensmitteln. Und eines sage ich auch noch, wer Billigware kauft, kann nicht die höchste Qualität bekommen. Das ist leider so. Hochwertige Produkte hat es nie zum Nulltarif gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben. Eines ist völlig klar für mich, der Käufer muss eine klare Kennzeichnung haben, muss sicher sein, was drinnen ist, muss sich darauf verlassen können, dass der Inhalt einer Packung ident ist mit der Produktliste.

Wichtig glaube ich, ist ganz, ganz besonders, dass die Kennzeichnung klar ist, deutlich ist und einfach erkennbar und lesbar ist. Wir fordern daher einen Schutz vor betrügerischen Tricks, wir fordern eine Null-Toleranz bei Etikettenschwindel oder bei betrügerischen

Absichten. Wir brauchen europäische Normen bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Nachvollziehbarkeit soll EU-weit standardisiert sein und der Konsument, noch einmal, muss sich auf die Qualität der Lebensmittel verlassen können und das nicht nur beim AMA-Gütesiegel. (Beifall)

Erster Präsident: Ich erteile Frau Kollegin Roswitha Bauer das Wort.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Vor dem Hintergrund der vielen Lebensmittelskandale in der letzten Zeit unterstützen wir natürlich den vorliegenden Antrag seitens des SPÖ-Landtagsklubs ganz besonders, weil wir der Meinung sind, dass es für die Produktion und Deklaration von Lebensmitteln ganz besondere Sorgfalt braucht. Wir brauchen vor allem Ehrlichkeit und die Gesundheit und der Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten muss vor die Interessen der Lebensmittelindustrie gestellt werden. (Beifall)

Und wer am Dienstag im ORF das Bürgerforum zu diesem Thema gesehen hat, dem ist vor Augen geführt worden, dass hier wirklich vieles im Argen liegt und die Lebensmittelskandale der vergangenen Zeit machen auch deutlich, dass hier Kontrollen nicht wirklich funktionieren und dass es hier dringenden, wirklich dringenden Handlungsbedarf gibt. Ich möchte nur einige der Skandale anführen: Der Supergau 1992 mit dem Rinderwahnsinn BSE, wo lange Zeit versucht worden ist, das zu vertuschen. Erst 1996 gab die britische Regierung diesen Skandal zu, wo dann in weiterer Folge 200.000 Rinder geschlachtet und verbrannt werden mussten und 196 Menschen an der berüchtigten Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gestorben sind. Dann der sogenannte Gammelfleischskandal aus Deutschland, wo tonnenweise verdorbenes Fleisch nach Österreich importiert worden ist. Dann das EHEC-verseuchte Gemüse und der listerienverseuchte Quargel. Auch hier hat es mehr als 50 Tote gegeben. Dann jetzt das Rindfleisch, das eigentlich ein Pferdefleisch ist, wo man draufgekommen ist, 17 Länder sind davon betroffen. Dann die Bioeier aus Deutschland, die keine sind, und die zu uns importiert wurden und erst dieser Tage die Information über ein serbisches Futtermittel aus Mais, das einen krebserregenden Schimmelpilz enthält und wo dann die Möglichkeit besteht, dass der über die Milch ins Essen kommt. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, ihr seid mit mir einer Meinung, dass das wirklich Entwicklungen sind, die einem zu denken geben sollten. Und jetzt gibt es ja schon Kennzeichnungen auf Lebensmittelpackungen, aber das ist nicht wirklich das, was wir uns wünschen, die sind oft so klein, dass man zum Einkaufen eine Lupe mitnehmen müsste. Und wir haben es heute schon gehört, es gibt unzählige Gütesiegel mittlerweile, allen voran das AMA-Gütesiegel, nur muss man sich jetzt da schon die Frage stellen, wo sind beim AMA-Gütesiegel die Grenzen?

ÖVP-Minister Berlakovich und auch Herr Landesrat Hiegelsberger haben heute in der Früh gesagt: Das AMA-Gütesiegel ist das einzige Gütesiegel, das beim Fleisch hundert Prozent Österreich garantiert. AMA-Gütesiegel garantiert österreichische Qualität.

Also diese Aussagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, muss man mit ganz vielen Fragezeichen versehen. Ich habe mir das auf der AMA-Homepage angeschaut und da bin ich fündig geworden. Da gibt es zum Beispiel das französische AMA-Gütesiegel, dann gibt es zum Beispiel das EU AMA-Gütesiegel. (Unverständlicher Zwischenruf) Ja, ich sag ja nur wo fängt es an und wo hört es auf? Ist es ein österreichisches Gütesiegel, oder ist es das nicht? Dann gibt es ein bayerisches AMA-Gütesiegel und es gibt das Alpenregions-AMA-Gütesiegel, also es gibt Alpen, die Italienischen Alpen, die Französischen Alpen, die Schweizer Alpen.

Also meine Frage lautet wirklich, wo sind da die Grenzen? (Unverständlicher Zwischenruf) Ja, ja, ja. Mir geht es jetzt um österreichische Produkte. Und wir haben da wirklich einen regelrechten Gütesiegel-Dschungel, auch mit den anderen zusammen und auch hier. Und meiner Meinung nach liegt einfach der Verdacht nahe, dass hier damit dem Etikettenschwindel und dem Betrug Tür und Tor geöffnet werden. Und ich möchte noch auf etwas hinweisen, wie wir auch beim Bürgerforum gehört haben, was ein großer Systemfehler des AMA-Gütesiegels ist. Jährlich werden 500.000 Lebenschweine und mehr als 100.000 Rinder nach Österreich importiert. Die werden hier geschlachtet und dann bekommen sie das rot-weiß-rote AMA-Gütesiegel darauf. (Zwischenruf Abg. Ecker: "Nein, das ist falsch, die kriegen das nicht!") Ja, das stimmt. (Unverständliche Zwischenrufe) Hört euch das bitte im Bürgerforum noch einmal an, es ist dort gesagt worden.

Nichtsdestotrotz, noch einen Aspekt möchte ich einbringen, wo die Konsumentinnen und Konsumenten die großen Draufzahler sind. Die Konsumentinnen und Konsumenten bekommen in den Supermärkten Lebensmittel, die möglicherweise nicht in Ordnung sind. Sie bezahlen die Millionen Subventionen an die Agrarindustrie und sie bezahlen auch die Folgekosten, die aufgrund eventuell vorhandener gesundheitlicher Schäden oder Umweltschäden durch diese verseuchten Lebensmittel entstehen. Und ich denke mir, wir sind alle hier herinnen aufgefordert, möglichst schnell zu handeln. Wir unterstützen diese Forderungen in diesem Vierparteiantrag inhaltlich voll. Aber wie gesagt, es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, dem noch weitere folgen müssen. Ich möchte nur einige davon anführen. (Erster Präsident: "Frau Kollegin bitte, Sie haben die Zeit schon weit überzogen!") Ich weiß es, ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident.

Es braucht dringend eine EU-weite Datenbank, die alle geschlachteten Tiere und die Verarbeitungsschritte erfasst, damit die Reiseroute des Fleisches eindeutig nachvollzogen werden kann. Es braucht direkte Kontrollen der AGES in großen Lebensmittelbetrieben. Es braucht dringend eine Lockerung des Amtsgeheimnisses, wodurch Konsumentinnen und Konsumenten besser über Verfehlungen in lebensmittelproduzierenden Betrieben informiert und gewarnt werden. Und wir stehen zum AMA-Gütesiegel, aber es gehört vereinfacht, es gehört verständlicher gemacht. Am besten wäre ein Gütesiegel, es liegt dazu ein Antrag im Parlament seit 2009, nur es ist noch zu keiner Einigung gekommen. Also alles in allem, wir tragen diesen Initiativantrag gerne mit. Wir wünschen uns jedoch noch weiterführende Schritte, damit wirklich der Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten ausreichend gegeben ist. Dankeschön. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Frau Kollegin Maria Wageneder das Wort erteilen.

Abg. **Wageneder:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Vorerst herzlichen Dank und es freut uns, dass alle Parteien bei diesem Antrag mit unterzeichnen, den wir initiiert haben. Es geht hier um die Sicherheit der Konsumenten und Konsumentinnen in Hinblick auf die Deklaration der Lebensmittel. Hier muss die Politik die Menschen vor Täuschung und vor Irreführung schützen und dafür sorgen, dass sie sich darauf verlassen können, dass das drinnen ist, was oben darauf steht. Die KonsumentInnen müssen beim Kauf von Lebensmittel hier absolute Sicherheit haben. Es muss klare und umfassende Regeln geben. Und diese müssen sicherstellen, dass die Herkunft, die Qualität, die Bezeichnung und die Kontrolle hundert Prozent passen. Wo Österreich darauf steht, muss auch österreichische Qualität drinnen sein. Und diese muss richtig, vollständig und auch verständlich beschrieben sein.

Wir brauchen auch eine europaweite Kennzeichnung. Vor allem auch bei den Fertigprodukten und in Österreich die Umsetzung eines österreichischen Gütezeichengesetzes, das unter anderem die Zulässigkeit von diesen Bezeichnungen ganz klar regelt. Wir Grüne haben uns schon sehr lange für diese Anliegen eingesetzt, aber die Bundesregierung bleibt die Umsetzung des Gütezeichengesetzes nach wie vor schuldig. Wir haben heute schon gehört, es gibt einen Dschungel an Gütezeichen und an diversen sehr täuschenden Markennamen und sie verwirren die Konsumenten und Konsumentinnen. Es wird rot-weiß-rot designt, es steht ein "A" darauf, es ist eine Fahne darauf, aber keineswegs sind diese Tiere zum Beispiel in Österreich aufgezogen worden, sondern lediglich hier geschlachtet und der wertschöpfende Anteil der Produkte, der Schlachtung, der Verpackung ist hier lediglich in Österreich.

Wir fordern: "Aus" mit dieser Schummelei und mit dieser Irreführung. Das ist auch besonders gefährlich bei diversen Fertigprodukten. Bei Frischfleisch, ich habe mir auch das Bürgerforum angeschaut, und es war ein Beispiel, da stand "AT" auf einem Frischfleischstück darauf und das heißt nicht Österreich, sondern das bedeutet lediglich Amtstierarzt. Das heißt, der Amtstierarzt hat dieses Stück Fleisch abgestempelt, dass die Schlachtung in Ordnung geht. Jene Tiere, die hier geboren sind, die hier aufgewachsen sind, hier gefüttert wurden, können und sollen auch in Zukunft das Gütesiegel Österreich und österreichische Qualität erhalten.

Das Faktum, dass viele Tiere hergekartt werden, importiert werden und hier geschlachtet werden, erzeugt auch viel Tierleid. Es gibt viele Tiertransporte deswegen und auch das gehört abgestellt und ist eine sehr negative Nebenwirkung dieses Auszeichnungsdschungels. Auch beim Ei, das Frischei ist klar deklariert, man kann zurückverfolgen aus welchem Betrieb, aus welcher Haltung das Ei kommt, aber anders ist es schon, wenn es hier um Eier etwa bei einer Eierspeis geht oder um Eier in Mehlspeisen oder anderen Lebensmittel. Das AMA-Gütesiegel ist hier sicher ein guter Anfang. Es bedarf aber auch noch einer gewissen Verbesserung. Das AMA-Gütesiegel garantiert, dass die Tiere in Österreich aufgewachsen sind, dass sie hier geschlachtet wurden, dass sie hier verarbeitet wurden. Das ist auf jeden Fall gegeben und da muss ich der Kollegin Bauer widersprechen, hier bietet das AMA-Gütesiegel Sicherheit.

Aber worauf es auch noch ankommt, die Konsumenten und die Konsumentinnen wollen auch die Gentechnikfreiheit und heute hat ja der Herr Landesrat Hiegelsberger schon ausgeführt, dass wir das beim Geflügel, bei den Rindern und auch in Zukunft bei den Schweinen gewährleisten können. Und ich denke, hier muss es eben entsprechend beworben werden, dass das AMA-Gütesiegel auch als gentechnikfreie Zukunft, wenn das wirklich eine gentechnikfreie Fütterung ist, deklariert werden muss und ich bin mir sicher, die Menschen werden das dann auch entsprechend kaufen. Der Lebensmittelbereich ist ja extrem sensibel, es geht um Qualität, wie schmeckt es, es geht um die Gesundheit, tut es mir gut, aber es geht auch um Vertrauen, können sich die Menschen auch darauf verlassen? Und deshalb muss jetzt endgültig Schluss sein mit Täuschung und mit Irreführung auf Kosten der Konsumenten und der Konsumentinnen. (Beifall)

Erster Präsident: Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, auch wir wollen natürlich keine neue Verunsicherung von Konsumentinnen und Konsumenten verursachen. Deswegen werden wir einen Antrag einbringen, wo wir uns über manche Defizite im Ausschuss weiter unterhalten sollten. Der Oberösterreichische

Konsumentenlandesrat fordert eine andere gesetzliche Bestimmung in Wien. Ich halte das auch für notwendig, aber wenn jetzt die Kollegin Bauer zum Beispiel das AMA-Gütesiegel hier vorgezeigt hat, und da steht zum Beispiel Frankreich, frage ich mich natürlich auch als Konsument, wie kontrolliert die AMA in Frankreich, Part eins? Und wenn es so klein ist, wie lese ich es dann als älterer Mensch ohne Brille, die ich zufälligerweise beim Billa oder bei Hofer nicht dabei habe? Ich kann es nicht lesen. Also es gibt Defizite, die den Konsumenten wirklich in Schwierigkeiten bringen, und darüber sollten wir uns unterhalten.

Und was wir jetzt tun sollten ist über die Distanz des Tiertransports zu sprechen. Wahrscheinlich ist die Distanz von Vorarlberg etwas unangenehmer als aus Bayern für das Tier. Wieso kann man nicht die Regionalität, gerade in einem Europa der Regionen, noch viel stärker in den Vordergrund heben? (Beifall)

Vielleicht gibt es die Möglichkeit bei so unterschiedlichen AMA-Zeichen, dass man auch ein Oberösterreich dabei hat. Damit man weiß, woher was kommt. Weil ich sage euch ehrlich, ich würde ganz gerne unmittelbar in der Nähe kaufen. Nur eben habe ich die Brille nicht immer dabei, dass ich das ganz genau lesen kann, was noch einmal klein gedruckt darunter steht, wo das herkommt. Vielleicht gibt es da Möglichkeiten, dass man der Regionalität wirklich den Stellenwert zuspricht, den wir sonst immer wieder hören. Ich denke, der Konsument soll uns das Wert sein, darüber sollten wir uns in einem Ausschuss gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer, mit der Wirtschaftskammer unterhalten und wir sollten uns bei allen bedanken, gerade bei den Bäuerinnen und Bauern, die eine großartige Arbeit in der Produktsicherheit leisten, weil das sind ja die Leidtragenden, die dort ordentlich arbeiten. Deswegen sollen wir mit der Landwirtschaftskammer, mit der Arbeiterkammer im Konsumentenbereich, mit der Wirtschaftskammer überdenken, ob nicht gewisse Regionalitätsbezeichnungen auch einen besonderen Schutz, ja vielleicht auch eine besondere Marketingmöglichkeit wären. Immerhin im Marketingbereich gibt es das "Genussland Oberösterreich" oder das "Genussland", auch das ist eine neue oberösterreichische, natürlich vernetzte Marke, die hier geschaffen wurde. Ich glaube, dass wir noch weiter denken sollten, für unsere gesunden Lebensmittel in der Region auch entsprechend eine Würdigung über die Marke erreichen zu können. Deswegen bringen wir einen undringlichen Antrag ein, der würde in einem Ausschuss behandelt werden und ich erwarte mir oder erhoffe mir von den Kolleginnen und Kollegen des Landtags eine vertiefte Diskussion, welche Möglichkeiten, welche Gefahren oder welche Probleme gibt es im Konsumentenbereich, wo ist Nachbesserung notwendig? Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 828/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 829/2013 vor, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Verhinderung des Ausbaus von bestehenden Atomkraftwerken und der Errichtung von Atomrestmülllagern in Tschechien. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident des Oberösterreichischen Landtags, Herr Dipl.-Ing. Adalbert Cramer.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen hier im Landhaus, geschätzte Gäste auf der Galerie! Es gibt Menschen, die sind unbelehrbar. Zu solchen Menschen gehören unter anderem die Tschechische Regierung, die zumindest bestehende, beziehungsweise auch und da wundert es gar nicht, den Direktor des Kraftwerkes in Temelin, Herrn Dipl.-Ing. Milos Stepanovsky, der behauptet, Temelin ist sicher, sauber und billig.

Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre Revue passieren lässt, ich weiß nicht mit wie vielen Störfällen. Wenn man weiß, dass der in Temelin produzierte Strom mit Sicherheit teurer sein wird, als er wirklich dann verkauft wird, dass er gestützt werden muss und dabei die Situation, die in den letzten Jahren sich genau um diese Problematik nach Fukushima und letztlich auch nach Tschernobyl ergeben hat, dass man dann immer noch sagt und das ist die richtige Technologie und die muss man ausbauen und da muss man wahnsinnig viel Geld in die Hand nehmen, um also hier einer Steinzeittechnologie das wahrzureden, dann ist das für viele unverständlich.

Wir in Österreich stehen dieser Entwicklung, ich will nicht sagen machtlos, aber sehr hilflos gegenüber, denn was wollen wir wirklich tun? Und ich stehe nicht an, auch zu sagen, dass man vielleicht auch noch mehr Druck machen könnte, vor allem von der Bundesregierung. Daher dieser Antrag, in dem aufgefordert wird, alles zu unternehmen, wirklich alles zu unternehmen sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene, um diesen Wahnsinnsprojekten, die hier in Planung sind, vor allem auch in Tschechien, wo auch das Atomendlager in der Nähe der österreichischen Grenze angedacht ist, entgegen zu wirken. In diesem Sinne darf ich alle bitten, unseren Antrag zu unterstützen. (Beifall)

Erster Präsident: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, darf ich die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Perg recht herzlich bei uns Willkommen heißen und ich wünsche Ihnen einen interessanten Aufenthalt hier bei uns im Oberösterreichischen Landtag.

Zu Wort gemeldet ist die zweite Präsidentin dieses Hauses, Frau Gerda Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Sie sind es wahrscheinlich gewöhnt, dass wir sonst immer nach zwei Stunden Vorsitz wechseln, ich habe mir gedacht, nachdem es zum letzten Mal ist, darfst du heute ein bisschen Überzeit machen. Und darfst diese Position ja auch noch durchaus genießen und ich danke dir dafür, dass du dein Einverständnis gegeben hast, damit ich auch meine Wortmeldung dafür abgeben kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen, also was wieder das Atomkraftwerk in Tschechien betrifft beziehungsweise die möglichen geplanten Atomrestmülllager, werden wir und das sage ich gleich, nicht unterstützen und ich werde es auch begründen.

Wir haben, glaube ich, wirklich einen guten gemeinsamen Kampf und Positionen gegen die AKW-Bestrebungen in Tschechien, aber natürlich auch europaweit. Also Tschechien ist uns natürlich ein bisschen näher als unmittelbarer Nachbar, aber europaweit entsprechend auch gemacht und auch umgesetzt und wenn ich gerade an die letzten zwei, drei Monate zurückdenke, wo wir auch mehrere Initiativanträge, einerseits an die Bundesregierung, gemacht haben, was wirklich konkret auch Maßnahmen betrifft, und auf der anderen Seite auch, was EURATOM betrifft, wo ja wirklich der Knackpunkt ist, und wo wir am allermeisten

ansetzen müssen, so lange es uns nicht gelingt, dass wir innerhalb der EU im EURATOM-Programm, aber wirklich massivste Veränderungen herbeiführen, so lange werden also immer wieder AKWs gebaut werden, weil sie auch finanzielle Unterstützungen haben.

Und mit der Argumentation, dass da entsprechend von den Forschungseinrichtungen oder durch Forschungsmaßnahmen Verbesserungen, im Sinne von besseren Sicherheitsstandards, herbeigeführt werden, das wird so nicht machbar sein. Und ich bin wirklich fest entschlossen und bin mit allen da gerne handelseins, wenn wir gemeinsame Vorgangsweisen machen, aber ich denke, dass dieser Antrag etwas zu kurz greift.

Und ich muss ehrlich sagen, ich habe auch ein Problem damit, und ich sehe es nicht als richtig, zu sagen, Herr Präsident, dass es Menschen gibt, die unbelehrbar sind. Ja, die haben wir immer. Ich glaube nicht, dass es hier darum geht, sozusagen einer Nation auszurichten, dass ausgerechnet die unbelehrbar, um nicht zu sagen, also nicht lernfähig sind, was meistens auch mit verminderter Intelligenz oft zusammenhängt, sondern mir geht es schon darum, dass ich glaube, und Tschechien ist auch ein Partner in der EU, sie sind genauso wie wir europäisches Mitglied, Mitglied der Europäischen Union, ich glaube, es braucht diesen gemeinsamen Kraftschluss einfach, dass wir schon auf partnerschaftlicher Art und Weise hier gemeinsam vorgehen.

Und ich glaube, dass wir das bis dato in Oberösterreich gut gemacht haben, dass die österreichische Bundesregierung auch ihren Anteil hat. Aber ich glaube, wir brauchen auch Europa dazu und wir brauchen letztendlich auch die Menschen in Tschechien dazu.

Die Bürgerinnen und Bürger, die erkennen müssen für sich, dass der Ausstieg aus der Atomenergie das einzig Richtige ist und dass wir auch, und das habe ich immer wieder betont und betone das auch heute gerne, dass es uns auch klar sein muss, dass Energiepolitik auch nicht etwas ist, was nur in den einzelnen Bundesstaaten oder in den einzelnen Mitgliedstaaten gemacht werden kann, sondern dass ich mir auch wünschen würde, dass es da mehr europäisches Zusammendenken oder Zusammenspiel gibt.

Denn der Strom, die Energie, macht nicht vor der Haustür halt, oder macht nicht an unseren Grenzen halt, sondern bewegt sich darüber hinaus. Und ich denke, das wäre auch ein Positivsignal und ein guter Ansatzpunkt, dass wir uns da in Europa besser verständigen, nämlich im Sinne einer partnerschaftlichen gemeinsamen Arbeit und wirklich eben im Sinne dessen, dass wir, was den Atomausstieg betrifft, ein schönes Stück weiter kommen.

In dem Sinn also heute nicht diese Unterstützung für die Dringlichkeit, aber der gemeinsame Abwehrkampf gegen Atomkraft und natürlich die gemeinsamen Bemühungen, was Alternativenenergien und so weiter betrifft, weiter zu forcieren, da stehen wir gerne zur Verfügung. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich erteile Kollegen Georg Ecker das Wort.

Abg. **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich kann es mir leider nicht verkneifen, dass ich zu dem hervorgehenden Antrag noch etwas sage. Liebe Roswitha Bauer, genau diese Aussagen, die Sie oder die Du getroffen hast, verunsichern unsere Konsumenten. Also wir produzieren AMA-Gütesiegel-Milch und AMA-Gütesiegel-Rindfleisch. Und wenn man das so darstellt, wie wenn das nicht nachvollziehbar ist und wie wenn das AMA-Gütesiegel sowieso nur ein Siegel ist, ja, was

man halt einfach so kriegt und einfach so hat, dann ist das grundlegend falsch. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Tatsache ist, dass durch das österreichische AMA-Gütesiegel nachvollzogen werden kann, wo das Produkt herkommt, wo das Rind geboren ist, wo das Rind gemästet wird, wo das Rind geschlachtet ist und wo es verkauft wird. Und genau das ist drauf. Und am AMA-Gütesiegel steht auch meine Betriebsnummer drauf und dort ist auch genau nachvollziehbar, wo es herkommt und wo es hingehet und das wollen wir, und wir wollen keine Verunsicherung. Und genau dieses AMA-Gütesiegel wollen wir beibehalten, weil das auch die Bevölkerung kennt und weil man sich auf das verlassen kann.

Und bitte macht das nicht schlecht, was wir haben, sondern steht dahinter, dass wir in Österreich andere Qualitäten haben. Und genau die Lebensmittelskandale, die du aufgezeigt hast, die gibt es, Gott sei Dank, in Oberösterreich nicht. Und genau das ist unsere Stärke und wir haben nicht ein Problem mit dem Gütesiegel, wir haben ein Problem der Kontrolle in der EU. Und die muss verstärkt werden und wir stehen zu unserer Qualität. (Beifall)

So, dann kommen wir zur Atomkraft. Tatsache ist, dass die Bevölkerung sensibilisiert ist, und dass auch dementsprechend dieses Thema weiterhin, ja, im Leben eine wichtige Rolle spielt. Wir sind natürlich gegen Atomkraft und gegen die Einrichtung, dass es Atomrestmülllager in der Nähe von der Grenze zu Österreich gibt. Ich, in meiner Region, bin auch davon betroffen und der tschechischen Regierung wird auch klar übermittelt, wie die Schritte seitens der österreichischen Republik ausschauen, dass diese Vorgangsweise nicht geduldet wird. Und besonders betroffen sind wir natürlich auch mit dem Restmülllager und Ausbau von Temelin. Und das wollen wir halt in Zukunft auch verhindern, und da stehen wir auch dahinter. Und es gibt auch Gespräche gegenüber Tschechien und anderen Ländern, dass hier diese Vorhaben verhindert werden.

Und eines muss man auch noch dazu sagen. Es werden eh alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, dass eben praktisch auch dieser Ausbau und der Neubau verhindert werden. Und wir haben ja schon einige Initiativanträge beschlossen, hier in diesem Raum, haben da teilweise bewirkt, dass es neue Verhandlungen gibt, dass auch das Thema weiterhin thematisiert wird und auch dementsprechend hier beigetragen wird, dass es auch ein Umdenken in Tschechien gibt. Und ich glaube, es ist sehr oft auch dementsprechend notwendig, dass man auch hier schaut, dass es diese Sensibilisierung auch weiterhin gibt.

Und eines muss man schon sagen, seitens der Politik ist natürlich auch notwendig, dass man andere Politiker überzeugt. Und ich glaube schon, dass es auch Aufgabe ist unserer Politiker auf Bundesebene, dass die Politiker in Tschechien in gewisser Weise umdenken, weil sonst können wir diesen Ausbau, beziehungsweise diesen Neubau des Atommülllagers nicht verhindern.

Und wir sind überzeugt, dass der Ausstieg aus der Atomenergie in Österreich, aber auch jetzt in Deutschland, notwendig und sinnvoll ist. Und eines muss man auch sagen, wir haben die besten Voraussetzungen, dass die Ökoenergie, auch in verschiedenen Bereichen, das Atomstromproblem lösen wird und dass wir hier auch die Ausbauschritte setzen werden.

Eines sage ich schon, die Dringlichkeit werden wir ablehnen, dem Antrag können wir zustimmen, weil wir natürlich auch schauen, dass wir ihn im Unterausschuss beziehungsweise im Ausschuss noch einmal behandeln. Und eines ist schon wichtig, wichtig ist im Endeffekt, dass wir schauen, dass wir gemeinsam die Umwelt schützen, dass wir in

Zukunft auch Lebensmittel produzieren, die von den Konsumenten gerne gegessen werden, und dass natürlich auch die Qualität eine große Rolle spielt. Und die Atomkraft gehört natürlich da auch nicht dazu. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, Kollege Ecker, wir wollen auch keine verstrahlten Lebensmittel, da sind wir uns, glaube ich, wirklich alle einig. Ja, wir dürfen nicht müde werden, hier im Landtag, aber auch draußen in der Öffentlichkeit, wirklich gegen Atomkraft uns aufzustellen, aufzutreten und hier alle Maßnahmen auf der politischen, auf der diplomatischen, aber auch auf der Ebene der NGOs, der Bewusstseinsbildung für alle, alles nur Erdenkliche zu machen.

Das ist auch das Ziel, was uns im Landtag verbindet, über alle Parteien, wo, jetzt muss ich es noch einmal üben, mein Landesrat, unser aller Landesrat, zum Thema Energie und Antiatomarbeit, hier wirklich zehn Jahre beinahe ganz ganz aktiv auftritt und sagt, ja wir müssen alle Schritte setzen, die nur möglich sind. Darum haben wir auch gemeinsam im Landtag, gemeinsam mit den Parteien, mit den NGOs, ein Programm beschlossen, einen Antiatomplan des Landes Oberösterreich für den Zeitraum von 2010 bis 2015. Dass es weiter geht, leider Gottes, wissen wir auch, dass bis 2015 das Bewusstsein in der tschechischen Bevölkerung, aber auch in der tschechischen Regierung vor allem, sich nicht massiv verändern wird.

Hier haben wir klar die Ziele definiert. Angefangen von Kraftwerk Temelin 1 und 2 bis über Ausbaustopp, bis über Endlagersuche, kein Endlager an der Grenze zu definieren, das ist alles hier enthalten. Weiters haben wir in den laufenden Vierparteiengesprächen, und daher hat es mich etwas verblüfft, lieber Kollege Präsident Cramer, dass genau dieser Antrag jetzt nach dem Parteiengespräch gekommen ist, das wir am 25. Februar 2013 gehabt haben. Wo wir gemeinsam noch einmal festgehalten haben, was machen wir und welche Maßnahmen für das kommende Paket, dass wir auch den NGOs wieder Fördermittel zukommen lassen, damit sie diese Arbeit auch gut machen können, sowohl in Südböhmen, als auch in Oberösterreich.

Und hier hat der Landesrat Rudi Anschöber ganz klar die nächsten Schritte auch aufgezeigt. In Zusammenarbeit mit unserem Antiatombeauftragten Dalibor Strasky, der hier auf beiden Seiten, nachdem er auch aus Tschechien kommt, hier auch die Mentalität und hier auch dieses Bewusstsein mitbringt, wie kommen diese Botschaften dort an, wie können wir dort verstärkt die Bevölkerung aufklären, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist, dass sie nicht rein ist, dass sie irrsinnig teuer ist, nicht finanzierbar ist? Und dass wir hier wirklich alles dran setzen müssen, diesen weiteren Ausbau, diesen Rückschritt in das atomzeitliche Mittelalter zu verhindern, glaube ich, ist allen klar.

Wir haben das beim letzten Vierparteiengespräch definiert, wir haben auch sogar schon eine ungefähre Aufstellung bekommen, wie viele Geldfördermittel, wie viel Prozentanteil der Fördermittel für was genommen wird. Und hier ist die Endlagersuche in Tschechien ein ganz großes Thema. Eine NGO, die wir dabei haben in diesem Paket, ist immer die Calla, die sich genau mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigen, die sagen, rechtliche Schritte gibt es sowohl in Tschechien, und auch hier müssen wir alles ausschöpfen, hier müssen wir auch die Menschen stützen in Tschechien, die das machen wollen, aber natürlich auch auf österreichischer Ebene.

Das wurde uns auch mitgeteilt, dass es hier einen Auftrag gegeben hat an die JKU, sowohl an das Umweltrecht, als auch an das EU-Recht. Wo können wir ansetzen, welche nächsten Schritte, wir haben ja schon viele Rechtsschritte eingeleitet, welche nächsten Schritte können wir auch hier noch setzen? Diese genaueren Informationen werden wir sicher bei einem der nächsten Antiatomgipfel erfahren. Das ist nämlich auch eine Einführung, die wir in Oberösterreich schon sehr lange pflegen, dass wir sagen, wir treffen uns nicht nur parteienübergreifend, sondern auch mit den NGOs von bayerischer, von tschechischer Seite, aber auch von oberösterreichischer Seite, um uns auszutauschen. Zu sagen, ja, wie können wir diese Strategien verstärken, wie können wir, gerade bei dem Thema Endlager, die Bevölkerung hier mitnehmen?

Wir wissen, die Gemeinden wollen kein Endlager. Die Gemeinden verweigern, trotz finanzieller Zuschüsse seitens des Betreibers der CEZ, die weiteren Bohrungen, weil sie sagen, nein, wir wollen kein Endlager hier haben. Und nur mit diesen Mitteln kommen wir auch dazu, dass wir sagen, liebe Bevölkerung, ja, wenn ihr kein Endlager wollt, dann dürft ihr aber auch die Atomkraftwerke nicht weiter bauen, dann müsst ihr auch wirklich konsequent aussteigen aus Atom, weil nur so können wir nachhaltig Endlager verhindern. Nicht zu sagen, egal wo wir ihn vergraben, aber nur nicht bei uns. Das ist nicht das Ziel.

Und genau mit dieser Methode haben wir auch die Bevölkerung in Tschechien immer mehr ins Bewusstsein gebracht, dass sie sagen, wir wollen kein Endlager. Daher müssen wir auch überlegen, ob der Weg in Richtung Ausbau Atomkraftwerke der richtige ist, sondern wirklich der Umstieg in erneuerbare Energien eigentlich der bessere oder zukunftssträchtigere ist, für unsere Umwelt, für unsere Kinder, aber auch für ganz Europa, hier ein Ausstieg aus Atomkraft.

Und genau diese Dinge werden wir weiter forcieren. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, wir werden natürlich im Ausschuss berichten, nicht ich, sondern der zuständige Landesrat Rudi Anschober hier einen Bericht legen, was hier weiter getan wird. Wir werden natürlich auch weiter bei den Vierparteiengesprächen gemeinsam die Strategie festlegen, wie können wir massiv gegen Atomkraftwerke an der tschechischen Grenze, aber auch überhaupt, in Europa auftreten, und sagen, wir wollen ein atomkraftfreies Europa, das ist unser Ziel. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 829/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und ich weise die Beilage 829/2013 dem Umweltausschuss zur Vorberatung zu.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass heute eine Sitzung des gemischten Ausschusses, bestehend aus dem Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, stattgefunden hat. Dabei wurde beschlossen, dem Oö. Landtag für die heutige Sitzung den Bericht dieses gemischten Ausschusses betreffend das Oberösterreichische Wahlrechtsänderungsgesetz 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen. Wir haben Ihnen diesen Ausschussbericht als Beilage auf ihren Plätzen aufgelegt, er hat die Beilagennummer 830/2013. Für die Aufnahme dieser Beilage in die Tagesordnung ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich und ich eröffne über den Antrag, dass die Beilage 830/2013 in die Tagesordnung aufgenommen wird, die Wechselrede.

Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Thomas Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Zuerst einmal Danke an alle Mitglieder des gemischten Ausschusses, dass heute diese Wahlrechtsreform noch auf die Tagesordnung des Landtags kommen kann.

Es ist ja bekannt, dass aufgrund eines Urteils von europäischer Ebene, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, zunächst der Bund seine Wahlrechtssystematik und dann auch wir, aufgrund dieses Gleichheitsgebots, das wir in diesen Bereichen haben, auch unseren Zugang zum Wahlrecht ändern müssen, sage ich dazu. Wobei es in diesem Bereich auch einzusehen ist, weil es ja darum geht, dass in Zukunft für Menschen, die zu einer Haftstrafe verurteilt werden, ab einer gewissen Dauer nicht mehr automatisch der Verlust des Wahlrechtes eintritt, sondern dass dies jetzt auch konkret im Bedarfsfall, in einem Urteil des Gerichts, ausgesprochen werden muss, was wiederum dazu führt, dass in unseren Haftanstalten jetzt natürlich mehr mit dem Wahlrecht ausgestattete Personen „zu Hause“ sind, als das bisher der Fall war, und die Systematik muss sich entsprechend ändern.

Der Anknüpfungspunkt, den der Bund und der Bundesverfassungsgesetzgeber hier gefunden hat, ist, dass man auf den vorigen Hauptwohnsitz, bevor man, sozusagen, und ich bitte, das jetzt nicht falsch zu verstehen, aber bevor man in die Haftvollzugsanstalt umzieht, dass der vorige Hauptwohnsitz, sozusagen, ausschlaggebend ist für das Wahlrecht.

Und wie uns viele Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter mitgeteilt haben, ist bei der letzten Volksbefragung am 20. Jänner 2013 dieses System auch schon klaglos gelaufen, ganz offensichtlich. Dass die Gemeinden, in deren Gebiet sich eine Haftanstalt befindet, die Ursprungsgemeinden der Insassen verständigt haben und die dann in die Wählerevidenz aufgenommen wurden. Das heißt, wir werden natürlich der Aufnahme in die Tagesordnung zustimmen und dann auch dem Inhalt.

Es wird Sie aber nicht überraschen, dass ich natürlich gerade bei dem Punkt Hauptwohnsitz, und dass ich jetzt wo anders wahlberechtigt bin, als mein letzter Hauptwohnsitz war, anknüpfen muss, weil ja bekannt ist, dass wir, gemeinsam auch mit unserem grünen Koalitionspartner der Meinung sind, dass wir diese Frage, die uns der Bundesverfassungsgesetzgeber seit dem Jahr 2007 schon einräumt, auch in anderen Fällen nutzen sollten. Und daher Menschen, die vorübergehend aus Oberösterreich wegziehen, im Ausland für eine zeitlang aus Berufsgründen, aus privaten Gründen, aus Weiterbildungsgründen, ihren Wohnsitz haben, dass wir sie trotzdem nicht vom Wahlrecht ausschließen, in einer Zeitspanne von zehn Jahren, sondern mitwählen lassen bei einer Landtagswahl.

Die Bundesverfassung, wie gesagt, im Artikel 95, legt das Grund, und leider haben wir bis zur Stunde keine Zweidrittelmehrheit im Oö. Landtag erzielen können, sodass der seltsame Fall eintritt, dass zwar die österreichische Bundesverfassung sagt, ihr könntet das machen, wir aber leider aufgrund dessen, dass nicht alle Parteien, oder nicht ausreichend für eine Zweidrittelmehrheit hier mitgehen, Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die für eine zeitlang, wie gesagt, im Ausland wohnen, vom Wahlrecht zum Landtag ausschließen, die aber natürlich gleichzeitig zur Nationalratswahl gehen dürfen, obwohl sie im Ausland sind, die mit abstimmen dürfen bei einer Volksbefragung und so weiter und sofort.

Und daher kann ich nur noch einmal einladen, dass wir, wenn wir schon jetzt eine Wahlrechtsreform gemacht haben, wo wir an einem vorigen Hauptwohnsitz anknüpfen, dass

wir sehr stringent und logisch auch die weiteren Schritte gehen und die ungefähr 8.000 Leute, die zurzeit als Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher im Ausland leben, auch den Zugang zu unserer Landtagswahl ermöglichen, so wie es in der Bundesverfassung grundgelegt ist, weil wir, Gott sei Dank, in Oberösterreich einen sehr guten und großen Zugang zur Wahl haben.

Wir liegen, was das Teilnehmen an der Wahl, an der Wahlteilnahme, anlangt, immer weit über dem Bundesdurchschnitt, Gott sei Dank. Bei der letzten Landtagswahl hatten wir über 80 Prozent Wahlbeteiligung. Wenn Sie sich jetzt die letzten Landtagswahlen in Niederösterreich und Kärnten anschauen, ich glaube da waren es etwa bei 70 Prozent. Und auch bei der letzten österreichweit verfügbaren Benchmark, bei der Volksbefragung am 20. Jänner 2013, waren die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher fleißiger, sie sind deutlich über dem Durchschnitt in der Beteiligung gelegen.

Und dieses Interesse an der Demokratie, dieses Teilnehmen wollen, das sollten wir auch allen ermöglichen, die das auch aufgrund der Bundesverfassung in Anspruch nehmen könnten. Und wir geben daher die Hoffnung nicht auf, wir haben ja demnächst wieder einen Unterausschuss, wo wir über unsere Landesverfassung debattieren, und dort werden wir sicher noch einmal einen Versuch unternehmen, dieses Wahlrecht für Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die im Ausland leben, auch in unsere Landesverfassung zu übernehmen.

Aber dieser vorgelegten Novelle stimmen wir natürlich zu, sowohl was die Aufnahme in die Tagesordnung anlangt wie dann auch dem Inhalt nach. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich erteile Herrn Klubobmann Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dann komme ich gleich zu jenem Thema, das der Klubobmann Stelzer angezogen hat und nicht Gegenstand der Abstimmung ist. Aber nachdem wir als Freiheitliche weder für die Aufnahme in die Tagesordnung noch für die Auslandswahlrechtsmöglichkeit von Auslandsösterreichern sind, möchte ich kurz erklären warum.

Ganz einfach. Hier sind Schülerinnen und Schüler auf der Galerie. Wenn sie studieren gehen sollten nach Wien und haben dort den Hauptwohnsitz wegen der öffentlichen Verkehrsmittel, dürfen sie in Oberösterreich nicht den Landtag wählen. Würden sie nach München studieren gehen, dürfen sie dann in Oberösterreich wählen. Eine vollkommene Absurdität und Ungerechtigkeit. Alleine schon dieses Beispiel beweist, wie unsinnig das ist. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ein zweites Beispiel. Es kommt jemand aus Graz zur voest alpine, wird in Oberösterreich ausgebildet, um ins Ausland zu gehen. Dauer des Aufenthalts sind drei, sechs, sieben Monate und dann geht er in die USA. Er war zuletzt Oberösterreicher und ist somit wahlberechtigt für den Oberösterreichischen Landtag. Vice versa, umgekehrt, der Oberösterreicher geht nach Graz, hat dort eine Ausbildung bei Magna zum Beispiel und geht dann ins Ausland. Er war zuletzt Steirer und kann somit nicht mehr in Oberösterreich wählen. Ich habe einen Haufen Unmöglichkeiten, Ungerechtigkeiten, die alle nicht berücksichtigt werden. Bei all den anderen Bereichen ist es ganz klar, da gibt es die staatsbürgerschaftlichen Rechte. Jemand ist Staatsbürger und deswegen kann er auch wählen, deswegen absolut für Ausländerwahlrecht, für Auslandsösterreichwahlrecht, wenn

sie die Staatsbürgerschaft haben. Das ist auch der Anknüpfungspunkt. Alle anderen Anknüpfungen führen nur zu Ungerechtigkeiten. (Beifall)

Punkt Zwei. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mag sehr weise Entscheidungen treffen. Aber diese Entscheidungen, dass nunmehr jene verurteilten Gesetzesbrecher, die mit mehr als einem Jahr unbedingter Haft bis fünf Jahre unbedingter Haft wahlberechtigt werden, ist absolut kein Anliegen der Freiheitlichen.

Unser sehr weiser Bundesverfassungsgesetzgeber, sprich unsere Damen und Herren Nationalräte im Parlament in Wien beschließen nun, dass sie diese Entscheidung einfach so übernehmen. Ich habe mich mit der Gesetzeslage nicht auseinandergesetzt, aber weil sie bei den Übergangsbestimmungen jene Regelungen nicht beigefügt haben, dass diese Entscheidung unterbunden wird, führt es dazu, dass zum Beispiel alle, die jetzt in Garsten oder in Suben einsitzen und zwischen ein und fünf Jahre unbedingter Haft verurteilt wurden, wahlberechtigt werden.

Ich sage, wenn jemand strafrechtlich über ein Jahr verurteilt wird, dann hat er in einer Demokratie seine Rechte im Gefängnis verloren. Ich glaube, wir brauchen für jemanden, der verurteilt wurde, keinen besonderen Schutz. (Beifall) Deswegen keine Aufnahme in die Tagesordnung und auch keine inhaltliche Zustimmung. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Auch ich möchte ein paar Worte zu der Novelle der Wahlordnung sagen, weil ich denke, dass doch ein paar wesentliche Punkte drinnen sind, die mir auch ganz wichtig sind und schicke damit gleich einmal voraus, dass wir natürlich für die Aufnahme in die heutigen Tagesordnung und dann auch für den Inhalt stimmen werden.

Wenn ich von wesentlichen Punkten spreche, dann hat das meiner Meinung nach auch damit zu tun, dass darin einmal klar nachvollzogen wird, dass es ja Veränderungen im Namensrecht gibt. Sie wissen, die eingetragenen Partnerschaften, usw., dass dort auch der Vollzug entsprechend gemacht worden ist, und natürlich jetzt und vielleicht kann man sich daran erinnern, erst bei der kürzlich erfolgten Volksbefragung bereits Gültigkeit gehabt hat. Das heißt auch, die eingetragenen Partnerschaften sind mit ihren Namen entsprechend vermerkt, haben Niederschlag gefunden und sind aufgenommen. Das war der erste Vollzug, den wir sozusagen als Land in unserem Gesetz zu definieren haben.

Ein zweiter, natürlich nicht unwesentlicher Punkt und Herr Klubobmann Steinkellner hat jetzt die Position der Freiheitlichen dazu argumentiert, ist und da müssen wir, glaube ich, schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen und einmal anschauen, woher eigentlich diese Geschichte gekommen ist. Dass es einen langjährig einsitzenden Strafgefangenen gegeben hat, der geklagt hat gegen die Republik Österreich, auf Oberösterreichgebiet auch eingewiesen in Garsten, und bei dem Europäischen Gerichtshof auch Recht bekommen hat, nämlich wo am 8. 4. 2010 klar festgestellt worden ist, und ich darf daraus zitieren: Die Sanktion des Entzugs des Wahlrechtes sollte in einem direkten Zusammenhang mit dem Sachverhalt stehen. Das heißt also, lieber Günther Steinkellner, das was du jetzt argumentiert hast, wird meiner Meinung nach auch zur Anwendung gebracht werden, weil ja zukünftig es eine richterliche Entscheidung sein wird, ob das Wahlrecht entzogen wird oder nicht entzogen wird. Es gibt auch einen ganz klar festgelegten Maßnahmenkatalog

sozusagen, warum ein Richter auch sagen kann, das Wahlrecht wird jetzt dem langjährig Einsitzenden oder dem zu langjährigen Haftstrafen Verurteilten auch entzogen. Es ist also auch klar, dass es sozusagen einen "Kriterienkatalog" gibt.

Und das was du angesprochen hast, da steht der Begriff des Hochverrats drinnen, ich weiß nicht, wann der Letzte in Österreich wegen Hochverrat verurteilt worden ist. Aber ich könnte mir vorstellen, dass es da Dinge, wie wenn es Extremismus, Rechtsextremismus zum Beispiel sind und nach diesen Dingen jemand auch verurteilt worden ist, dann ist das für mich schon eine Möglichkeit darüber nachzudenken, ob das nicht zum Beispiel einer dieser Ausschließungsgründe wäre. Und dann wäre genau das, was du gesagt hast, sicherlich auch erfüllt und müsste nicht generell alle ausschließen und aufstellen. Und dann, er begründet es weiter: Auf den sich die Verurteilung gründet und sie sollte durch richterliche Verfügung verhängt werden, der ein gerichtliches Verfahren vorausgeht.

Und ich glaube, dass das also klar sein muss in unserer Gesetzgebung, aber auch in unserem Kodex, wie es zu einem Urteil kommt und wie auch mit entsprechenden Maßnahmen umgegangen ist, weil das Wahlrecht ja ein Menschenrecht ist. Und ich bin nicht dafür, dass man so ganz leicht nur mit einer Höhe eines Strafausmaßes, wie es früher gewesen ist von über einem Jahr, damit umgeht, sondern dass es da wirklich ein genaueres Draufschauen braucht. Und das ist ja auch gewährleistet für die Zukunft.

Das war jetzt in der Nationalratswahlordnung bereits mitvollzogen. Das wird jetzt bei uns auch nachzuvollziehen sein. Und wenn ich sage, wird auch nachzuvollziehen sein, dann kennen wir auch den Stufenbau der Rechtsordnung in Österreich und das bedeutet für uns ganz klar, wir dürfen nicht mehr sanktionieren oder nicht strenger sein und das Gesetz enger formulieren als es auf Bundesebene und in dem Fall in der Bundesverfassung bereits formuliert worden ist.

Das heißt, wenn wir uns jetzt hier herstellen würden und sagen würden, das gefällt uns aber gar nicht, wir wollen das anders machen, was wäre die nächste Konsequenz zum Beispiel, wenn ich an 2015 denke, wir wissen, da haben wir Gemeinderats- und Landtagswahlen? Die würden uns mit links aufgehoben werden, weil es sicherlich mindestens eine Person gibt, die dagegen klagen würde und dann wäre die ganze Wahl ungültig. Das muss ich schon einmal mit Fug und Recht auch sagen, was das für Konsequenzen hätte. Das heißt, wir können nur ein "milderes" Gesetz machen als es der Bund gemacht hat. Wir vollziehen aber das, was der Bund hier vorgeschrieben hat und bereits auch umgesetzt hat, wird also auch im Landesrecht mit umgesetzt.

Ich bemerke auch immer dazu und das möchte ich auch dazu sagen, wir sind auf diesen Stufenbau der Rechtsordnung auch angelobt. Das heißt, ich würde ganz bewusst eine unrichtige Handlung hier im Landtag setzen, wenn ich sage, das interessiert mich nicht, was der Bund da beschlossen hat, noch dazu wenn es im Verfassungsrang ist, weil hier entsprechend auch nachzuvollziehen ist und halt die Möglichkeiten, die wir haben, auch entsprechend gemacht werden können.

Ich glaube, das wären wirklich die wesentlichen Dinge, die wir mit dieser Novellierung der Landtagswahlordnung und des Verfassungsrechtes auch machen und aus diesem Grunde also ein klares Bekenntnis, das können wir heute schon in die Tagesordnung aufnehmen und wir können den Inhalt auch so beschließen, wie er formuliert wurde. Danke sehr. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Dipl.-Päd. Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Anlass für die heutige Wahlrechtsgesetzänderung ist ja ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes aus dem Jahr 2010. Und konkret geht es darum, dass die Nationalratswahlordnung in Österreich insofern die Menschenrechtskonvention verletzt, weil Personen, die rechtskräftig zu mehr als einem Jahr dauernder Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, gemäß dem § 22 generell vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Und deshalb geht diese Novelle jetzt ab von diesem automatischen Wahlausschluss. Jetzt ist es notwendig, den Einzelfall zu prüfen und es ist auch notwendig, dass es sozusagen bei einem Wahlausschluss einen richterlichen Entscheid gibt, der mit dem Urteil mit verkündet wird. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Die Grünen begrüßen diese Novelle und wir sind auf Bundesebene für die Abschaffung eines generellen Wahlausschließungsgrundes auch immer eingetreten. Wir haben den ersten Antrag dazu 1992 im Parlament gestellt. Und bestätigt ist diese Position geworden durch dieses Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Fall Frodl. Wir haben 2010 noch einmal diesen Antrag eingebracht und im Zuge der Bundeswahlrechtsreform 2011 ist es zu einer automatischen Aberkennung dieses generellen Ausschließungsgrundes gekommen. Wir glauben, dass das eine richtige Entscheidung ist und werden daher auch dieser Wahlrechtsänderung entsprechend zustimmen.

Worauf ich aber auch eingehen möchte und Kollege Stelzer hat es auch schon gesagt, das ist, dass wir ja in diesem Bereich ja auch ganz stark die Hauptwohnsitze diskutiert haben. Und ich bedauere, wir hätten die Chance gehabt, den rund 8.000 Oberösterreichern und Oberösterreichern, die im Ausland jetzt ihren Hauptwohnsitz haben, auch das Wahlrecht auf Landesebene zu geben. Ich bedaure, dass sowohl die FPÖ als auch die SPÖ gesagt haben, sie möchten dem nicht näher treten.

Das Ziel der Grünen ist ja die Bürger und Bürgerinnen stärker in die politischen Prozesse einzubinden und eine möglichst breite Beteiligung und Mitbestimmung der Menschen zu erreichen. Derzeit ist es ja so, dass unsere Landesbürger und –bürgerinnen ihr Wahlrecht im Landtag verlieren, wenn sie den Hauptwohnsitz ins Ausland verlegen. Und obwohl das seit bereits fünf Jahren verfassungsrechtlich möglich wäre, dieser Gruppe das Wahlrecht zu geben, können wir heute leider diesen Beschluss nicht fassen. Die Bundesländer Tirol, Niederösterreich und Vorarlberg haben das bereits getan. Und ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir da unsere Oberöreicher und Oberöreicherinnen im Ausland eigentlich benachteiligen und das sollten wir abschaffen.

Es ist ja so, dass oft besonders die berufliche Mobilität von den Menschen verlangt wird, dass dadurch auch entsprechend längere Auslandsaufenthalte notwendig sind. Es gibt da entsprechende Studienaufenthalte, wo es notwendig ist, länger im Ausland zu bleiben und daher wollen wir Grüne, dass möglichst viele Österreicher und Österreicherinnen an den Wahlen zum Nationalrat teilnehmen, aber natürlich auch zum jeweiligen Landtag teilnehmen können, weil ja nur beide Ebenen den gesamten Bereich der Staatsaufgaben abdecken.

Jetzt tut es mir leid, dass die Schüler und Schülerinnen nicht mehr da sind, weil Kollege Steinkellner gesprochen hat von dem Argument der Ungerechtigkeit. Faktum ist, dass wenn ich in Österreich in ein anderes Bundesland umziehe, zum Beispiel Wien oder Salzburg, dann verliere ich zwar in Oberösterreich das Wahlrecht, aber ich habe ja gleichzeitig das Wahlrecht in einem anderen Bundesland. Ich kann zum Landtag wählen. Wenn ich aber in das Ausland übersiedle, er hat genannt das Beispiel Bayern oder München, dann verliere ich

ja dieses Wahlrecht. Und deswegen ist es ein Verlust an demokratischer Mitbestimmung und ist eigentlich eine Benachteiligung dieser Gruppe und hat nichts mit Ungerechtigkeit zu tun.

Und was ich auch mit Verwunderung gehört habe im Unterausschuss, war das Argument der SPÖ, die gesprochen hat von der Gefahr des Wahltourismus. Das ist mir eigentlich völlig unverständlich, weil erstens einmal könnte das jetzt schon passieren. Wenn ich jetzt von einem Bundesland zum anderen Bundesland den Hauptwohnsitz verlagere, geht automatisch das Wahlrecht dort hin. Also wenn man davon ausgeht, dass ein Parteigänger so überzeugt ist, dass er seinen Hauptwohnsitz immer wieder dorthin verlegt, wo gerade die Landtagswahlen sind, dann ist das jetzt schon möglich. Und wenn ich das jetzt umlege auf die 8.000 Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen, die im Ausland sind, also zu glauben, dass die von der Ferne aus das komplizierte Herumschieben eines Hauptwohnsitzes ins Auge fassen, dann glaube ich, ist das eigentlich fast absurd. Und man geht eigentlich immer davon aus, dass die Menschen eher das Wahlrecht missbrauchen, als dass man ihnen sozusagen das Positive unterstellt, nämlich dass sie interessiert sind am politischen Geschehen in ihrer Heimat und in ihrem Bundesland.

Und die Auslandsösterreicher und OberösterreicherInnen, die ich kennen gelernt habe, die haben, und ich war erstaunt, wie stark sie das politische Geschehen in Österreich und auch in unserem Bundesland verfolgt haben. Und ich glaube sehr wohl, dass es hier zu einem Wahlrecht kommen sollte. Ich glaube auch, dass das Internet entsprechend mithilft, hier entsprechende Informationen zu bekommen. Und ich kann nur sagen, sind wir froh, wenn Menschen aus Oberösterreich trotz längerem Auslandsaufenthalt das Wahlrecht in unserem Bundesland ausüben wollen. Sind wir froh, wenn sie Anteil am Geschehen nehmen. Sind wir froh, wenn sie Verbindung mit den Landsleuten aufrecht erhalten.

Und im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, dass auch sehr, sehr viele Auslandsösterreicher/innen immer wieder auch zurückkommen. Im Jahr 2009 waren das 16.000 Personen, die nach Österreich wieder zurückgekommen sind. Da sind auch viele Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen darunter. Und deshalb würden wir Grüne es wirklich für gut halten, hier die demokratischen Rechte entsprechend auszubauen und den eigenen Landsleuten alle verfassungsgesetzlichen Möglichkeiten für mehr Demokratie zu geben.

Ich kann nur sagen, wir werden weiter versuchen, die anderen Fraktionen zu überzeugen. Es liegt ja noch ein entsprechender Antrag von uns im Unterausschuss Verfassung. Ich möchte Sie bitten, sich nicht völlig einzugraben. Ich glaube nicht, dass es wirklich gute Argumente in den letzten Sitzungen gegen das Wahlrecht für Auslandsösterreicherinnen und -österreicher zum Landtag gegeben hat. In diesem Sinne Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke, Herr Klubobmann. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und ich komme zur Abstimmung, wobei ich feststelle, dass die Beschlussfassung darüber nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich ist.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Aufnahme der Beilage 830/2013 in die Tagesordnung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag ist mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen worden.

Bevor wir mit den Verhandlungsgegenständen fortsetzen, darf ich Schülerinnen und Schüler einer Bildungsmaßnahme aus der Berufsförderung Linz, die gerade bei uns auf der Besuchergalerie Platz genommen haben, recht herzlich Willkommen heißen. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt bei uns im Oberösterreichischen Landtag und alles Gute.

Und mein Blick ist nach oben gegangen und ich begrüße ganz herzlich Herrn Landeshauptmann außer Dienst Josef Ratzenböck und ich begrüße ganz herzlich eine unserer Vorgängerinnen, Frau Landtagspräsidentin Preinstorfer, recht herzlich in unserer Mitte. Herzlich Willkommen! (Beifall)

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur Beilage 818/2013, es ist dies der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der oö. Spitalsreform II; den Jahresbericht der Evaluierungskommission.

Ich bitte Herrn Dr. Walter Aichinger darüber zu berichten.

Abg. Dr. Aichinger: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beilage 818/2013, Bericht des Sozialausschusses betreffend die Umsetzung der oö. Spitalsreform II; Jahresbericht der Evaluierungskommission. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 818/2013.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Jahresbericht der Evaluierungskommission, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 19. November 2012 (Beilage 770/2012 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags, XXVII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, wird zur Kenntnis genommen.

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede. Ich darf als erster Rednerin Frau Kollegin Abg. Dr. Röper-Kelmayr das Wort erteilen.

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen! Das größte Reformprojekt der Landtagsperiode, so lautet die Begleitmusik und so lautete die Begleitmusik für die Spitalsreform. Ja, es ist ein großes Projekt und vor allem es umfasst einen sehr großen, sehr detaillierten Maßnahmenplan, der bis 2020 die oberösterreichische Spitalslandschaft nachhaltig umbauen wird.

Jedes Jahr bekommt der Landtag einen Bericht, einen Bericht der Evaluierungskommission. Dieser Bericht wird vorgelegt und diskutiert. Für die Sozialdemokratische Partei Oberösterreichs war es als Pfand zu sehen, dass hier, insbesondere der Evaluationsprozess, nicht nur ein den Bericht sehen, durchlesen, daheim durcharbeiten ist, sondern dass dies ein Diskussionsprozess sein wird und das unter Evaluation, dass dies auch dem Namen Evaluation gerecht wird und dass hier alle zu Wort kommen, die dann die Maßnahmen gesetzt haben, die die zugestimmt haben und vor allem die Betroffenen, die Beteiligten beziehungsweise auch die Patienten und die Arbeitnehmer aus den Krankenanstalten.

Im Vordergrund meiner Kritik steht heute, dass bei einem so wichtigen Thema wie bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich die Einsetzung eines

Unterausschusses relativ lapidar abgelehnt worden ist. So war es im Ausschuss zu hören und ich erinnere mich noch sehr gut daran, es war zu hören, dieser Bericht sei zur Kenntnis zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das Recht jedes Abgeordneten, wenn man die Zustimmung zu so einem weitreichenden Prozess gibt, dass man hier auch einen Prozess, der große Folgewirkungen haben wird, der sehr weit angelegt ist und einen großen Planungshorizont hat, der eventuell zu gravierenden Veränderungen in der Krankenhauslandschaft führt, dass hier in weiterer Folge auch intensiv diskutiert wird und dass mit den Zwischenergebnissen, die eben in diesem Evaluationsbericht, der ja aus diesem Grund, weil es sensible Zwischenergebnisse sind, jährlich vorgelegt wird, feinfühlig umgeht.

Von Seiten der Legislative ist hierfür die Möglichkeit eines Unterausschusses gegeben. Es ist nicht sinnvoll, wenn lediglich die, das ist aber immer wieder von meiner Seite und auch von unserer Partei kritisiert worden, es ist nicht sinnvoll, wenn die, die eine Reform planen, auch die Evaluation begleiten. Das konterkariert jeden Beratungskodex, auch in der Privatwirtschaft.

Im Jänner wurde auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs der Antrag auf einen Unterausschuss gestellt, unterstützt von der FPÖ, das wurde abgelehnt. Der Bericht wurde zurückgestellt. Da wäre aber, 16. Jänner war damals die Ausschusssitzung, 14. Februar war die nächste Ausschusssitzung, es wäre also, wenn wirklich der Wille dagewesen wäre, zumindest für eine Unterausschusssitzung innerhalb eines Monats die Möglichkeit gewesen, hier wäre Raum und Zeit gewesen, dies zumindest in einer Unterausschusssitzung zu diskutieren.

Im Februar kam von meiner Seite dann der Versuch, einen begleitenden Unterausschuss einzusetzen, auch dies wurde abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und nun noch zum Bericht, in dem Bericht sind, natürlich ist der Horizont dieses Berichts ein kurzer Bericht, es ist ein halbes Jahr und hier sind nicht da mitunter die großen Veränderungen, im Jahr 2013 werden wirklich relevante große Veränderungen dann noch kommen, aber in diesem Bericht sind auch bereits einige Abänderungen von Trägern eingebracht worden und zwar Abänderungsanträge, die angenommen wurden und die hier zu einer Veränderung im Maßnahmenplan führen.

Ich kann mich noch gut, als Beispiel ist auch eine Diskussion ans Innviertel, erinnern, wir haben ja damals bei der Diskussion zur Spitalsreform einen Lenkungsausschuss eingerichtet, wo die einzelnen Viertel und die entsprechenden Krankenanstalten hier intensiv behandelt wurden und beim Innviertel war ein Teil des Maßnahmenplans eine Reduzierung der unfallchirurgischen Leistungen. Wie man jetzt aber auch sieht und wie man auch den Medien überall ersichtlich entnehmen kann, wurde von dieser Reduzierung der unfallchirurgischen Leistungen im Krankenhaus Schärding nun wieder Abstand genommen und man hat hier einen Teil der Maßnahmen zurückgenommen.

Das zeigt, dass der damals von den Konstrukteuren der Spitalsreform eingeschlagene Plan hier diese Reduzierung der unfallchirurgischen 24-Stunden-Versorgung durchzusetzen, dass dies doch nicht der richtige Weg war und ich denke, das zeigt, dass die Überprüfung aller Maßnahmen hier doch intensiv beleuchtet werden sollte und eine Einbindung der

Betroffenen, sprich der Spitalsträger, sprich der Betroffenen, die dort arbeiten, der Arbeitnehmerinnen aus den Spitälern, unabdingbar ist.

Es ist nämlich, wie bei vielen großen Vorhaben, wenn so ein langer Planungshorizont wie 2020 gesetzt worden ist, dass man manchmal nachjustieren soll. Das bedeutet ja nicht, dass das von vornherein schlecht ist, aber es bietet die Möglichkeit hier zur rechten Zeit gegenzulenken und zu sagen, das war doch nicht der richtige Weg und wir können hier vielleicht noch etwas ändern.

Mit unserer Zustimmung zur Spitalsreform hat die SPÖ Oberösterreich auch eine große Verantwortung für die Umsetzung der Reform übernommen. Wir sehen dies in erster Linie und wir sehen uns hier auch als Anwälte der Patienten und der Arbeitnehmer, der Beschäftigten in den Krankenanstalten, dass man diese Rolle wahrnehmen muss, ist klar, aber das kann man auch nur wahrnehmen, wenn wir über die Änderungen diskutieren und wenn man hier auch die Möglichkeit hat, hier unterschiedliche Standpunkte zu hören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode sind zurzeit an die 20 Unterausschüsse aktiv, aber das größte Reformvorhaben dieser Legislaturperiode verdient keinen Unterausschuss.

Die 27. Gesetzesperiode hat 20 Unterausschüsse, aber die Spitalsreform hat es nicht und ich halte es für einen großen Fehler, bei der Spitalsreform II, dem ersten Evaluierungsbericht hier nicht mit einem guten Beispiel voranzugehen und hier einen begleitenden Unterausschuss einzusetzen, um einzelne Maßnahmen zu diskutieren und wie eben erwähnt, das Beispiel Schärding, wo es zu einer Rücknahme der Reduzierung gekommen ist, zeigt, dass manchmal nicht alles so gut war, wie vorgeschlagen.

Ich halte es auch für ein schweres Übergehen des Landtags in seiner Kontrollfunktion, wenn hier den Abgeordneten die Zustimmung im fairen Glauben an eine offene und an eine transparente Diskussion abgenommen wurde, beim Evaluationsprozess aber die Türen sich schließen und von den Abgeordneten hier ein Durchwinken und ein Abnicken des Evaluationsprozesses erwartet wird.

Das Gesundheitswesen ist ein sensibler Bereich, nicht nur da tausende Beschäftigte hier betroffen sind, sondern das jeder Oberösterreicher und jede Oberösterreicherin hier davon betroffen ist und sich auf ein gutes Gesundheitswesen verlassen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade dieses Vorgehen zeigt, dass die beharrliche Forderung auf Einsetzen eines Unterausschusses und das Insistieren darauf der richtige Weg war. Wir werden mit Sicherheit nicht müde werden, von diesem Vorhaben nicht abrücken.

Wir dachten ein begleitender Unterausschuss wäre nichts Ungewöhnliches oder nichts Unanständiges und ich möchte hier noch ein weiteres Beispiel bemühen, nämlich die Hochwasserschutzmaßnahmen nach der Katastrophe im Jahr 2002. Hier war es selbstverständlich, dass hier begleitend, weil es heikle Maßnahmen sind, weil es relevant ist, weil die Bevölkerung hievon sehr betroffen ist, dass man hier einen begleitenden Unterausschuss einsetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe noch einmal, vielleicht wird es ja doch dann auf einen Antrag in einem weiteren Ausschuss soweit kommen, dass ein begleitender

Unterausschuss kommt. Ich halte es für wichtig, dass eine Einbindung der Betroffenen und der Beteiligten hier geführt wird, bei diesem sensiblen Bereich, dem Gesundheitswesen. Das sind wir der oberösterreichischen Bevölkerung schuldig. Für unsere Partei kann ich auch sagen, wir nehmen den Bericht zur Kenntnis, die Vorgehensweise ist aber durch und durch abzulehnen und wir hoffen, dass in nächster Zukunft ein Unterausschuss dennoch kommen wird, beziehungsweise dass ein intensiver Diskussionsprozess starten wird für die Spitalsreform II und für den Maßnahmenplan. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf die Frage stellen, ob noch jemand das Wort dazu wünscht? Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ich bin das schon gewöhnt, dass ich nach der Julia rede, weil dann muss ich immer das Podium verstellen. Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Herr Landeshauptmann, liebe Frau Präsidentin, liebe Familie vom Herrn Präsidenten!

Ja, die Spitalsreform hat uns schon lange beschäftigt. Die zweite Spitalsreform wohl gesagt, wir hatten ja eine schon in der vorigen Periode unter der Federführung von der SPÖ-Landesrätin Stöger, die wir auch gemeinsam erarbeitet haben und meines Wissens dann keinen begleitenden Unterausschuss eingerichtet haben, nur das zur Vorgeschichte.

Die Spitalsreform wurde sehr bewusst aufgesetzt mit einem Kostendämpfungspotenzial als Ziel, als es da geheißen hat, mit den Krankenhausträgern, mit den Expertinnen und Experten werden Maßnahmen erarbeitet, die dann in einem Ausschuss, in einem Lenkungsausschuss diskutiert werden, ob die auch politisch so vertretbar sind.

Wir haben da klare Ziele vereinbart, was wir mit dieser Spitalsreform sichern wollen, was wir sicher nicht wollen und wie sie umgesetzt werden muss. Da waren wir uns alle einig. Wir haben auch alle Maßnahmen gemeinsam beschlossen und wir haben auch die Art und Weise der Evaluierung gemeinsam beschlossen, weil es uns ganz wichtig war, hier zu schauen, wie kann man diesen kontinuierlichen Prozess, der ja jetzt eigentlich erst begonnen hat, nachdem wir die Maßnahmen beschlossen haben, begleiten. Da war es nämlich an der Zeit, dass sich die Häuser zusammensetzen, mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die betroffen sind, gemeinsam diese Umsetzungsschritte zu definieren. Was muss passieren? Welche rechtlichen Änderungen braucht es? Wie wir alle wissen, hatten wir in der letzten Zeit glaube ich drei Novellen des Krankenanstaltengesetzes unter anderem auch mit Punkten, die eben für die Spitalsreform ganz wichtig waren.

Also hier war es dann der Auftrag an die Häuser, hier gemeinsam im medizinischen, aber auch im nicht medizinischen Bereich sehr genau zu definieren, was wird wie umgesetzt. (Der Erste Präsident übernimmt den Vorsitz.) Und die Häuser haben sich, und ich kann das von der Gespag, aber ich kann das auch von anderen Häusern berichten, ganz klar ausgesprochen, auch diese Begleitung von den Häusern wird gestellt.

Weil es da ganz wichtig ist, wenn sich Arbeitsfelder, wenn sich neue Teams mischen, wenn es standardübergreifende Leitungen gibt, braucht es auch einen Prozess und eine Begleitung von außen. Das wurde oder wird zur Verfügung gestellt, weil es ganz wichtig ist, dass es hier eine gute Stimmung auch ist. Ich glaube es wäre der Qualität der medizinischen Versorgung sehr abträglich, wenn die Stimmung in den Krankenhäusern kippt oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier nicht mitkönnen.

Dass das gut funktioniert, sehen wir auch an einem Beispiel. Es gibt nur einen einzigen Fall in der Clearingstelle, wo es eben Probleme gegeben hat mit Veränderungen am Arbeitsplatz für den Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin.

Es wurde daneben auch ganz klar definiert, es gibt eine kleine ExpertInnengruppe, die begleitend dabei ist beim ganzen Umsetzungsprozess, um immer draufzuschauen, was braucht es für Veränderungen.

Da ist das Beispiel Schärding schon angesprochen worden, das ist genau dieser Prozess, der dort passiert, wo die Häuser sagen, mit der Region zusammen, die Versorgung passt nicht ganz.

Das was wir da definiert haben, mit dem Ziel, mit dieser Maßnahme, das greift nicht in dem Sinne, da müssen wir gegensteuern und das machen die Häuser und das macht die Expertengruppe, aber nicht die Politik und ich glaube, das ist der große Unterschied.

Wir müssen schauen, wo können diese Veränderungen passieren? Die Häuser definieren dann Veränderungen und sagen, wir glauben mit dem wäre es besser, geben das an diese begleitende Expertengruppe und die sagt ja oder nein, meistens sagen sie ja, weil es einen Sinn macht, wenn die Häuser erarbeiten, wir bringen dieses Sparpotenzial vielleicht auch besser zusammen, oder wir können halt hier nicht sparen, weil die anderen Strukturen nicht passen. Und das ist der Sinn und Zweck der Begleitung, dass man sagt, ad hoc zu reagieren, wenn die Häuser sagen, das passt nicht.

Ein Beispiel ist auch noch die Zusammenführung Urologie Elisabethinen und Krankenhaus Steyr. Hier ist man darauf gekommen, es geht nicht gut mit Steyr und mit Elisabethinen. Besser ist es mit Steyr und mit Vöcklabruck, das zu machen. Ja, genau, diese Schritte müssen von den Häusern, müssen von den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowohl auf ärztlicher, als auch auf pflegerischer Seite kommen, weil nur so werden sie getragen und so ist es dann auch eine wirklich gute Reform, die eben breit getragen wird von den Betroffenen.

Weil, und das ist uns ganz wichtig und das ist glaube ich auch den Umsetzern ganz, ganz wichtig, die Qualität im Vordergrund steht, die Qualität für die Patientinnen und Patienten und die Qualität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es hat doch niemand etwas davon, wenn wir etwas machen, wo der Druck immer mehr wird, gerade auf die Pflegekräfte und hier dann wo möglicher Weise Unzufriedenheiten auch mit dem Arbeitsklima da sind.

Da merken wir, es greift, wir könnten natürlich noch vielmehr tun, keine Frage, aber das sind Schritte, die eben gemacht werden. Ein weiterer Punkt, den wir gemeinsam beschlossen haben, ist die Bürger/innenbeteiligung. Es wird abgefragt, einerseits ist die Patientenanwältin immer dabei, die ist auch in dieser Expertengruppe, die auch genau schaut, gibt es Beschwerden, gibt es wo Veränderungen, auch rückfragt teilweise und ich merke es bei uns in der Region, auch rückgefragt wird bei den niedergelassenen Ärzten, merkt ihr etwas an Veränderungen? Auch wir im Bezirk Rohrbach haben viele Patientinnen und Patienten, bei schwierigeren Diagnosen, bei schwierigeren Behandlungen im Zentralraum.

Hier sehen wir sehr schnell, wenn dann die Menschen vielleicht zu spät zurückkommen oder vielleicht zu schnell zurückkommen und die Strukturen nicht passen. Also, das sehen wir eigentlich sehr schnell, direkt bei den Betroffenen und vor allem merken die

niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, wenn etwas am System am Krankenhausbereich nicht stimmt.

Natürlich muss auch die Ökonomie im Auge behalten werden. Ich bin nicht eine Fürsprecherin der Gesundheitsökonomie, aber ganz wichtig ist es natürlich, eine nachhaltige finanzielle Absicherung zu gewährleisten, weil nur so können wir es schaffen, dass auch in Zukunft alle Menschen, ganz gleich welcher Herkunft, welchen Alters sie die notwendigen Dinge bekommen und Eingriffe und Behandlungen die wirklich auch "state of the art" sind, wenn ich auch dieses neudeutsche Wort verwenden darf.

Es darf nicht soweit kommen, dass Leistungen rationiert werden, dass wir effizient umgehen können und dass wir mehr in die Selbstverantwortung der Menschen zurückgeben müssen und nicht alles sofort mit einem Medikament oder auch mit einer Behandlung kuriert werden muss, oder dass wir auch selber auf uns schauen müssen, dass wir gesund bleiben und dass wir auch Rahmenbedingungen schaffen in Betrieben aber auch in den Gemeinden, damit die Menschen so lange es geht gesund bleiben, Struktur vorfinden, dass sie nicht ins Krankenhaus müssen, dass alte Menschen, wenn sie krank sind, auch zu Hause betreut werden können und nur im äußersten Notfall in ein Krankenhaus müssen, weil es eben so schwere Krankheiten sind, die nicht zu Hause betreut werden können.

Genau in diesem laufenden Begleitungsprozess sind eigentlich alle eingebunden. Da geht es darum, die Qualität und die Experten auch zu hören und nicht sosehr die parteipolitischen, vordergründigen, ich will da auch überall dabei sein. Ja, wir sind ja auch vom Landtag in vielen Gremien der Gesetze vertreten, sprich Gesundheitsplattform, sprich intramuraler Ausschuss, wo auch wieder diese Themen diskutiert werden, wir sind auch immer wieder in den Häusern vertreten, ich hoffe, es mache nicht nur ich die Besuche in den Krankenhäusern, sondern auch meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Parteien. Nicht nur in den Häusern, wo sie selber arbeiten, weil ich glaube, da seit ihr eh wirklich am Puls der Zeit, ich muss mir halt das oft anders erarbeiten, diese Informationen, weil ich in keinem Krankenhaus arbeite, aber auch hier merken wir sehr viel, wie die Stimmung auch in einem Krankenhaus ist bei der Umsetzung.

Ich habe nicht gesagt, dass wir gar keinen Unterausschuss brauchen, sondern ich hab gesagt, jetzt zu diesem Zeitpunkt nach einem halben Jahr der Umsetzung ist es noch zu früh meiner Meinung nach. Und ich glaube, ich hab das jetzt ausführlich begründet. Warum? Weil genau die Maßnahmen erst im Erarbeiten sind. (Zwischenruf Abg. Affenzeller: Unverständlich.) Und Kollege Affenzeller, wenn du ins Krankenhaus Freistadt schaust und schaust, wie der Prozess jetzt läuft bei der Veränderung, Freistadt ist nicht sehr groß betroffen, aber auch hier gibt es Änderungen, gerade auch mit dem Kinderkrankenhaus und mit der Geburtenabteilung, ob sie jetzt schon darüber reden können, wie die Auswirkungen sind oder erst in einem halben Jahr oder in einem Jahr, weil da läuft der Prozess gerade erst.

Und ich glaube, da müssen wir hinschauen, wo wollen wir als Gesetzgeber wirklich hinschauen und welche Rahmenbedingungen müssen wir dann verändern? Und ich glaube, wir haben die Gremien, gerade die Gesundheitsplattform, wo wir gemeinsam auch diesen neuen Strategien, nämlich auch in Zusammenhang mit der Gesundheitsreform Bund, die ja auch heute schon ein Teil der Fragestunde war, welche Veränderungen braucht es im niedergelassen Bereich?

Da gehe ich vielleicht nicht ganz d'accord mit den Krankenkassen beziehungsweise mit Herrn Landeshauptmann, dass ich auch hier ein Kostendämpfungspotenzial erreiche, weil ich schon glaube, dass es viele Maßnahmen braucht, um eben niedergelassene Ärzte, vor allem auch Dienstleistungen ambulant, die mobilen Dienstleistungen im Sozialbereich und im Gesundheitsbereich zu verstärken und dass hier ein Kostendämpfungspotenzial, so wie es jetzt angesetzt ist, meiner Meinung nach nicht zu erreichen ist. Aber ich lasse mich gern von den Experten, sprich den niedergelassenen Ärzten, aber auch den Kassen eines Besseren belehren und sagen, wie können wir gemeinsam das Ziel verfolgen, eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung, niederschwelliger Zugang für alle, eine Krankenhausstruktur, die nachhaltig finanziell abgesichert ist, die genau die Aufgaben, die im Krankenhaus notwendig sind, auch erfüllen kann, unter den besten Bedingungen gewährleisten?

Und noch ein Satz zum Thema, auch beim größten Hochwasserschutzprojekt hat es einen Unterausschuss gegeben. Ich kann mich erinnern, der Unterausschuss in der letzten Periode hat geheißen Katastrophenausschuss. Wir haben hier sehr viele Maßnahmen diskutiert, unter anderem auch, welche nächsten Schritte braucht es, um eben in Zukunft die Menschen vor Hochwasser zu schützen? Da wurden viele Projekte von dort aus in Auftrag gegeben, und nicht ein bestehendes Projekt laufend evaluiert, das möchte ich auch noch einfach ergänzend hinzufügen, weil ich hier auch in Vertretung vom Herrn Landesrat Anschober, sehr viele Dinge gerade im Hochwasserschutz damals auch eingebracht und diskutiert habe. Hier muss man schauen, was wollen wir eigentlich mit dem Unterausschuss erreichen? Ich glaube, das, was der Wunsch ist, das verstehe ich vollkommen, um ehestens gegenzusteuern, momentan in der jetzigen Situation noch immer gut gewährleistet wird von der ExpertInnengruppe. Beim nächsten Evaluierungsbericht muss man schauen, braucht es wieder gesetzliche Änderungen, braucht es wieder neue Maßnahmen, neue Vorgaben auch in Zeiten vom Budget, müssen wir wieder wo Veränderungen herbeiführen? Das ist dann der richtige Zeitpunkt, wo wir uns noch intensiv weiter miteinander auseinandersetzen.

Ich möchte vorweg zum Abschluss noch eines sagen, danke allen Mitarbeiterinnen Mitarbeitern in den Krankenhäusern, die so bewusst diese Umsetzung machen, danke vor allem auch an die Expertinnen und Experten, die diese verantwortungsvoll begleiten und uns hier einen Evaluierungsbericht gegeben haben. Der einerseits sagt, die Ziele erreichen wir, die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten und auch der Bevölkerung mit der Krankenhausstruktur ist sehr, sehr positiv. Daher bleiben wir weiter dran, versuchen wir gemeinsam nicht Unruhe zu stiften, sondern gemeinsam zu schauen, wie können wir die Krankenhäuser, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen, ihnen den Rücken stärken, damit sie diese Spitalsreform gut umsetzen können? Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn ja, dann darf ich Herrn Dr. Walter Aichinger das Wort erteilen.

Abg. Dr. Aichinger: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ulli! Ich nehme deinen Dank gerne entgegen, nachdem ich in einem Krankenhaus arbeite, das von der Spitalsreform auch am meisten betroffen war. Es ist tatsächlich so, dass es nicht immer leicht ist, die Umsetzung zu dieser Spitalsreform, sie führt auch zu manchen Härten, aber das war uns, glaube ich, allen bewusst, wie wir diese Reform angegangen sind. Eine Reform ohne Veränderungen ist keine Reform, das heißt, es ist notwendig, dass es hier auch Veränderungen gibt.

Ich war von den Argumenten, die Frau Kollegin Dr. Röper-Kelmayr gebracht hat, sehr glaubwürdig vorgebracht hat, fast schon überzeugt, wenn ich nicht wüsste, was mit diesem Antrag auf Einsetzung dieses Unterausschusses eigentlich wirklich beabsichtigt ist. Die Diskussion über den Evaluierungsbericht 2011 hat quasi die Funktion eines Trojanischen Pferdes, es geht um ganz andere Dinge, die in diesem Unterausschuss diskutiert worden wären. Das hat ja auch die Diskussion im Sozialausschuss gezeigt, es ist ja jetzt so dargestellt worden, als hätte dieser Evaluierungsbericht nie Eingang in eine Diskussion gefunden, tatsächlich haben wir im Sozialausschuss gemeinsam mit dem Landeshauptmann und zuständigen Gesundheitsreferent über den Evaluierungsbericht diskutiert. Es sind im Rahmen dieser Diskussion sehr viele Wortmeldungen gekommen, die mit dem Evaluierungsbericht inhaltlich überhaupt nichts zu tun gehabt haben, sondern die über vermeintliche, vermutete Vorgänge, Situationen, Missstände oder sonstige Dinge jetzt hier und heute etwas zu tun haben. Das heißt, der Antrag als solcher mit der Diskussion über den Evaluierungsbericht war eigentlich eine Themenverfehlung.

Faktum ist, dass in diesem Evaluierungsbericht der Zeitraum 2011 dargestellt und beleuchtet wurde, Faktum ist, dass auch der Landesrechnungshof, der ist in dem Fall wirklich, glaube ich, ein sehr verlässliches und vertrauenswürdige Organ, Element unserer Arbeit hier im Oberösterreichischen Landtag, dass er festgestellt hat, dass diese Reform professionell aufgesetzt wurde, dass das schon in den Anfängen erkennbar ist, dass die Ziele erreicht werden. Ich stimme dir zu, dass es notwendig sein wird, wenn größere Zeiträume überblickt werden können, zum Beispiel das Jahr 2012, dass wir uns dann als Abgeordnete, die ja auch mitverantwortlich sind für die Maßnahmen, die im Zuge dieser Reform gesetzt worden sind, dass wir uns dann unterhalten. Ich stimme dir nicht zu, dass wir uns über den schmalen kurzen Zeitraum 2011, da waren es im Wesentlichen drei, vier Monate, dass wir uns dort einer Diskussion stellen. Da wäre es besser gewesen einen anderen Antrag zu stellen, wo die Vorgänge jetzt hier und heute diskutiert werden sollten, das wäre in dem Fall der richtige Antrag gewesen. Ich bin überzeugt, es wird ja der Evaluierungsbericht erst Ende des Jahres wieder kommen über das Jahr 2012, dass wir uns dann inhaltlich viel intensiver damit auseinandersetzen können und sollen. Faktum ist aber auch, dass das Jahr 2011, das zeigt dieser Evaluierungsbericht, die richtigen Maßnahmen und richtigen Schritte der oberösterreichischen Spitalsreform gebracht hat. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Herr Klubobmann Mag. Günther Steinkellner das Wort erteilen.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Walter Aichinger, leider ist es aber immer in Unterausschüssen so, dass natürlich die Themen, die dort behandelt werden, umfassend zu betrachten sind. Im Übrigen hat es die ÖVP gerade vorhin exerziert, dass es zu einem Antrag, wo es eigentlich um Strafgefangene geht, das Auslandsösterreichereinwahlrecht hier mitdiskutiert worden ist, wie auch immer.

Wir werden als Freiheitliche deshalb auch die Kenntnisnahme nicht annehmen, weil wir der Ansicht sind, dass diese Berichte anders zu behandeln sind. Ich weiß auch, dass wir als Abgeordnete grundsätzlich das Recht dazu haben, wenn es um die Gesundheit geht, uns vertieft damit auseinanderzusetzen. Wir beide wissen, dass es verschiedene Anträge gibt von den jeweiligen Trägern, die von der beschlossenen Spitalsreform abweichen. Wir wissen aber nicht, jedenfalls ich nicht, wie viele Anträge an die Gesundheitsabteilung gestellt wurden und abgewiesen wurden, oder aus welchen Gründen sie abgewiesen wurden. Nachdem das ein äußerst sensibler Bereich ist, bin ich einfach der Meinung, deswegen haben wir auch den Antrag der SPÖ bereits im Ausschuss unterstützt, einen ständigen Unterausschuss begleitend einzusetzen. Natürlich nicht nur darum, dass wir das einmalige

Papier der Vergangenheit beraten, sondern dass wir laufend die Probleme, die immer wieder transportiert werden, auch hier erörtern. Deshalb auch von unserer Seite keine Zustimmung.

Ich bitte bei der ÖVP darüber nachzudenken, auch die Grünen darüber nachzudenken, ob nicht genau jene Bereiche, in denen Probleme auftauchen, zu erörtern sind? Im Laufe einer so großen Reform, die vom gesamten Haus getragen wurde, muss eine umfassende Information an die Abgeordneten, die sich damit intensiv beschäftigen, zum Beispiel im Rahmen eines Unterausschusses ergehen. Sie sollen die Möglichkeit haben, mit der Gesundheitsabteilung und mit den Trägern die auftretenden Probleme zu besprechen. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir, ich hoffe der nächste Anlauf zum Unterausschuss wird vielleicht dann mehr Glück haben als der letzte. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf noch einmal Frau Kollegin Dr. Julia Röper-Kelmayr das Wort erteilen.

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Ich muss mich bei zwei Rednern noch einmal kurz rechtfertigen. Und zwar kurz habe ich mich gefreut, werter Kollege Aichinger, wie du gesagt hast, dass du fast schon überzeugt gewesen bist, es ist keine parteipolitische Motivation gewesen, diesen begleitenden Unterausschuss einzusetzen, sondern es ist die Sorge um das Gesundheitswesen und auch das Wissen, dass hier mit der Zustimmung zur Spitalsreform eine große Verantwortung auf uns allen liegt, dass es uns allen am Herzen liegt das sicherzustellen, dass die Gesundheitsversorgung richtig ist. Faktum ist, dass der jetzt beleuchtete Zeitraum ein kurzer ist, etwas mehr als ein halbes Jahr, aber für uns ist es einfach wichtig, das ist uns auch zugesagt worden, das war unsere Bedingung, dass von Anfang an hier begleitend ein Diskussionsprozess gestartet wird und nicht, dass wir sagen, das machen wir erst 2012, oder 2012 war es dann doch nicht so, dann 2013, deshalb wäre es für uns einfach, um dem Wort Evolution gerecht zu werden, notwendig gewesen das gleich zu machen.

Ulli Schwarz, dass du uns vorwirfst, dass wir hier parteipolitisch agieren, wenn wir einen Unterausschuss einfordern, wo wir die Betroffenen und die Beschäftigten anhören wollen, das ist eigentlich schlimm, dass man das von Seiten der grünen Fraktion als parteipolitisch motiviert hören muss. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Darf ich fragen, ob es noch Wortmeldungen gibt? Bitte, Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Erlauben Sie mir, dass ich auch noch ein paar Worte zu dieser Spitalsreform sage. Nämlich, weil ich auch fest davon überzeugt bin, ich glaube, das müsste man noch einmal kurz zurück replizieren, wo wir gesagt haben, Spitalsreform Ja, wir haben uns einer finanziellen Minimierung gestellt, mit einem sehr umfangreichen Programm, aber es war für uns von Anfang an auch klar und wurde auch immer klar gesagt, dass wir einen begleitenden Diskussionsprozess dazu brauchen. Ich glaube, dass der nicht erst beginnen kann, wenn es uns irgendwann einmal sozusagen "in den Kram hineinpasst", sondern die begleitende Diskussion passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen, die passiert nicht dort, wo eigentlich die Spitalsreform beschlossen worden ist, nämlich da herinnen im Oberösterreichischen Landtag, sondern die passiert draußen auf der Straße, in den Spitälern. Es passiert euch genauso, wie es mir passiert, dass Leute kommen, aufmerksam machen, dass das eine oder andere nicht in Ordnung ist. Ich möchte nur einige wenige

Dinge erwähnen, warum ich es so wichtig halte, diesen begleitenden Prozess sofort zu machen, dass wir uns da nicht darüber hinwegschwindeln können.

Wenn ich mir, ich breche es herunter auf meine Region, auf das Landeskrankenhaus Steyr, weil ich dort natürlich am intensivsten damit beschäftigt bin, mir das anschau, dass es den Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern nicht wirklich gut geht mit dieser Spitalsreform, dass da viele wirklich massivst am Ende ihrer Belastbarkeit angelangt sind. Das kann man bitte, da könnt ihr mit ihnen reden, es ist so, das ist Realität und Tatsache. Es wird nicht gesagt, okay wir müssen einsparen, da muss etwas passieren, wir sind mit Feuereifer bei dieser ganzen Spitalsreform dabei, sondern die Realität ist, da gebe ich den Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern Recht, wenn sie es umdrehen und sagen, es ist da beschlossen, da will keiner mehr reden über unsere Anliegen und Probleme. Es war uns da herinnen auch klar, dass die Spitalsreform nur positiv zu Stande kommen kann, wenn alle Mitplayer, das sind die Bediensteten, das sind die Patientinnen und Patienten, das sind die niedergelassenen Ärzte, wenn wir die alle im Boot haben. Ständig auch immer wieder uns anhören und schauen, wo sind die Probleme? Und darauf reagieren, ich halte es nicht für gescheit, wenn wir da jetzt sagen, okay das war ein Zeitraum von drei Monaten, heute schauen wir uns das einmal an, vielleicht reden wir in einem Jahr wieder darüber, sondern die Dinge passieren mittlerweile draußen und wir spüren sie. Ich kriege das auch von Patienten vermittelt, nicht nur ich, auch andere, dass natürlich eine Überlastung zu einem schlechteren Klima irgendwann beiträgt, das passiert in jeder Firma. Es ist auch ein Krankenhaus nicht davor gefeit, dass das auch auf die Patientinnen und Patienten abfärbt. Ich glaube, das war eigentlich nie unser aller Beweggrund, das kann ich mich schon erinnern, dass das nicht die Spitalsreform gewesen sein soll, sondern wir wollten was Gescheites daraus machen.

Auf der anderen Seite schaue ich mir bitte auch das Potential der niedergelassenen Ärzte an, denn der Herr Landeshauptmann hat bei der Anfrage der Frau Dr. Povysil heute gesagt, er will bei der Belagsdauer auf den österreichischen Durchschnitt plus maximal zehn Prozent ungefähr kommen. Das ist das erklärte Ziel, das Ziel können wir ja in den Augen haben, nur was bedeutet es gleichzeitig? Mit dem müssen wir uns auch auseinandersetzen, wenn das so ist, dann brauche ich Strukturen in der Region, diese Strukturen bedeuten auch, ich brauche niedergelassene Ärzte, wir haben sie, nur haben wir dort jetzt Aufgaben zugeordnet. Jetzt schauen wir uns bitte ein bisschen auch die Regionen an, wenn es bei mir im inneren Ennstal ist, der Arzt hat Vormittag Dienst, dann Nachmittag betreut er noch seine Patientinnen und Patienten, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Fahrwege, das lässt sich alleine organisatorisch nicht machen. Das sind alles Realitäten, mit denen wir in der Region im Moment konfrontiert sind und auseinandersetzen müssen.

Aus diesem Grund würden wir wirklich dringlich bitten, diesen begleitenden Diskussionsprozess sofort einzusetzen, da wäre eben der Unterausschuss das Mittel, das wir haben laut unserer Landtagsgeschäftsordnung, nichts Unanständiges, sondern das steht uns zu, das hätten wir auch eingefordert. Ich erwähne es wirklich noch einmal, wenn wir diesen begleitenden Diskussionsprozess nicht sofort beginnen, die Diskussion begleitet uns, aber draußen und nicht positiv. Danke. (Beifall)

Erster Präsident: Ich darf Herr Kollegen Dr. Walter Aichinger das Wort erteilen.

Abg. Dr. Aichinger: Ich muss mich ganz kurz noch einmal melden, weil jetzt so getan wurde als würden wir uns, in dem Fall meine ich die ÖVP, einer Diskussion über das Gesundheitssystem oder über die Entwicklungen im Gesundheitssystem verweigern, das ist ja mitnichten so. Es gibt sehr, sehr viele von uns selbst geschaffene Einrichtungen, Gremien,

wo wir natürlich über das Gesundheitssystem und die Strukturen gerade auch in den Krankenanstalten diskutieren. Ich erinnere nur an die Gesundheitsplattform, die prädestiniert ist dafür, dass dort die Diskussionen fallen, da sitzen wir gemeinsam im intramuralen Ausschuss, da sitzen wir auch gemeinsam im Ausschuss für Geschäftsführungsangelegenheiten, wo wir gerade auch diese Themen mit den Versicherungen diskutieren und reden können. Es ist nicht der gesamte Landtag, da stimme ich zu, aber es wäre ja auch in einem Unterausschuss nicht so, dass dort alle Abgeordneten, Damen und Herren teilnehmen an dieser Diskussion.

Faktum ist, die Maßnahmen, die breit diskutiert worden sind zur Spitalsreform in verschiedensten Gremien, wurden von der Regierung beschlossen im Sinne des Krankenanstaltenplans, das ist die rechtliche Grundlage für die Veränderungen, die durch die Spitalsreform geschaffen worden sind. Der Spitalsplan, der Krankenanstaltenplan wird einer periodischen Überarbeitung unterzogen, und dort kommen dann Maßnahmen hinein, die im Zuge der Diskussion, der Gespräche mit den Rechtsträgern, im Zuge der Gespräche mit den Bediensteten wiederum Abänderungen erfahren. Das ist der rechtliche Vorgang, so wie er in der Vergangenheit immer gewesen ist, wie er auch in der Zukunft sein wird. Wir können uns durchaus, wenn entsprechende Anträge da sind, in einem Unterausschuss über das, was an laufenden neuen Erfahrungen kommt natürlich unterhalten, selbstverständlich. Ich halte nichts davon, wenn wir die Arbeit der Behörde übernehmen, ich halte nichts davon, wenn wir die Arbeit der Verantwortlichen in den Krankenhäusern übernehmen. Wir können uns die Ergebnisse dieser Diskussionen, dieser behördlichen Vorgänge durchaus anschauen und sie beraten, über ihre Inhalte diskutieren, über ihre Sinnhaftigkeit diskutieren, aber ich glaube, wir sollten zunächst einmal diese Betroffenen und Zuständigen arbeiten lassen und uns dann unterhalten.

Das war ja auch das Angebot, dazu stehe ich auch, dass ich gesagt habe, der Evaluierungsbericht des Jahres 2011 hat ja im Wesentlichen noch beginnende Maßnahmen, erste Schritte enthalten, über die es sich noch nicht zu diskutieren lohnte. Das Jahr 2012 mit den wesentlichen, umfassenden Veränderungen, sowohl was die Personen betrifft, was die Strukturen betrifft, was die Leistungen betrifft, darüber zu diskutieren und uns auch zu hinterfragen, ob die getroffenen Maßnahmen richtig gewesen sind, das macht einen Sinn, es war nicht eine Ablehnung über die Diskussion darüber, sondern es war die Ablehnung dieses Unterausschusses wegen des noch kaum vorhandenen Inhalts, über den wir diskutieren wollten. Nicht bitte, dass wir aus undemokratischer Art und Weise hier etwas ablehnen wollten, schon gar nicht weil wir nicht interessiert sind, wie sich das Spitalswesen und das Gesundheitswesen in Oberösterreich entwickelt. (Beifall)

Erster Präsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf fragen, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt? Wenn dies nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 818/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Landtagskolleginnen und -kollegen, Frau Präsidentin Weichsler-Hauer, Herr Präsident Cramer, Herr Landesrechnungshofdirektor, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sehr geehrte Gäste, liebe Familienmitglieder und Freunde hier im Saal und im Internet! Bevor ich nun den Vorsitz wieder an die Zweite Präsidentin, Frau Kollegin Gerda Weichsler-Hauer, übergebe, möchte ich noch gerne einige Worte an

euch richten. Es war dies meine letzte Vorsitzführung im Oberösterreichischen Landtag, bevor ich am 17. April, einen Tag vor der nächsten Landtagssitzung, mein Mandat und damit auch meine Funktion als Landtagspräsident zurücklegen werde. Da ich mit fast allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in diesem Hause per Du bin, gestattet mir bitte hier und heute ausnahmsweise das Du-Wort verwenden zu dürfen.

Vor 40 Jahren, im Jänner 1973 habe ich meine erste politische Funktion in meiner Heimatgemeinde Engelhartzell übernommen, ich bin dort im Herbst 1973 in den Gemeinderat gewählt worden und wurde 1979 Bürgermeister, 22 Jahre lang habe ich dieses Amt mit damals noch jugendlichem Elan ausgeübt. Von da her kommt meine ganz besondere Wertschätzung für unsere bürgernächsten, überschaubaren und demokratischen Einheiten, für unsere Gemeinden.

Ich weiß aber auch, was Kommunalpolitikerinnen und –politiker und hier im Besonderen unsere Bürgermeister zu leisten haben und was sie alles aushalten müssen. Mein Dank und Respekt gilt daher den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aller Parteien in unserem Lande. Sie bekleiden eines der schwierigsten, aber auch eines der schönsten Ämter in unserer Republik. Stellvertretend für alle Gemeindeoberhäupter gilt mein besonderer Dank hier und heute dem Oberbürgermeister von Oberösterreich, wenn ich ihn so nennen darf, unserem Kollegen und Präsidenten des Gemeindebundes Hans Hingsamer, der sich für sein Amt keine leichte Zeit ausgesucht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 7. März 1990, also heute vor 23 Jahren hat mich Frau Landtagspräsidentin Johanna Preinstorfer hier im Hause als Abgeordneten angelobt. Ich weiß es daher sehr zu schätzen, dass sie und der damalige Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck auch heute hier anwesend sind. Ich darf sie ganz, ganz herzlich begrüßen.

In der Zwischenzeit bin ich zum dienstältesten Abgeordneten dieses Hauses herangereift und ich werde diese Bürde, die ich bisher alleine getragen habe, dann beim nächsten Mal an vier weitere Kolleginnen und Kollegen übergeben können, die alle im Oktober 1991 Mitglied des Landtags geworden sind. Für mich kann ich nur feststellen, dass es notwendig ist, hier zu einer Verjüngung zu kommen. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass eine tüchtige, junge Dame aus Freinberg im Bezirk Schärding, Frau Barbara Tausch am 18. April 2013 mein Landtagsmandat übernehmen wird. Sie wohnt so nahe an der bayerischen Grenze, dass man das schon an ihrer Aussprache erahnen kann. Aber ich glaube, das wird zum europäischen Flair im diesem Hause beitragen.

31 statt 62 lautet dann das Motto, was unser Alter betrifft. Mit ihrem Einzug in den Landtag wird sich auch das derzeitige Verhältnis im Landtag 24 zu 32 auf 25 zu 31 zugunsten der Frauen hier im Hause, für manche Männer vielleicht bedrohlich, in Richtung 50 Prozent weiter verschieben. Ich freue mich darüber, dass wir damit den höchsten Frauenanteil aller österreichischen Landtage bei uns in Oberösterreich weiter ausbauen können.

Nur einen nicht ganz ernst gemeinten Appell möchte ich an unsere Kolleginnen heute schon noch richten. Frauen aller Parteien, verbündet euch nicht gegen die Männer hier im Hause, auch dann nicht, wenn ihr demnächst die absolute Mehrheit besitzen werdet. Seid gut zu den männlichen Kollegen, so wie sie immer gut zu Euch waren, sind und immer sein werden.

Sehr geehrte Damen und Herrn! Seit rund 40 Monaten darf ich das Amt des Landtagspräsidenten ausüben, ein wirklich schöner Abschluss meiner langjährigen Abgeordneten-Tätigkeit. Ihr alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, habt dazu

beigetragen, dass ich diese Funktion mit großer Freude, ja mit Begeisterung wahrnehmen konnte. Ihr habt mich einstimmig in dieses Amt gewählt und mir dank des guten oberösterreichischen Klimas Ordnungsrufe in diesem Hause erspart. Ich bedanke mich heute bei euch und bei allen Wegbegleitern und möchte stellvertretend dafür unseren Klubobmann Hans Brait nennen, der heute auch mit dabei ist. Ich danke allen, mit denen ich in den 40 Jahren meiner politischen Tätigkeit und in den 23 Jahren hier im Landtag vertrauensvoll zusammenarbeiten konnte.

Besonders freut es mich und das möchte ich ausdrücklich erwähnen, dass heute auch meine langjährigen Kollegen Gstöttner und Weinzinger anwesend sind. Wir waren viele Jahre Bezirksvorsitzende unserer drei Parteien und haben für unseren Bezirk Schärding gemeinsam fast alles erreicht, was wir erreichen wollten. Natürlich waren wir nicht immer einer Meinung, aber die Chemie hat gestimmt und es hat von keiner Seite, und ich glaube das ist in der heutigen Zeit doch etwas Besonderes, in all den Jahren persönliche Angriffe gegeben. Dafür bedanke ich mich. Und wir hoffen, glaube ich, alle drei, dass es unser dichtgedrängter Pensionisten-Terminkalender demnächst endlich einmal erlauben wird, dass wir gemeinsam ein gutes Gläschen auf die alten Zeiten trinken können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Große Anliegen als Landtagspräsident waren und sind mir unter anderen:

Die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Oberösterreichischen Landtags, um seine Notwendigkeit in unserem föderalen Staat den Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder nahe bringen zu können.

Die Information über die persönliche Arbeit und den Einsatz unserer Abgeordneten nicht nur hier in Linz, sondern besonders auch in ihren Heimatgemeinden, -bezirken und -wahlkreisen und darüber hinaus über ihre ehrenamtlichen Funktionen, die sie bekleiden.

Der Kontakt zu den Ehrenamtlichen in unserem Lande, vor deren unbezahlbaren Leistungen ich den allerhöchsten Respekt habe und denen wir gar nicht oft genug unsere Wertschätzung zeigen können, das war mir ein besonderes Anliegen.

Ebenso die Zusammenarbeit aller neun Landtagspräsidentinnen und -präsidenten und der Bundesländer zur Stärkung eines modernen Föderalismus in Österreich, denn ich bin überzeugt davon, Föderalismus, ein an und für sich schwieriges Wort, kann man am einfachsten so definieren: Föderalismus = Demokratie plus Bürgernähe.

Die Reform und Stärkung des österreichischen Bundesrates als wichtigstes Organ der Länder auf der Bundesebene sollte uns gemeinsam ein wichtiges Anliegen sein.

Mit einem Blick in die Zukunft sage ich ein ganz klares Ja zu sinnvollen Reformen, die eine derzeitige Situation verbessern können. Derartige gute Vorschläge finden sich zum Beispiel in den Protokollen des Österreich-Konvents, in dem sich meine Vorgängerin Angela Orthner besonders engagiert hat. Ein klares Ja auch zu neuen Formen der verstärkten Zusammenarbeit unter unseren oberösterreichischen Gemeinden.

Nein sage ich jedoch zu sogenannten Reformen, wie sie uns immer wieder einzelne Interessensvertretungen und Medien empfehlen, die mittel- und langfristig auf eine Zwangsauflösung unserer geschichtlich gewachsenen, sehr bürgernah agierenden Klein- und Mittelgemeinden hinauslaufen, in denen sich die Menschen wohl fühlen und im höchsten Maße bereit sind, sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger auch ehrenamtlich einzusetzen. Nein auch zur Auflösung unserer Bezirkshauptmannschaften als bürgernächste Stellen unserer Landesverwaltung in allen Regionen von Oberösterreich, die Beamte und Bürger sonst zu Pendlern nach Linz machen würden.

Und Nein zur ständigen Infragestellung der Landtage und somit der Bundesländer in Österreich. Ich glaube einfach nicht daran, dass ganz Österreich nur mehr von Wien aus besser, billiger oder gar bürgernäher regiert werden könnte.

Derartige Eingriffe würden das Kind mit dem Bade ausschütten. Noch dazu können sich die Strukturen Oberösterreichs im Vergleich der Bundesländer durchaus sehen lassen: Wir haben den weitaus kostengünstigsten Landtag in Österreich, wir haben nach Niederösterreich den kleinsten Landtag bezogen auf die Einwohnerzahl. Die Steiermark wird auch nach der vielgelobten Reform noch immer hinter uns liegen. Wir haben den Landtag, wie bereits gehört, mit dem höchsten Frauenanteil, und wir haben eine gesunde Gemeindestruktur. Auch der Vergleich mit der Steiermark macht uns sicher. Oberösterreich hat 444 Gemeinden bei 1.417.000 Einwohner. Die Steiermark hat 539 Gemeinden bei 1.216.000 Einwohner.

In diesem Sinne erlaube ich mir abschließend, noch einige, wenige Bitten an Euch zu richten. Ich tue dies hier und heute, weil ich nicht vorhabe, mich später noch durch Wortmeldungen von außen wichtig zu machen. Davon halte ich nämlich gar nichts. Hier also meine Bitten an Euch:

Tut Euer Möglichstes zur Stärkung und Erhaltung unserer selbständigen Gemeinden. Wir brauchen keine von oben angeordneten Zwangszusammenlegungen. Stimmt daher, wenn es einmal aktuell werden sollte, der Auflösung einer Gemeinde nur dann zu, wenn auch deren Bevölkerung das mehrheitlich will.

Setzt Euch für einen modernen Föderalismus mit starken Bundesländern in unserer Republik ein, denn am Beispiel Oberösterreich möchte ich sagen: Ohne Landtag wären wir ein Land ohne gewählte Mandatäre aus unseren Gemeinden, Bezirken und Vierteln, die auf Landesebene die Sorgen, Anliegen und Ideen der Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten. Das wäre schlicht und einfach Politik ohne Bürgernähe.

Unterstützt bitte auch die dringend notwendige Reform und sichert damit die Zukunft des österreichischen Bundesrates als zweite Kammer und Interessensvertretung der Länder in der Bundesgesetzgebung in etwa nach deutschem Vorbild.

Bleibt selber als Ehrenamtliche aktiv, das dient auch der Glaubwürdigkeit der Politikerinnen und Politiker, und unterstützt bitte weiterhin, wann und wo immer es möglich ist, die Ehrenamtlichen in unserem Lande nach besten Kräften.

Und nicht zuletzt: Erhaltet Euch den guten Geist der konstruktiven Zusammenarbeit und auch der persönlichen, kollegialen Kontakte in diesem Hause, denn miteinander geht fast alles, gegeneinander fast nichts. Ein gutes Beispiel dafür ist heute schon mehrfach genannt worden. Das ist das derzeitige, gemeinsame Eintreten für eine medizinische Fakultät in Linz und dieses Eintreten, da bin ich mir ganz sicher, wird auch von Erfolg gekrönt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich werdet Ihr ab dem 18. April 2013 hauptsächlich an der Donau finden, wo ich meine ehrenamtliche Funktion als Vorsitzender der Tourismus Werbegemeinschaft Donau Oberösterreich für unsere 42 Mitgliedsgemeinden wahrnehmen werde, auch im Rahmen der ARGE Donau Österreich in der die drei Donaubundesländer vereinigt sind und der großen EU-Donauraumstrategie. Hier gibt es große Chancen und unglaublich viel zu tun. Und daher habe ich keine Angst, dass ich in nächster Zeit einen Pensionsschock zu befürchten habe.

Euch allen wünsche ich abschließend viel Freude und Erfolg, vor allem aber Gesundheit, ich glaube das ist immer noch das Wichtigste, bei Eurer Arbeit für unsere Oberöreicherinnen und Oberöreicher. Ich danke Euch ganz herzlich und ich wünsche Euch für die Zukunft

alles, alles Gute. (Beifall im ganzen Haus. Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen. Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Zweite Präsidentin: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Friedl! Wir danken dir für deine Worte. Wir werden die Bitte, die du formuliert hast mitnehmen für die Zukunft. Wie eine Abschiedsrede es immer so in diesem Hause hat, gibt es eine Menge Menschen, die dir danken möchten. Auch du wirst nicht verschont bleiben in diesem Reigen. Ich darf beginnen und freue mich sehr und erteile Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer das Wort.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Präsident Bernhofer, lieber Friedi, liebe Familienangehörige, Freunde und Weggefährten auf der Galerie, mit seiner Gattin an der Spitze, hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es war jetzt für dieses Haus ein erhebender Augenblick, als unser erster Präsident seine letzte Rede gehalten hat. 22 Jahre in diesem Haus und ein Politiker fast seit Kindheitstagen mit Leib und Seele. Man kann in einer solchen Stunde ein politisches Engagement und ein politisches Lebenswerk nicht nur in Daten und Fakten festhalten, weil es in einem Fall wie beim Friedi Bernhofer weit mehr ist. Es ist so etwas wie eine Totalidentifikation. Du warst nicht einen Tag unecht in deiner politischen Tätigkeit. Und diese ist lang, denn schon im zarten Alter von 22 Jahren bist du zum Gemeinderat der Gemeinde Engelhartzell angelobt worden. Weil wir zuvor das Wahlrecht verändert haben. Du bist mit 28 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Engelhartzell geworden und du hast von Jugend an bis heute in unserer Gesinnungsgemeinschaft, der Österreichischen Volkspartei, eine Vielzahl von Funktionen inne. Manchen haben halt viele Aufgaben und Funktionen, aber du hast viele Funktionen und füllst sie auch 120 Prozent aus.

Ja, 40 Jahre sind wir Weggefährten. Aber ich sage dazu, 40 Jahre sind wir auch Freunde. Wer den Politiker Friedi Bernhofer zusammenfassen möchte, der wird auf jeden Fall sagen, Bernhofer ist eine starke Stimme für die Menschen in diesem Land. Und so hat er seine Funktion auch immer als Abgeordneter und in den letzten Jahren als Präsident verstanden. Das, was die Menschen draußen bewegt, muss auch hier im Saal die Politik bewegen. Das, was die Sorge und Nöte der Menschen sind, das, was ihre Wünsche sind, das muss artikuliert werden. Dazu sind Abgeordnete da. Dass sie das hineinragen in die aktuelle Politik und dass sie dafür Lösungen suchen. Wie oft hast du dich in den verschiedenen Gremien zu Wort gemeldet und einfach Situationsberichte wiedergegeben, dein Erlebnis wiedergegeben, das du gehabt hast, bei dieser oder jener Begegnung mit den Menschen draußen. Das hat dich stark und echt gemacht, weil du dich mit denen identifizierst, die du zu vertreten hast.

Natürlich, alle bemühen wir uns um Objektivität. Und Objektivität bleibt immer relativ. Die Innviertler hast immer intensiver vertreten als die übrige Bevölkerung unseres Landes. Nachdem aber alle mit über 100 Prozent vertreten worden sind, haben wir die 130 Prozent Einsatz fürs Innviertel gerne verziehen. Ja, du hast im Innviertel viel bewegt. Du hast in deine Gemeinde relativ bald eine Landesausstellung gebracht, "Die Donau". Du hast dich dann ganz maßgeblich eingesetzt für die erste länderübergreifende Landesausstellung, nämlich "Grenzenlos" in Schärding. Du bist sicher einer der Gründerväter der HTL in Andorf, um ein weiteres Beispiel im Bereich der Bildungspolitik zu nennen. Du warst immer ein Kämpfer für das Krankenhaus in Schärding und seinen Erhalt, der ja gefährdet war. Ein besonders Anliegen war dir St. Bernhard in Engelhartzell. Um nur einige Projekte zu nennen, die dir besonders viel bedeutet haben und die bei dir in der Prioritätenliste ganz oben standen. Natürlich Engelhartzell im Gesamten war dir immer ein besonderes Anliegen. Ich habe schon einmal gesagt, wenn man dem Friedi Bernhofer zuhört und es wären Leute

anwesend, die Oberösterreich nicht kennen, die müssten den Eindruck haben, entweder vor oder hinter Wien muss Engelhartzell kommen. Was die Bedeutung der Weltstädte unserer Republik anlangt. Es ist aber nicht verwunderlich, denn Engelhartzell ist für dich Alpha und Omega in deinem Leben. Das Ende wollen wir nicht prophezeien, denn das soll erst in Jahrzehnten kommen, aber wie ich dich kenne, wirst du ein Engelhartzeller auch für den Rest deines Lebens bleiben.

Du bist dort geboren, hast deine Mutter als Mutter und Volksschullehrerin gehabt. Das ist verschärfend. Das wissen wir aus deinen Erzählungen. Umso mehr freuen wir uns, dass dein hoch betagter Vater heute auf der Galerie anwesend ist, (Beifall) den ich herzlich grüße und der in dieser Stunde wieder einmal ganz besonders stolz auf seinen Sohn sein kann.

Ja, Friedrich Bernhofer und seine starke Stimme für die Gemeinden. Über Engelhartzell hinaus. Dort ist er es doppelt, auch im Männergesangsverein, dem er nach wie vor angehört. Eine starke Stimme für den ländlichen Raum. Warum? Weil er immer davon überzeugt war und überzeugt ist, dass Menschen Heimat brauchen und dass nur die kleine Einheit, die Gemeinde das dem Menschen geben kann, was wir wirklich Heimat nennen, ganz im Sinne von Karl Jaspers, der gemeint hat Heimat ist, wo ich mich wohl fühle. Heimat ist, wo ich mich immer auf die Anderen verlassen kann.

Das ist das Entscheidende, wo ich nie allein bin. Und weil du immer gewusst hast, was es heißt den ländlichen Raum zu entleeren, ihm die Bedeutung zu nehmen, warst du ein Kämpfer für die Erhaltung des ländlichen Raums. Du bist auch eine starke Stimme immer gewesen. Da denke ich zurück an unsere gemeinsame Zeit in der Jungen ÖVP. Du bist immer eine starke Stimme gewesen für die Schwächeren in der Gesellschaft.

Es hat dich immer der christlich soziale Aspekt der Politik besonders bewegt. Es war dir immer ganz besonders wichtig, ich habe bereits auf St. Bernhard verwiesen, dass die Politik in erster Linie für die da ist, die ihre Probleme nicht selbst lösen können. Das kommt auch in deinen Funktionen zum Ausdruck. Zuerst in der Gemeinde als Gemeinderat, als Initiator von St. Bernhard, aber auch als Betriebsratsvorsitzender in der Donaukraftwerke Jochenstein AG, wo du eine kräftige Stimme für die Belegschaft deines Unternehmens gewesen bist.

Nicht unerwähnt bleiben darf dein Engagement für die kleinen Leute, vor allem deine große Sprechtagstätigkeit im Innviertel, im Bezirk Schärding. Ja, wenn man zum Bernhofer gegangen ist, dann hat man gewusst, das Anliegen wird vertreten. In dem Zusammenhang muss man dein Engagement und deinen ungeheuren Fleiß erwähnen.

Du bist ja vom Sternzeichen Zwilling und hast deswegen immer geglaubt, für zwei arbeiten zu müssen. Wenn es nach dem ginge, erklären wir dich heute zum Drilling, denn du hast oft Vormittag, Nachmittag und in der Nacht gearbeitet. Ja, du bist, du hast es selbst gesagt, ein überzeugter Föderalist, auch ein überzeugter Parlamentarier in der Zeit des Abschaffungseifers. Und du hast es heute erneut betont, immer darauf hingewiesen, dass die Arbeit des Abgeordneten sich nicht nur in diesem Raum abspielt, sondern dass der gute Abgeordnete natürlich fachkompetent hier in den Sitzungen, in den Ausschüssen, seine Arbeit zu leisten hat und dass der gute Abgeordnete viel draußen sein muss bei den Leuten, damit er befähigt ist und weiß, was er hier herinnen zu vertreten hat. Ja, Friedrich Bernhofer, ich danke dir, auch persönlich, für 40 Jahre Freundschaft. Was macht den Friedi Bernhofer, um zum Schluss zu kommen, letztlich aus? In Analogie zu einem großen Buchtitel würde ich sagen Friedi Bernhofer ist ein Mensch mit Eigenschaften, mit Charakter, mit Verlässlichkeit,

mit Gesinnungs- und Werttreue auf einem starken Wertefundament stehend, einer der zu seinem Wort steht, das er gibt.

Einer, der mit grenzenlosem Engagement und Fleiß ausgestattet ist, aber auch mit hoher Kompetenz, Sachkenntnis, große Gründlichkeit, was oft auch in der Länge der Reden zum Ausdruck gekommen ist. Er ist einer, bei dem der Humor nie zu kurz gekommen ist. Die Liebe zu Gesang, Essen und Trinken, das hat er nie bestritten.

Vor allem ist aber der Friedi Bernhofer ein loyaler, ehrlicher und guter Freund, der nicht nur beim Sonnenschein da ist, sondern der auch da ist, wenn es regnet oder wenn der Wind ordentlich weht. Natürlich gibt es immer solche Situationen. Es war für dich nicht einfach, als wir die Spitalsreform in Braunau und in Schärding vor allem zu vertreten hatten.

Es war für dich nicht lustig, wie das Bezirksgericht von Engelhartzell aufgelöst wurde, um nur ein paar Stationen zu nennen. Wir haben diskutiert, wir haben die Dinge ausgeredet und wir haben immer mit deiner Loyalität rechnen können. Das ist nicht selbstverständlich. Dafür ein herzliches Dankeschön. In dieses Dankeschön schließe ich auch deine liebe Gattin die Irmi, die ganze Familie mit ein, denn einer kann nur so wirken, wenn seine Familie, seine engsten Menschen auf dieser Welt, dazu stehen und ihm den Rücken stärken. Danke liebe Irmi, danke Familie!

Lieber Friedi, Funktionen und Ämter wechseln und enden. Unsere Freundschaft wird sicher bleiben. Alles Gute. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz.

Abg. **Dipl.-Päd. Hirz:** Ja, sehr geehrter Herr Präsident, und jetzt sage ich etwas, was ich in diesem hohen Haus noch nie gesagt habe an dieser Stelle, lieber Friedrich! Nach 40 Jahren in der Politik hast du dich entschlossen in den verdienten Ruhestand zu gehen, wobei ich bezweifle, dass es ein Ruhestand werden wird, weil wenn ich mir ansehe, wie viel ehrenamtliches Engagement du bis jetzt gezeigt hast und du mir ja auch gesagt hast, dass du das ein Stück weiter fortsetzen willst, dann wird es wahrscheinlich ein ehrenamtlicher Fulltime-Job.

Aber der Vorteil wird wahrscheinlich sein, dass du dir selbst ein Stück mehr Raum geben kannst, wo du deine Leidenschaften hin legst und du kannst es ein bisschen besser gestalten. Das ist auch gut so. Zum Beispiel deiner Sangesfreude ein Stück mehr zu frönen bei der Engelhartzeller Liedertafel, und ich glaube, ich kann dir jetzt schon sagen, dass deine Tenorstimme bei den zufälligen Gesangseinlagen nach manchen Landtagssitzungen mit Sicherheit hier in diesem Landhaus schwer fehlen wird.

Das ist mit Sicherheit so, aber ich möchte jetzt nicht nur über die fehlende Tenorstimme im Landhaus reden. Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, hier meine und unsere Wertschätzung dir gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Du warst wirklich ein sehr engagierter Präsident für einen selbstbewussten Landtag. Du bist ein absolut kompetenter Föderalist. Du hast dich mit großem Fachwissen, mit Überzeugungskraft und Ausdauer für die Interessen der Länder eingesetzt, vor allen Dingen für Oberösterreich und du hast die Bedeutung des Föderalismus für das Staatsgefüge und für die Bevölkerung immer wieder in das Zentrum gerückt.

Das ist mit Sicherheit eine harte Pionierarbeit, vor allen Dingen, wenn man das Wiener Pflaster kennt und dafür möchte ich dir ganz herzlich an dieser Stelle danken. Du warst ein engagierter Präsident. Du hast viel dafür getan, dass der Landtag jetzt ein offenerer, ein bürgernäherer, ein einladender Landtag geworden ist.

Mir ist natürlich der Folder in Erinnerung, ein eigener Landtagsfolder, ein Logo wurde entwickelt. Wir haben einen Informationsfilm über den Landtag bekommen. Es ist eine eigene Homepage gestaltet worden und es ist dir wirklich gelungen, die Landesbürgerinnen und -bürger entsprechend direkt anzusprechen und du hast ihnen Lust darauf gemacht, etwas mehr über diesen Landtag zu erfahren. Du hast in diesem ganzen Prozess auch immer darauf geachtet, dass jeder Landtagsklub entsprechend eingebunden ist, dass jeder Landtagsklub mitarbeiten kann und dafür sage ich ganz herzlichen Dank und das ist auch keine Selbstverständlichkeit.

Du bist für mich niemals müde geworden. Du hast die Bedeutung eines selbstbewussten unabhängigen Landtags in seiner erstens gesetzgebenden Aufgabe und Funktion sowie in seiner kontrollierenden Aufgabe für die Demokratie immer hervorgehoben. Für mich hast du die Sitzungen souverän geleitet. Du hast dich eigentlich nie wirklich irgendwie aus der Ruhe bringen lassen und du hast keine Ordnungsrufe gegeben, obwohl du doch manchmal auch ein Stück durchgegriffen hast, aber das war immer charmant und es war immer auch mit ein bisschen einem Augenzwinkern.

Deine Präsidentenreden waren immer feierlich, waren der Würde dieses Hauses angepasst und waren aber immer auch ein Stück gewürzt mit Humor und vielen Zitaten. Dafür herzlichen Dank.

Jetzt möchte ich hinter dem Ersten Präsidenten auch noch ein bisschen den Menschen Friedrich Bernhofer beleuchten. Ich habe dich immer als einen aufgeschlossenen und integrativen Menschen erlebt. Mir ist noch in Erinnerung, wie ich im Oktober 2003 zum ersten Mal in dieses hohe Haus gekommen bin, das meine erste Landtagssitzung war und du auf mich erfrischend zugekommen bist. Wir haben auch immer eine sehr, sehr gute Gesprächsebene miteinander gehabt und du hast in dieser Situation, wo wir eine schwarz-grüne Koalition gegründet haben und dieses Experiment ja auch doch sehr misstrauisch von manchen beobachtet und beäugt worden ist, etwas getan, was du auch heute schon getan hast, nur die Farben sind etwas anders.

Du hast heute einen roten Engelhartszeller Magenlikör uns auf die Plätze gestellt. Du hast damals den grünen Abgeordneten, dem Landesrat, einen schwarz-grünen Nusslikör als Begrüßungsgeschenk auf den Platz gestellt und das ist mir in Erinnerung geblieben. Ich möchte mich natürlich für diesen schwarz-grünen Nusslikör ganz herzlich bedanken und habe mir gedacht, da muss ich mich revanchieren mit einem sehr guten klaren Schnaps, nämlich einer grünen Williamsbirne auf schwarzem Etikett von Reisetbauer. Er möge dir entsprechend munden.

Ich habe einmal die Ehre gehabt nach Engelhartszell in Vertretung von Rudi Anschober zu kommen. Wir haben eine Eröffnung vorgenommen und ich habe gemerkt, dass du dich wirklich gefreut hast, dass ich nach Engelhartszell gekommen bin und du hast mir viel gezeigt. Es war ein wirklich schöner Tag und du hast mir drei Bücher über Engelhartszell mitgegeben, ungefähr in dieser Höhe und ungefähr in der Größe.

Sie stehen heute noch in meiner Bibliothek, durchgeblättert und schräg gelesen. Ich möchte mich natürlich auch in diesem Sinne revanchieren. Du bist ja, zumindest wirst du so genannt, der stolze Donaufürst. Du hast ja selbst aufgezählt deine Funktionen bei der Tourismuswerbegemeinschaft und bei dem Verein Kultur an der Donau. Du bist ja, soweit ich das weiß, auch ein Bewunderer der Donaunixen und ein Freund humoriger Worte. Insofern möchte ich dir natürlich auch den Gedichtband Schöne Nixen knixen von Joachim Ringelnatz geben, es möge dir Spaß machen und du mögest entsprechende Ideen für deine weitere Arbeit an der Donau auch mitnehmen.

Ich wünsche dir genügend Zeit für dich und deine Familie. Ich hoffe, dass du einen guten Geschmack findest an dem Tropfen, den ich dir gebe und dass du im Garten, den du ja sehr liebst, den Ringelnatz vielleicht lesen kannst. Vielleicht sehen wir uns auch in Engelhartzell einmal wieder. Es würde mich freuen. Ich wünsche dir im Namen des grünen Klubs und von Landesrat Anschöber das Allerbeste für die Zukunft. Viel Gesundheit, viel Glück, einen nicht allzu stressigen Unruhestand. Ich möchte mich ganz, ganz herzlich für die wirklich gute Zusammenarbeit mit dir bedanken. (Beifall. Klubobmann Hirz überreicht Präsident Bernhofer eine Flasche und ein Buch.)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Präsident, lieber Friedl! Jetzt spricht einer, der kommt sich furchtbar alt vor. Einer von den vieren der nächstältesten Generation. Heute in der Früh, als ich mich im Spiegel gesehen habe, habe ich mir gedacht, so alt wäre ich doch noch gar nicht. Du erinnerst mich also jetzt mit gewaltigen Schritten daran.

Der Herr Landeshauptmann als Parteiobmann vom Friedl hat eigentlich seine Leistungen hier schon besonders hervorgehoben und es steht mir nicht an, hier ergänzend das anzufüttern. Es ist auch nicht notwendig, denn in dieser langen Zeit, seit 1991, wo wir uns kennen gelernt haben, wo ich auch den Menschen kennen lernen durfte, weil letztlich geht es hier herinnen immer nur um den Mensch, wir haben viel erlebt, sei es im Tourismusrat beispielsweise oder sei es in vielen Reisen, die uns durch Europa gebracht haben. Zuletzt die unvergessliche Reise jetzt noch in die Schweiz unter deiner Führung. Das lässt einfach den Menschen näher bringen.

Da bin ich ein bisschen traurig. Du warst ein großartiger Präsident und eigentlich leiden wir fast, dass du so jung schon gehst. Aber dein Lebensweg hat gezeigt, all das, was du hier gemacht hast, ist dir nicht in den Schoß gefallen und das beweist, dass man in der Politik nur dann tatsächlich erfolgreich sein kann, wenn man hart arbeitet, von Beginn an bis zuletzt.

Du hast eigentlich viel zustande gebracht und das innerhalb sehr kurzer Zeit. Gottfried Hirz hat es schon angesprochen, zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags zu koordinieren. Die vier Klubobleute, Männer am Anfang und Leute später, quasi auf einen gemeinsamen Film, auf eine Homepage zu bringen. Das ist etwas, was wirklich nicht einfach war und es ist dir gelungen. Gratulation noch einmal.

Du hast für den Oö. Landtag, für die Öffentlichkeitsarbeit, dich rund um das Haus hier auch schon von unten beginnend verewigt. Das ist wirklich schwierig gewesen, alle unter einen Nenner zu bringen. Mir gefällt das auch, wie du Föderalismus lebst. Es ist angesprochen worden. Natürlich als Bürgermeister mit einem besonderen regionalen Bezug.

Du bist Föderalist. Du liebst die Menschen, deine Region und das spürt man. Das macht dich authentisch und diese Authentizität war auch sicherlich wegbegleitend für dich. Mir gefällt es genauso, wie du Traditionalist bist und es war schon bezeichnend, wieder unter Führung natürlich, das weiß ich jetzt nicht genau, des Herrn Landeshauptmanns oder des Ersten Präsidenten, unter Begleitung des Dritten Präsidenten ihr gemeinsam im Arkadenhof gesungen habt, wo dann Touristen gemeint haben, da ist ein Konzert irgendwo im Landhaus. Es war eigentlich nur das Verabschieden in die Sommerpause, wo unsere wirklich begnadeten Sänger im Landtag und mit der Regierung gemeinsam die Stimme erhoben haben.

Es ist aber auch deine Offenheit, wenn man international mit dir unterwegs war. Dieses Traditionsbewusstsein, die Regionalität, diese Heimatbezogenheit und gleichzeitig die Offenheit die wahrscheinlich auch die Donau, die dich geprägt hat, wo du über Grenzen mit Passau immer bestens zusammengearbeitet hast.

Lutz Weinzinger hat gesagt, ich weiß ja nicht, ob du mehr Freunde im Innviertel oder in Passau drüben hast, weil du wirklich entsprechend in der Region verankert warst. Du hast immer Werte vertreten und du hast eine Handschlagqualität für alle gehabt, wo ich dich bewundert habe.

Es war nicht immer leicht und ich sage, manchmal macht ein in der Opposition stehender Klubobmann dem Ersten Präsidenten nicht immer nur Freude. Aber trotzdem, dein Bemühen hier über alle Fraktionsgrenzen einen Konsens zu finden war einfach großartig. Dafür kann ich dich nur bewundern und den tiefsten Respekt der freiheitlichen Fraktion auch ausdrücken, dir im Namen von meinem Landesparteiobmann Dr. Haimbuchner und im Namen der gesamten Fraktion alles, alles Gute wünschen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir dich in deinem Unruhestand noch oft sehen werden, vielleicht auch bei dem gemeinsamen Bezirksobmännergläschen, das da angekündigt worden ist vom Lutz Weinzinger, Gstöttner und den ganzen Funktionären deiner Region. Auch ich bin immer sehr gerne in deine Region gekommen, weil man manchmal ganz gerne aus der Stadt ein bisserl raus kommt. Da sieht man noch Dinge, die es halt bei uns im städtischen, urbanen Raum nicht mehr so selbstverständlich gibt. Pass auf deine Heimat weiter so auf wie du es jetzt gemacht hast. Alles, alles Gute für dich und deinen Unruhestand! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wir setzen mit den Dankesworten fort und ich darf weiters Frau Klubobfrau Mag. Gertraud Jahn das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geschätzter Herr Präsident, werte Familie, liebe Freunde unseres Ersten Präsidenten! Sie haben ja angekündigt, dass Sie weiterhin den Donautourismus führen werden und man kann damit sagen, der Donaufürst kehrt nun in seine Fluten zurück. Und ich bin ja eine Mauthausnerin und kenne Sie aus dieser Funktion des Donaufürsten heraus in Wahrheit ja wesentlich besser als als Abgeordneten. Mauthausen liegt ja auch bekanntlich an der Donau und da wurden Sie einfach durchgängig immer auch entsprechend auch aktiv erlebt.

Als Präsidenten habe ich Sie sehr konstruktiv erlebt. Ich bin ja noch nicht so lange Klubobfrau, erst ein Jahr. Ich habe auch mit meiner Kollegin, der Zweiten Landtagspräsidentin geredet, wie sie Sie denn auch bezeichnet. Die sagt sehr kollegial und sie hat sogar die Aussage getroffen, ein Gentleman. Also ein Gentleman und ich glaube ich

kann das als Frau hier auch nur bestätigen. In der Präsidialkonferenz waren Sie auch immer sehr ausgleichend. Es ist halt doch das Zeichen eines Bürgermeisters, der versucht die Leute alle möglichst in das Boot zu holen, immer um Verständigung bemüht. Und es war daher immer auch ein relativ gutes Klima. Auch wenn manchmal der Günther Steinkellner ein bisserl einen Wirbel gemacht hat. Aber wir waren glaube ich als Klubobleute immer sehr manierlich und am Ende sind wir immer mit vernünftigen Ergebnissen herausgekommen.

Ein paar Punkte, die mir besonders aufgefallen sind: Man könnte sagen, Marketing war Ihre Schwäche nicht. Es ist glaube ich Ihnen gelungen, also so viele Bilder wie es von einem Ersten Landtagspräsidenten wie Ihnen gibt, hat Ihre Vorgängerin wahrscheinlich in zwanzig Jahren nicht geschafft. Aber Sie haben es einfach damit auch geschafft, dass der Landtag sichtbarer wird, nach außen hin sichtbarer wird. Und das ist gerade in so einer Situation wie wir jetzt sind, wo doch Kritik immer von allen Seiten kommt, der Druck von allen Seiten kommt, schon sehr, sehr wichtig und die Initiativen sind ja schon angesprochen worden, von der neu gestalteten Homepage über den Film, über die Folder, über das Empfangen der Besucher und so weiter und so weiter. Also das war, glaube ich, ein wirklich sehr, sehr wichtiger Beitrag und vielleicht noch eine Eigenheit die mir aufgefallen ist, Sie waren auch ein sehr eigenständiger Präsident. Man könnte fast sagen unkonventionell. Beispielsweise hat es dann auf einmal wieder Präsidentenveranstaltungen gegeben, von denen wir gar nichts gewusst haben oder auch nicht eingeladen waren, oder sogar eine Präsidentenreise hat es dann gegeben nach Berlin. Da haben wir dann aber geschaut, wir Klubobleute, wie dann die Präsidenten alleine ins Ausland gefahren sind. Das haben wir natürlich ein zweites Mal nicht zugelassen und in die Schweiz sind natürlich auch dann die Klubobleute mitgefahren. Das kann ja dann doch nicht angehen, dass sich die Präsidiale da völlig verselbständigt.

Aber gerade auch forsches Vorgehen bringt einfach weiter und das haben Sie gezeigt. Das war bisher eigentlich aus meiner Sicht die erste Phase, wo wirklich sehr offensiv das Vernetzen mit anderen Regionen stattgefunden hat. Das glaube ich hat es vorher in diesem Maße nie gegeben und ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Fortschritt. Ich darf Ihnen namens der sozialdemokratischen Fraktion und namens unserer Regierungsmitglieder, die sich leider jetzt entschuldigen mussten, wirklich alles, alles Gute für diesen neuen Lebensabschnitt wünschen, viel Glück, viel Freude und viel Gesundheit und darf zum Abschied ein Tröpferl Roten schenken, denn ich weiß die Schwarzen mögen auch einen guten Roten. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Den Reigen beschließt sozusagen dein Klubobmann, und ich darf Herrn Klubobmann Thomas Stelzer das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, geschätzte Gäste, die zu Ehren unseres Präsidenten Bernhofer heute gekommen sind, vor allem liebe Familie Bernhofer, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Fried!! Durch und durch Demokrat, das haben wir heute zu Recht schon öfters gehört und trotzdem trägst du Fürst als zweiten Namen. Daher möchte ich nicht beim Fürsten anknüpfen, sondern lieber bei der Donau, für die du ja ganz besonders lebst und aktiv bist, und zwar weil sie ein schönes Symbol für mich in sich trägt, das auch auf dich und deine Tätigkeit gut passt. Die Donau verbindet ja sehr viele Staaten und hat diese Staaten auch verbunden, als zwischen ihnen eigentlich noch hermetisch abgeriegelte Grenzen waren, Eiserne Vorhänge, wie das genannt wurde. Die Donau war trotzdem auch damals das verbindende Glied und ein Dauerverbinder bist eigentlich auch du immer gewesen in der Politik. Du hast immer zusammengeführt, bist auf die Menschen zugegangen, sehr respektvoll und das nicht nur erst in diesen dreieinhalb

Jahren deiner Präsidentschaft hier im Hause, sondern auch als Bürgermeister über zwei Jahrzehnte und natürlich auch seit 1990 hier im hohen Haus generell als Mitglied des Landtags.

Und da hast du dadurch vieles bewirken, vieles auch erreichen können, wofür wirklich auch herzlich Danke zu sagen ist, in diesen letzten dreieinhalb Jahren. Und das ist natürlich herausgestrichen worden. Es war ganz besonders die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Haus dein großes Anliegen, in Fortführung dessen, was deine Präsidentinnenkollegen vor dir hier schon grundgelegt haben und natürlich auch aus Marketinggründen, ja selbstverständlich in Zeiten wie diesen. Aber ich glaube und das hat man bei dir immer gespürt, aus einem ganz tiefen Bewusstsein heraus, wenn wir, was wir offensichtlich alle sind, der Überzeugung sind, dass die demokratische Organisation unseres Zusammenlebens die beste Form ist, wie wir unsere Gemeinschaft organisieren können, die Form der gewählten Volksvertretung, dann müssen auch gerade wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter für diesen Landtag auch immer wieder Werbung machen. Im Sinne dessen dass wir uns ständig hinstellen vor die Bürgerinnen und Bürger und nicht nur einmal alle sechs Jahre uns dankenswerterweise einen Auftrag abholen und uns dann nicht anschauen lassen, sondern immer wieder hinstellen, sagen was unsere Herausforderungen sind, was wir erreichen können, wo auch unsere Grenzen sind und somit auch die Leute ständig hereinholen. Und das wird besonders dann wichtiger, das weiß ich deshalb, weil du ja auch ein überzeugter Europäer bist, je stärker der europäische Zusammenführungsprozess voranschreitet. Gerade da wird diese demokratische Organisation und die Vertretungsarbeit auf der lokalen und auf der regionalen Ebene, wie in einem Landtag, noch wichtiger.

Und zur Öffentlichkeitsarbeit gehört natürlich all das, was angesprochen wurde, vom Film über Broschüre bis hin zu diversen Bildern und, und, und. Das beste Werbemittel sind aber wahrscheinlich wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter selber, ob man uns wahrnimmt und wie man uns wahrnimmt. Und so gesehen ist das beste Werbemittel für den Landtag eigentlich der Präsident Friedrich Bernhofer, quasi die lebende Litfaßsäule für den Oberösterreichischen Landtag, wobei ich nichts über seine Körperstatur gesagt haben will. Du bist wirklich der Inbegriff dessen, und der Herr Landeshauptmann hat das ausgeführt, was man als aktiven Volksvertreter verstehen kann, der dieses Amt auch ausfüllt und lebt, immer firm und kompetent in der Sache, in den letzten Jahren natürlich aufgrund deines Amtes ganz besonders in Verfassungs-, Geschäftsordnungs- und Wahlrechtsfragen. Aber ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass du in Zeiten, als der Herr Landeshauptmann Baureferent war, der Vorsitzende des Bauausschusses warst und damals sehr sachkompetent auch eine große Baurechtsnovelle mit in die Wege geleitet hast. Du bist super fleißig, ständig unterwegs, einerseits um zu vermitteln, was wir hier herinnen besprechen, was uns bewegt, aber noch viel mehr um auf der anderen Seite zu erfahren was die Leute bewegt und wo wirklich die Druck- und Angelpunkte sind.

Du bist geerdet im Sinne dessen, dass du überall mit dabei bist, ganz besonders auch dort, wo du zuhause bist, dich einbinden lässt, natürlich in der höchsten Form als Bürgermeister. Aber du warst ja in vielen, vielen anderen Vereinen auch tätig und bleibst es nach wie vor. Und das möchte ich besonders auch erwähnen, du bist auch ein Motivator, wenn es darum geht mitzutun, zum Beispiel in den letzten Jahren deine Ehrenamtsaktivitäten, deine Bereisungen durch die Bezirke. Du hast auch immer für politischen Nachwuchs gesorgt, du hast es ja heute schon erwähnt, dir wird eine junge Dame nachfolgen, wo ja du nicht ganz unschuldig daran bist. Du hast ja in deiner Nachfolge als Bezirksparteiobmann für junges, frisches Blut gesorgt und was glaube ich das Tüpfelchen auf dem I ist, weil das ja die kritischste Klientel generell ist, du hast sogar für politischen Nachwuchs in deiner Familie

gesorgt, deine Kinder sind deinem politischen Vorbild auch gefolgt und engagieren sich auch politisch. Das ist ja nicht immer ausgemacht, wo Politikerinnen und Politiker zuhause sind. Und so gesehen bist du einfach ein Vorbild gewesen und bleibst es Friedl.

Du bist, und das darf ich etwas pathetisch sagen, aber es kommt von Herzen, du bist wirklich ein Glücksfall für diesen Landtag gewesen, für den Föderalismus, für die Volksvertretung, du bist ein Glücksfall fürs Innviertel, das muss ich als Linzer neidlos anerkennen, du bist aber auch ein Glücksfall für uns als ÖVP, als Freundeskreis in deinem Landtagsklub, in der Regierungsmannschaft, weil du immer auch nicht nur Freundschaften gestiftet hast, sondern sie auch gepflegt hast, dafür gesorgt hast.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Parteien! Jetzt könnt ihr euch vorstellen, wenn er mit euch schon singt, was er dann mit uns alles so aufgeführt hat in diesen Zeiten. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Ja erzähl!") Es gibt ja leider ein schriftliches Protokoll dann. In diesen Dank möchte ich ganz besonders auch die Irmi mit einschließen, die ja bei vielen Anlässen auch immer mit dabei war und all diese sozialen, zusammenführenden, gemeinschaftsstiftenden Aktivitäten natürlich mit unterstützt und mit gepflegt hat.

Wenn einer was zu sagen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann braucht er viele Worte und auch ein gerüttelt Maß an Zeit. Und es ist ja legendär, es ist ja heute schon sehr vornehm angeklungen. Wenn der Herr Präsident Bernhofer seine Statements oder seine Bemerkungen oder seine Reden eingeleitet hat mit der Wortfolge, "nur ganz kurz", dann hat man gewusst, es ist das einzige Mal, wo man ihn nicht beim Wort nehmen kann und darf. Denn dann konnte man sich entspannt zurücklehnen und ein paar durchaus sehr gewandt vorgebrachten Gedanken folgen.

Und daher möchte ich bei diesem Wort auch anschließen lieber Friedl! Als Zeichen unseres Respekts vor deiner wirklich großen politischen Tätigkeit und deinen Leistungen, auch als unsere Anerkennung dessen, wie du die politischen Ämter gelebt und erfüllt hast, aber auch als Zeichen unserer Dankbarkeit für Vieles und vor allem der Freundschaft machen wir dir jetzt ein Geschenk, das ich dir dann gleich wieder wegnehmen muss. Aber nicht, weil wir es dir nicht vergönnt sind. Das ist nämlich eine Sammlung jener Worte, die durch deine Unterschrift in den letzten dreieinhalb Jahren Rechtskraft erlangt haben. Es ist eine gebundene Sammlung aller Gesetze, die du als Präsident in diesen dreieinhalb Jahren unterzeichnet hast und nachdem ja diese Landtagssitzung noch läuft und wir auch heute eine Novelle beschließen, übrigens wie zu Beginn deiner Bürgermeistertätigkeit wieder eine Wahlrechtsnovelle, wobei über den Inhalt sprechen wir heute nicht, denn der trifft auf dich ganz und gar nicht zu, die darin noch Eingang findet.

Lieber Friedl! Wir sagen dir herzliche Gratulation, Anerkennung und Respekt vor deiner viel beachteten, auch über die Grenzen hinaus, wenn ich an unsere bayerischen Freunde denke, deiner politischen Leistungen und deinen Ämtern. Wir bedanken uns ganz, ganz herzlich für das Viele, was wir auch heute nicht in Worte fassen konnten und umreißen konnten und wir wünschen dir natürlich weiterhin alles, alles Gute, viel Freude, Erfüllung, natürlich Gesundheit und, auf was wir uns besonders freuen, sind ganz viele Wiedersehen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich danke allen und darf also auch noch einmal in meinem Namen aber auch im Namen des Dritten Präsidenten dir ganz, ganz herzlich danken für die gute Zusammenarbeit, für die sehr kollegiale Zusammenarbeit. Und nachdem ja nicht genug

Photos vom Ersten Präsidenten da sein können, würden wir bitten, dass jetzt das gemeinsame Photo mit dem Herrn Landeshauptmann und den Klubobleuten gemacht wird.

Nichtsdestotrotz darf ich Sie aufmerksam machen, dass wir eine weitere Tagesordnung noch haben und noch Einiges an Beilagen zur Beschlussfassung uns vorliegt. Wir kommen zur Beilage 819/2013, es ist dies der Bericht des Kulturausschusses betreffend den Zweiten Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild Oberösterreich und ich bitte Frau Kollegin Dr. Elisabeth Manhal um die Berichterstattung.

Abg. Dr. Manhal: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werthe Präsidentenfamilie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beilage 819/2013, Bericht des Kulturausschusses betreffend den Zweiten Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 819/2013.)

Der Kulturausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Zweite Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild Oberösterreich, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 5. November 2012 (Beilage 769/2012 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags, XXVII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, wird zur Kenntnis genommen.

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung und ich eröffne die Wechselrede und darf Frau Dr. Manhal das Wort erteilen.

Abg. Dr. Manhal: Wer den Bericht gelesen hat wird mir beipflichten, dass er eine eindrucksvolle Bestätigung für die Kulturpolitik in unserem Land ist. Eine Bestätigung, wie sehr Kunst und Kultur bei den Menschen in Oberösterreich verankert sind. Eine Bestätigung, wie gut es gelingt, den unterschiedlichsten Ausprägungen von Kunst und Kultur Raum und Unterstützung zu geben. Hervorheben möchte ich auch die zeitgerechte Vorlage des Zweiten Umsetzungsberichtes sowie die Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit. All das ist nicht selbstverständlich und soll deshalb auch ausdrücklich erwähnt werden.

Bei der Durchsicht des Berichtes hat mich die Kulturstudie 2012 besonders beeindruckt, die für mich eine klare Antwort auf die Frage gibt, wie wirkungsorientiert Kulturpolitik in Oberösterreich ist. So sind 91 Prozent der Bevölkerung davon überzeugt, dass Oberösterreich ein Kulturland ist. Neun von zehn Menschen finden also, dass unser Land den Titel Kulturland verdient. Ein Wert, der uns alle mit Stolz erfüllen sollte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang weiters, dass sich dieser erfreuliche Trend in den letzten Jahren stetig positiv entwickelt hat. Interessant auch der Ausreißerwert aus dem Innviertel, dort liegt er bei fast schon kitschigen 96 Prozent. Die Meinungsforscher führen dies auf die diesjährige Landesausstellung zurück. Das bedeutet, dass Landesausstellungen die Funktion des Türöffners erfolgreich erfüllen. Landesausstellungen gehören damit zu den wichtigsten Boten und Vermittlern von Kulturen, die die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite ansprechen.

Das Kulturleitbild definiert als eine der Herausforderungen für die Zukunft die Kulturvermittlung. Also Kultur zu vermitteln, Menschen für Kunst und Kultur zu interessieren und für die unterschiedlichsten Zielgruppen spannend zu machen und Neugierde zu wecken. Als eine Erfolgsgeschichte der Kulturvermittlung hat sich das Landesmusikschulwerk, das vom damaligen Kulturreferenten Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gegründet wurde, in unserem Land etabliert. Im Jahr 2012 wurden an den oberösterreichischen Landesmusikschulen 57.200 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Unterricht in den

Musikschulen legt den Grundstein für eine lebenslange Beziehung zur Musik und einen offenen Zugang zu Musik und Kultur. Der Besuch der Musikschule ist mehr als das bloße Erlernen eines Instrumentes. Schon Platon hat den Wert der Musik für die Herzensbildung erkannt. Er hat einmal gesagt, die Musik aber ist der wichtigste Teil der Erziehung. Rhythmen und Töne dringen am tiefsten in die Seele und erschüttern sie am gewaltigsten. Die Wirkung der Musik speziell auf junge Menschen prägt die Entwicklung und die Persönlichkeit. Gerade in unserer oft passiven und teilweise oberflächlichen Gesellschaft werden durch Musik Werte wie Tradition, Fleiß und Kreativität vermittelt, die für den einzelnen Menschen, aber auch die gesamte Gesellschaft eine immer wichtigere Rolle spielen.

Ich möchte mich abschließend noch bei allen Kulturschaffenden in unserem Land für ihr Wirken bedanken. Sie sind es, die Oberösterreich bunt und lebendig und attraktiv machen. Genauso auch ein Danke an die Verantwortlichen der Landeskulturdirektion, die Tag für Tag mit Rat und Tat zur Seite stehen und unterstützen. Und schließlich danke für den wirklich klar strukturierten und vor allem inhaltlich so erfreulichen Zweiten Umsetzungsbericht zum Kulturleitbild. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Petra Müllner.

Abg. **Müllner:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Oberösterreich hat ein vorbildliches Kulturleitbild. Es ist nicht nur sehr umfassend und innovativ, es ist auch sehr konkret und bezieht ganz klar Stellung. Von der Kultur- und Kunstförderung über Archäologie, Volkskultur, Aus- und Weiterbildung bis hin zu Medien-, Kinder- und Jugendkultur und Kultur für SeniorInnen, Kultur von und mit MigrantInnen und der Verbindung von Kultur und Wirtschaft werden Standpunkte festgeschrieben. Und diese Themen sind nur beispielhaft genannt. Umso wichtiger und sehr begrüßenswert ist der regelmäßige Umsetzungsbericht, wo uns heute eben der zweite vorliegt.

Der Bericht ist leider nicht ganz so umfassend, wie das Kulturleitbild selbst und lässt für mich auch einige Fragen offen. Es ist zwar durchaus interessant, wie die Oberöreicher und Oberöreicherinnen über ihr Land im kulturellen Zusammenhang denken. Neben dieser dem Bericht beigelegten Kulturstudie, die ja schon erwähnt wurde, bezieht sich der Bericht aber vorwiegend auf die Leuchtturmprojekte bzw. Schwerpunkte der oberösterreichischen Kulturarbeit. Auch das ist durchaus interessant. Was in diesem Umsetzungsbericht des Kulturleitbildes aber aus meiner Sicht fehlt, ist, wie eben das oberösterreichische Kulturleitbild mit seinen konkreten Standpunkten in die Praxis umgesetzt wird. Das heißt, was tut zum Beispiel das Land konkret für die Förderung der Kultur von Frauen, welche Maßnahmen gibt es zu Gender-Mainstreaming im Kulturbereich? Wir wissen ja, die großen Landeskulturpreise sind heuer wieder ausschließlich an Männer gegangen.

Oder auch der Themenkomplex kulturelle Bildung in und außerhalb der Schule wird im Bericht völlig ausgespart. Ein wesentlicher Punkt, der im Umsetzungsbericht ebenfalls keine Erwähnung findet, ist der Bericht Kultur und Medien. Wie wir wissen, ist mit der neuen Technik, ich denke hier an Internet, Handys mit Kamerafunktion, mit Tablets, nicht nur eine Änderung im Bereich Informationsbeschaffung eingetreten, sondern auch im Kulturellen ist bisher Undenkbares möglich geworden. Der Umgang damit wird im Kulturleitbild deutlich angesprochen und die Förderung dieser neuen Kunst- und Kulturrichtung, nämlich die Medienkultur, als Ziel formuliert.

Dieser noch neue, aber deutlich wachsende Themenkomplex, wird im Bericht eben komplett ausgespart. Ich denke, dass dies aber gerade ein Bereich ist, wo von Seiten des Landes noch Handlungsbedarf besteht. Die freien Medien, die nicht nur eine Alternative für Konsumenten und Konsumentinnen zu den kommerziellen Radios bieten, sondern auch im medienpädagogischen Bereich tolle Arbeit leisten, werden beispielsweise aktuell nicht aus dem Kulturressort, sondern aus der Presseabteilung gefördert, was dem Kulturleitbild eigentlich nicht entspricht.

Ja abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass Oberösterreich wirklich stolz sein kann auf sein Kulturleitbild. Ich hoffe aber, dass in der Umsetzung gerade auch in den angesprochenen Bereichen noch etwas zugelegt wird. (Beifall).

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Maria Buchmayr.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Gäste auf der Galerie oben, liebe Kollegen und Kolleginnen hier im Oberösterreichischen Landtag! Ja, wir nehmen heute, wie jetzt schon öfter erwähnt wurde, oder genau genommen zweimal erwähnt wurde, den Zweiten Umsetzungsbericht des Kulturleitbildes des Landes Oberösterreich zur Kenntnis und geben damit der Kulturpolitik und dem Kulturgesehen in Oberösterreich eine weitgehend sehr positive Rückmeldung. Darüber freue ich mich persönlich. Ich denke mir, das ist auch ein wichtiges Zeichen über die Landesgrenzen hinweg. Ja, das Kulturleitbild, ich bin sicher, sie kennen es alle gut, ist ein sehr ausführliches Leitbild über die Ziele der Kulturpolitik, die Ziele des kulturellen Geschehens in Oberösterreich.

Es war ein sehr ausführlicher Prozess, wie dieses Kulturleitbild erstellt wurde, auch das denke ich, kann man wirklich absolut positiv immer wieder hervorheben und erwähnen und auch dieser regelmäßige Umsetzungsbericht soll uns ja immer auch zeigen, wie die Umsetzungsmaßnahmen, die vorgeschlagenen Maßnahmen auch umgesetzt werden, welche Wirkungen sie erzielen, aber natürlich auch im Gegenzug dazu, wo kann man noch weiter arbeiten, wo kann man noch Schwerpunkte setzen, wo kann man einfach noch weiterhin kulturpolitisch verstärkt tätig sein und denke mir, das ist auch ein ganz wichtiger Zweck und ein ganz wichtiger Sinn dieses Umsetzungsberichtes.

Kulturpolitik ist ja nicht nur Politik für eine Gruppe von Menschen, die selbst künstlerisch tätig ist oder auch nicht nur die finanzielle Grundlage für Kulturinstitutionen wie Museen, Theater und so weiter, die Menschen die Kultur und die Kunst näher bringen, natürlich ein wichtiger, ein ganz ein wichtiger Part, wir wissen die Finanzierungspolitik in der Kulturpolitik ist auch besonders wichtig, aber Kultur und damit Kulturpolitik ist auch gleichzeitig ein gesellschaftlicher Auftrag. Kulturelle Institutionen müssen für alle Menschen offen stehen und sich auch den Menschen dann entsprechend öffnen.

Aus unserer Sicht ist auch vermehrte Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass auch Gesellschaftsgruppen, Menschengruppen, die im Kulturgesehen unterrepräsentiert sind bis dato, also die selbst nicht so sehr die Möglichkeit haben oder sich auch die Möglichkeit nicht so sehr nehmen, sich im Kulturgesehen entsprechend zu integrieren. Ich denke mir, da muss man auch schauen wirklich auf diese Gruppen, denen die Möglichkeit auch zu bieten, tatsächlich am Kulturgesehen entsprechend partizipieren zu können, nicht nur was die Konsumation von Kultur und Kunst betrifft, also ins Theater gehen zu können, ins Museum gehen zu können mit entsprechenden Möglichkeiten, sondern auch tatsächlich selbst Kunst und Kultur gestalten zu können, sozusagen aktiv am Kulturgesehen teilnehmen zu können.

Ja, dem Bericht liegt auch eine schon erwähnte Kulturstudie zu Grunde, die Rückschlüsse über den Stellenwert von Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft ermöglicht und gleichzeitig lassen sich aus dieser Studie, aus den Ergebnissen dieser Studie natürlich auch Maßnahmen generieren, wie es gelingen könnte, Ziel und Bedeutung von Kunst und Kultur aktiv in den Köpfen der Menschen zu verankern und aber auch Maßnahmen zu entwickeln, dass die Menschen eben auch aktiv gestalten und partizipieren können. Ganz kurz hervorheben möchte ich nur ein Ergebnis, ich habe es schon erwähnt, aus dieser Kulturstudie, die ich eigentlich als sehr positiv und sehr ermutigend finde, es gibt eine relativ bis sehr hohe Zustimmung zur Vielfalt im kulturellen Geschehen. Also den Menschen ist wichtig, dass Kultur tatsächlich vielfältig ist, dass die ganze Palette schön abgedeckt ist und offensichtlich ist das weitgehend in Oberösterreich der Fall, was ich auch sehr positiv finde.

Ich denke, man könnte noch mehr Augenmerk oder man kann noch mehr Augenmerk auf die interkulturelle Kultur legen. Wir wissen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund auch in Oberösterreich leben. Wir wissen, dass es hier auch viele verschiedene Kulturen und Traditionen gibt und ich denke mir, auch da ist es wichtig, hier die verschiedenen Vereine, die es gibt, auch die verschiedenen Projekte, hier wirklich auch in den Mittelpunkt zu rücken und als Kulturland Oberösterreich natürlich auch entsprechend stolz darauf zu sein, dass wir tatsächlich dieses interkulturelle Geschehen hier im Land haben. Ich denke mir, dass ist eine große Bereicherung für die Region Oberösterreich, für jede Region, selbstverständlich auch für unsere Gesellschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt, auf den ich ganz kurz eingehen möchte, ist die Jugendkultur. Jugendkultur ist für unsere Jugend, für unsere jungen Menschen eine wichtige Betätigung. Es ist ganz wichtig, sich sozusagen zu erweitern und tatsächlich auch Möglichkeiten der Kreativität für junge Menschen zu schaffen. Bei den Leuchtturmprojekten wurde das Projekt Shakespeare extra herausgehoben. Shakespeare ist ein ganz, ganz tolles Theaterprojekt für junge Menschen, also ich denke mir, das ist tatsächlich ein Leuchtturmprojekt. Ich bin auch immer wieder selbst begeistert davon.

Ich denke, es müsste aber auch noch etwas mehr Augenmerk darauf gelegt werden, den jungen Menschen tatsächlich auch Raum zu geben, Kultur selbst gestalten zu können. Vom städtischen Raum her, ich bin Linzerin, ich habe da einige Erfahrung sozusagen mitgebracht, zum Beispiel Proberäume für junge Bands zur Verfügung zu stellen. Junge Menschen, Jugendliche, die einfach wahnsinnig gerne Musik machen miteinander und die einfach überhaupt keine Möglichkeit haben, das entsprechend zu üben, auszuprobieren, dabei kreativ zu sein, macht natürlich auch eine entsprechende Geräuschkulisse.

Und ich denke mir, hier muss man den jungen Menschen oder sollte man wirklich den Raum zur Verfügung stellen, das auch ausüben zu können, entsprechend kreativ sein zu können, ja ihren Begabungen dann auch den freien Lauf lassen zu können, eben in einer Umgebung, wo sie nicht jetzt auch dafür entsprechend tief in die Tasche greifen müssen, sondern wo sie einfach diesen Begabungen ihren Raum geben können, auch Raum draußen sozusagen, nicht dass die jungen Menschen, wenn sie gemeinsam gestalten, gemeinsam was machen wollen, unbedingt in Lokale gehen müssen, dort konsumieren müssen, sondern tatsächlich auch Raum zur Verfügung stellen, Freiraum, wo sie sich entsprechend entfalten können. Ich weiß auch selbst, wie wichtig das einfach für die jungen Menschen ist, wie gesagt, ich habe drei fast, fast erwachsene Kinder und ich weiß wie wichtig dieser Raum für die jungen Menschen ist.

Ja, ganz zum Schluss noch kurz, besonders wichtig ist es auch, das sage ich jedes Mal, weil es jedes Mal einfach wichtig ist, neben den kulturellen Flaggschiffen auch verstärktes oder immer wieder starkes Augenmerk auf die Förderung und Unterstützung autonomer Kulturinitiativen und -vereine zu legen. Das sind ganz wichtige kulturelle Impulsgeberinnen und -geber im gesamten kulturellen Geschehen, aber auch, und das ist was, was ja für die regionale Entwicklung auch ganz besonders ist, die Kulturvereine in den Regionen, in den Gemeinden, wie die die regionale Entwicklung, wie die die regionale Identität dort auch mitgestalten, mitentwickeln, mitprägen, das darf man nicht vergessen. Und es ist eben ganz bedeutsam, immer wieder diese Vereine auch in den Vordergrund zu rücken und entsprechend auch dann zu honorieren für ihre Arbeit. Und ja, das ist einfach immer wieder ein wichtiger Punkt, auf den ich immer wieder zurückkommen werde. Wie gesagt, ich freue mich, dass wir den Zweiten Umsetzungsbericht heute zur Kenntnis nehmen, beschließen und ich denke mir, es ist ein gutes Zeichen für die Kulturpolitik in Oberösterreich. Dankeschön! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Cramer.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen im Landtag, Besucher auf der Galerie, herzlich willkommen! Das was meine Vorrednerinnen gesagt haben, ist großteils zu unterschreiben und ich möchte es daher gar nicht wiederholen. Was mir beim Durchlesen dieses Umsetzungsberichtes aufgefallen ist, dass die vom Market Institut erhobene Studie belegt, dass Oberösterreich nicht nur ein Kulturland ist, sondern auch von seinen Menschen so empfunden wird. Und wenn man durch das Land fährt und die unterschiedlichsten kulturellen Veranstaltungen besucht, so weiß man, dass es auch so ist. Das beginnt bei volkstümlichen Veranstaltungen bis hinauf zur Hochkultur. Und es ist überall ein derartiger, wie soll ich sagen, Elan da und ein derartiges Wollen da und eine Freude da, dass es eigentlich Spaß macht.

Ich kann diese Statistik nicht nur bestätigen aus dem Fühlen heraus, sondern ich glaube auch, dass es so ist. Oberösterreich ist ein Kulturland. Die Politik hat aber die Verantwortung hier auch Leuchtpfähle zu setzen, hier besonders aktiv zu sein, nämlich in den Bereichen, wo also die kleinen, und in vielfachen Bereichen spielt sich ja die Kultur im kleinen, örtlichen und im Vereinswesen ab, Werte zu setzen. Und eines dieser Werte sind zum Beispiel die Landesausstellungen, sind zum Beispiel die großen Projekte von Linz 2009 bis herauf zu den Projekten, die jetzt noch laufen. Wir werden diesem Umsetzungsbericht unsere Zustimmung geben und finden es gut, dass es so ist. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Ihnen allen und ich bedanke mich bei allen im Land, die das Kulturleitbild mit Leben erfüllen und die Kulturarbeit draußen leisten. Die Frau Kollegin Müllner hat einige Anmerkungen gemacht, zu denen ich Stellung nehmen möchte. Natürlich, das Kulturleitbild ist der mittelfristige Kompass. Der muss ausführlich sein, der muss klar den Weg in die Zukunft weisen.

Der jährliche Umsetzungsbericht ist der konkrete Maßnahmenplan eines Jahres, der durchgeführt wurde. Selbstverständlich können wir umfassend, wenn das hohe Haus es wünscht, die Kulturarbeit dokumentieren. Ich verweise aber darauf, dass ungefähr 20

Landeskorrespondenzen im Jahr und achtmal ein oberösterreichische Kulturbericht über alle Maßnahmen der Umsetzung im Detail informieren und diese Unterlagen auch den Abgeordneten dieses Hauses zugehen. Man kann aber, wenn man es wünscht, eine umfassende Dokumentation machen. Mein Problem bei diesen umfassenden Dokumentationen ist, dass kurze Berichte eine weitaus größere Chance haben, tatsächlich gelesen zu werden als mehrbändige Berichte.

Es wurden ein paar Punkte angeschnitten, zu denen ich kurz was sage. Erstens, bei den Landeskulturpreisen sind nur Männer zum Zug gekommen. Hier bitte ich fairer Weise zu sagen, dass es der Kulturreferent Josef Pühringer war, der schon vor einigen Jahren, ganz konsequent umgesetzt hat, dass selbstverständlich 50 Prozent der Mitglieder der Jury, die die Preisträger küren, Frauen sind. Wenn aber die Frauen dann Männer als Preisträger nominieren, dann bitte erwarten Sie nicht von mir, dass ich mich über Ergebnisse der Jury hinwegsetze. Entscheidend ist die Zusammensetzung der Jury und dann müssen alle die gleichen Chancen haben.

Zweitens, die neuen Medien, die fehlen Ihnen in diesem Bericht oder in der Kulturarbeit. Ich darf Ihnen Folgendes sagen, erstens dass die neuen Medien in der Basisförderung aus der Presseabteilung gefördert werden, entspricht erstens der Kompetenzverteilung der Oö. Landesregierung, ist zweitens ein Parteienüberkommen aller vier Parteien im Hause zu Beginn dieser Legislaturperiode, wo wir klar getrennt haben, Basisförderung, auch genau beziffert wie viel geben wir an folgende neue Medien für diese Periode bis 2015 und bei konkreten Projekten geben die fachlich zuständigen Ressorts, wenn die Projekte vorgelegt werden, nach Beurteilung, ihre Subvention. Das können Projekte aus der Umwelt sein, beim Kollegen Anschöber, das können Projekte sein, die sich mit der Kultur befassen, bei mir, das können Projekte aus der Bildung sein, bei der Kollegin Hummer.

Alle Regierungsmitglieder können hier fördern, wenn neue Medien Projekte aus ihrem Ressortbereich eben zur inhaltlichen Auseinandersetzung machen. Ich glaube, dass das sehr gut geregelt ist. Es wurde darauf verwiesen, dass die Oberöreicher das Kulturgesehen in Oberösterreich vielfältig finden. Das halte ich für eine der wichtigsten Aussagen. Eine weitere ist drinnen, nämlich dass wir sowohl der Tradition als auch der Moderne uns verpflichtet fühlen. Auch das halte ich für sehr wichtig. Ich nehme meine kurze Wortmeldung gerne zum Anlass, um Sie zu den nächsten Leuchtturmereignissen einzuladen. Sie alle werden eine Einladung erhalten. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Einerseits für den 11. April 2013 zur Eröffnung des Musiktheaters um 17.00 Uhr oder für den 25. April 2013 in Freistadt und für den 10. Mai 2013 in Bad Leonfelden zur Eröffnung der diesjährigen Landesausstellung. Nochmals allen Künstlern und allen Kulturschaffenden des Landes ein herzliches Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 819/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 830/2013, das ist der Bericht des Gemischten Ausschusses (Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und Ausschuss

für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend des Oberösterreichischen Wahlrechtsänderungsgesetzes 2013.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Dr. Dörfel über diese Beilage zu berichten.

Abg. Dr. Dörfel: Beilage 830/2013, Bericht des Gemischten Ausschusses (Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landes-Verfassungsgesetz, die Oö. Landtagswahlordnung, die Oö. Kommunalwahlordnung, die Oö. Gemeindeordnung 1990, das Oö. Landwirtschaftskammergesetz 1967 und das Oö. Landarbeiterkammergesetz 1996 geändert werden (Oö. Wahlrechtsänderungsgesetz 2013). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 830/2013.)

Der Gemischte Ausschuss (Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten) beantragt,

1. der Oberösterreichische Landtag möge diesen Ausschussbericht in die Tagesordnung der Landtagsitzung am 7. März 2013 aufnehmen,
2. der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landes-Verfassungsgesetz, die Oö. Landtagswahlordnung, die Oö. Kommunalwahlordnung, die Oö. Gemeindeordnung 1990, das Oö. Landwirtschaftskammergesetz 1967 und das Oö. Landarbeiterkammergesetz 1996 geändert werden (Oö. Wahlrechtsänderungsgesetz 2013), beschließen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Dr. Dörfel das Wort.

Abg. Dr. Dörfel: Ich möchte eigentlich nur auf zwei Dinge hinweisen im Zusammenhang mit diesem Gesetz, weil vorher bei der Geschäftsordnungsdebatte über die Aufnahme dieses Gesetzes in die Tagesordnung der heutigen Sitzung vielleicht ein bisschen der Eindruck entstanden ist, als ob man sich das aussuchen könnte, ob ich das jetzt umsetze oder nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass es Teil eines demokratischen Rechtsstaates ist, jedem einzelnen Bürger die Überprüfung bestehender Gesetze durch unabhängige Gerichte zu ermöglichen. Das ist der Verfassungsgerichtshof und das ist unter anderem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. In diesem Fall haben wir kein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs, sondern das Urteil des Europäischen Gerichtshofs.

Es kommt immer wieder vor, dass die unabhängigen Richter anderer Meinung sind als die Abgeordneten, die eine Materie regeln. So war das jetzt auch und daher hat ein Änderungsbedarf bestanden. Der Nationalrat hat die Voraussetzungen, wer bei den Nationalratswahlen oder bei Wahlen auf Bundesebene wahlberechtigt ist, im Sinne dieses Erkenntnisses des Europäischen Gerichtshofs eben geändert. Und aufgrund der österreichischen Verfassungsrechtslage, das ist dieses bereits schon mehrfach angesprochene Homogenitätsgebot, sind die Grundpfeiler des Wahlrechts für alle Ebenen Bund, Länder, Gemeinden gleich zu regeln. Und einer der Grundpfeiler ist ganz einfach die Frage, wer denn überhaupt wahlberechtigt ist. Dabei ist es so, dass jedenfalls die, die zu einer Nationalratswahl wahlberechtigt sind, auch in ihren Heimatländern beziehungsweise in ihren Heimatgemeinden das Wahlrecht besitzen müssen. Und daher müssen wir die oberösterreichischen Wahlrechtsvorschriften anpassen.

Was ist, wenn wir es nicht machen? Dann haben wir ein menschenrechtswidriges beziehungsweise verfassungswidriges Wahlrecht und das würde dazu führen, dass, wenn

auf Landesebene zwar erst 2015, aber bis dorthin unter Umständen auf Gemeindeebene Gemeinderat oder Bürgermeister gewählt wird, die Gefahr einer Wahlanfechtung sehr groß ist. Und weil es im Zusammenhang mit der Erstellung der Wählerverzeichnisse und des aktiven Wahlrechts steht, ist die Gefahr der Wahlaufhebung sehr, sehr groß. Daher war unser Wahlrecht anzupassen und daher sollten wir auch heute diesen Beschluss fassen. Wir sind angelobt, ich glaube, Frau Präsidentin hat vorher gesagt, auf die Verfassung zu achten und sie bei unseren Beschlüssen mit zu berücksichtigen. Also ich bin froh, dass wir eine Zweidrittelmehrheit haben, aber es ist traurig, dass es nicht einstimmig ist. Okay, es ist so.

Traurig ist weiters, dass es nicht gelungen ist, im Zuge der Debatte des Wahlrechtsänderungsgesetzes auch das Wahlrecht für Auslandsösterreicher zu verankern. Da besteht offensichtlich noch ein größerer Diskussionsbedarf. Vielleicht gelingt es uns, auch in dieser Frage in der Folge irgendwann einmal eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Die nächste Möglichkeit ist ja am 3. April 2013 beim nächsten Unterausschuss "Oberösterreichische Landesverfassung". Heute geht es um die Herstellung der Rechtssicherheit im Bereich des Wahlrechts in Oberösterreich. Wir werden zustimmen und ich ersuche die anderen Fraktionen auch darum. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wegen dem Ausmaß der Traurigkeit, die der Kollege Dörfel ins Treffen geführt hat, melde ich mich nochmals. Was tut denn eigentlich ein angelobter Abgeordneter und das eigentlich immer wieder? Er bringt Reformideen ein und hofft, dass diese Ideen umgesetzt werden. Entweder selber oder mit Resolutionen an den Bund und was wollen wir in diesem Zusammenhang? Ich hätte mir vorstellen können, dass der Bund eine andere Übergangsregelung trifft, weil gerade die, die geht ja nicht auf das europäische Urteil der Menschenrechtskonvention hin, weil offensichtlich haben sie übersehen, was genau zwischen einem und fünf Jahre passiert. Weil einer, der fünf Jahre verurteilt ist, hat automatisch kein Wahlrecht und einer der weniger verurteilt wurde, ist ausdrücklich durch eine Richterentscheidung festzulegen.

Bis dato führte ein Jahr unbedingte Haft zum automatischen Wahlrechtsverlust, jetzt sind es fünf Jahre. Und was ist jetzt mit jenen, die zwischen eins und fünf Jahre eingesperrt sind? Kriegen die das Wahlrecht automatisch oder nicht? Darüber haben wir keine intensive Diskussion geführt und wir haben auch das Urteil nicht vor uns gehabt. Ich bin der Meinung, dass die, die das bisher gehabt haben, bleiben soll und man ändert die Übergangsbestimmungen, eine ganz normale demokratische Legitimierung. Leider haben wir uns nicht durchsetzen können. Ich verstehe den rechtsstaatlichen Gedanken. Ich bitte nur eines zu beurteilen, in der Demokratie muss es auch möglich sein, sogar die Verfassung zu ändern. Und man muss immer wieder, und das tun wir auch hier von dieser Stelle aus dem Bund, der Europäischen Union oder vielleicht auch einem Gericht einmal sagen, dass ist nicht unsere Meinung.

Im Übrigen bin ich der Ansicht, dass Politiker, die demokratisch legitimiert sind und der Bevölkerung verantwortlich sind, für die Gesetze zuständig sind und nicht Richter. Jedenfalls möchte ich diese Entscheidung wie in anderen Ländern nicht in unser System implementiert haben. Ich halte immer noch sehr viel davon, dass die Legislative für die Gesetze verantwortlich ist und nicht automatisch Richter neues Recht schaffen dürfen, dagegen spreche ich mich aus. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Mag. Jahn.

Abg. **Mag. Jahn:** Kollege Steinkellner, die haben auch nicht neues Recht geschaffen, die haben nur eine Entscheidung getroffen und neues Recht geschaffen hat auf Basis dieser Entscheidung der Österreichische Bundesverfassungsgesetzgeber, unser Parlament. Und wir unterliegen dieser Bundesverfassung und ich halte es wirklich für ausschließlich politisches Kalkül und das finde ich einfach nicht in Ordnung, herzugehen und nach Außen hin zu signalisieren, wir sind diejenigen, die sozusagen bei den Eingesperreten kompromisslos sind und die anderen beugen sich dem allen. Ich denke, wenn man riskiert, dass man einfach gegen bestehendes Recht handelt, nämlich hier als Gesetzgeber in Oberösterreich, wenn man riskiert, dass die nächsten Wahlen angefochten werden können, weil wir diese Verfassungsregelung in Oberösterreich nicht umsetzen, dann ist das nichts anderes als politisches Kalkül und das lehne ich wirklich zutiefst ab. (Beifall)

Dritter Präsident: Wird noch das Wort gewünscht? Wenn das nicht der Fall ist, so schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich weise darauf hin, dass für den Beschluss zwei Drittel der abgegeben Stimmen erforderlich sind. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 830/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 828/2013, das ist der Initiativantrag betreffend der Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten im Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln.

Ich bitte die Frau Abgeordnete Wageneder über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Wageneder:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beilage 828/2013, Initiativantrag betreffend Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten in Bezug auf die Produktion und klare Deklaration von Lebensmitteln. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 828/2013.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der österreichischen Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese zur Verbesserung der Sicherheit der Verbraucher beim Erwerb oder Verzehr von Lebensmittel folgende Maßnahmen auf europäischer oder nationaler Ebene ergreift:

1. Schaffung eines klaren, einheitlichen sowie konsumentinnen- und konsumentenfreundlichen EU-Rechtsrahmens für Ursprungs- und Herkunftsbezeichnungen von Lebensmitteln, samt deren rohstofflichen Bestandteile. Mit der Bezeichnung „aus Österreich“ sollten nur jene Lebensmittel versehen werden können, deren Bestandteile auch tatsächlich aus Österreich kommen.

2. Einführung einer lückenlosen Lebensmittelkontrollkette samt erhöhten Mindest- und Höchststrafen bei Lebensmittelbetrug.

3. Maßnahmen, die verhindern, dass tierische Produkte, bei welchen die artgerechte Haltung der Tiere nicht gewährleistet ist, in der EU in Verkehr gelangen.

4. Schaffung klarer und einheitlicher bundesgesetzlicher Regelungen, die das Vortäuschen der Herkunft mit "rot-weiß-rot" Kennzeichnung bzw. mit Landeswappen unterbinden, um Missbrauch und Täuschung von Konsumentinnen und Konsumenten zu verhindern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz sagen, dass ich mich freue, dass alle Abgeordneten diesen Aufruf an die Bundesregierung mittragen. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Die Wechselrede ist eröffnet. Wünscht jemand zu diesem Punkt das Wort? Das ist nicht der Fall, somit schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 828/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Die Beilage 831/2013, Initiativantrag betreffend die Effizienz thermischer Solaranlagen im geförderten mehrgeschossigem Wohnbau. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 832/2013, Initiativantrag betreffend des Oberösterreichischen Lebensmittelgütesiegelgesetzes. Diese Beilage wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 833/2013, Initiativantrag betreffend eines Berichts über die Maßnahmen zur Wiedereingliederung von oberösterreichischen Beziehern der bedarfsorientierten Mindestsicherung in den Arbeitsmarkt. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 834/2013, Initiativantrag betreffend der Institutionalisierung der Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung einer Pädagogischen Universität Oberösterreich in Form eines Entwicklungsbeirates. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Wir haben das Programm abgearbeitet, ich danke allen für ihre Mitarbeit. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.15 Uhr)